SAAR
SPD

REGIERUNGSPROGRAMM
DER SAAR-SPD 2022-2027:

Unser Saarland Plan

ECHTE **#SAARLANDLIEBE**
IST BEI UNS **PROGRAMM.**

Anke
Rehlinger

Echte
#SaarlandLiebe

Liebe Saarländerinnen und Saarländer,

am **27. März** wählen Sie einen neuen Landtag. Sie entscheiden mit Ihrer Stimme, wer die nächste Regierung im Saarland führt. Wir haben eine klare Vorstellung davon, wie wir unser Land in den nächsten Jahren gemeinsam voranbringen: Darum geht es in diesem Regierungsprogramm, unserem **Saarland-Plan**. Deshalb werben wir um Ihr Vertrauen für **Anke Rehlinger** und die **Saar-SPD**.

Unser Land braucht eine kompetente und kraftvolle Führung an der Spitze der Landesregierung – mit einem klaren Plan für die Zukunft, mit Zuversicht und echter #SaarlandLiebe. Nach über zwanzig Jahren CDU-Regierung tut dem Saarland ein Wechsel gut. Wir wollen, dass **Anke Rehlinger Ministerpräsidentin** einer **SPD-geführten Landesregierung** wird.

Es gibt eine Million Gründe das Saarland zu lieben. Es sind die Menschen, die das Saarland liebens- und lebenswert machen. Wir wollen wieder eine Million Saarländerinnen und Saarländer werden. Weil es von uns nicht genug geben kann. Weil uns die **echte #SaarlandLiebe** verbindet. Dafür gibt es nicht den einen goldenen Schlüssel: Aber ein gemeinsames Ziel verbindet und gemeinsam wollen wir das schaffen.

Wir wollen das Erbe unseres Saarlandes bewahren und zugleich Zukunft schaffen. Strukturwandel ist kein unveränderbares Schicksal. Wir können und müssen ihn gestalten. Dafür sind harte Arbeit und große Investitionen nötig. Das packen wir an. **Wir sorgen für mehr Investitionen, z.B. in Wohnungen, schnelles Internet, Bildung und Wirtschaft.**

Wir denken die Transformation der Wirtschaft aus Sicht der Beschäftigten. Deshalb sind Arbeitsplätze bei uns Chefinnensache. Mit Ansiedlungen wie SVOLT oder Nobilia sorgen wir für neue Arbeitsplätze. Aber das reicht uns nicht: Wir wollen mit **über 400.000 guten Arbeitsplätzen** einen neuen Beschäftigungsrekord erzielen. Wir schaffen mit dem **Fairer-Lohn-Gesetz** mehr Fairness am Arbeitsmarkt und schnüren gemeinsam mit der neuen Bundesregierung einen Qualifizierungspakt. Wir wollen bis 2030 über 100.000 Saarländerinnen und Saarländern berufliche Weiterbildung ermöglichen. Denn Fachkräftemangel ist zugleich eine Wachstumsbremse für die Wirtschaft. Wir wollen deshalb Landeskinder im Land halten und Exil-Saarländer:innen Brücken zurück in die Heimat bauen. Dafür entwickeln wir die **Rückhol- und Halteagentur** weiter und bieten Fachkräften eine **Umzugsprämie** ins Saarland an. **Das Saarland ist Automobilstandort mit Tradition und Zukunft.** Autos wird es auch künftig geben – auch wenn sie vielleicht anderes tanken und emissionsärmer fahren. Wir streiten an der Seite der Beschäftigten und der Gewerkschaften für die Zukunft der Automobilindustrie im Saarland. Und mit der Ansiedlung des Batterieherstellers SVOLT wird die Zukunft der Mobilität im Saarland Gegenwart. Wir steigen damit in die erste Liga der Elektromobilität auf und auch beim Wasserstoff spielen wir vorne mit.

Unser Stahl wird klimaneutral werden. Als Wasserstoff-Modellregion sind wir schon jetzt ein hoch angesehener Standort. Die Saar-SPD hat das Thema Wasserstoff als Update für Industrie und Verkehr vorangetrieben. Bis zu 400 Millionen Euro investieren Bund und Land z.B. in Leitungen, Tankstellen, Brennstoffzellen, H_2-Produktion und unsere Stahlindustrie. Bis 2030 wollen wir dafür sorgen, dass das Saarland bundesweit führend in Sachen Wasserstoff ist und in Europa vorne mitspielt. Klimaneutrale Produktion geht nur mit dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. **Wir werden den Anteil der Erneuerbaren im Saarland bis zum Jahr 2030 verdoppeln. Den Ausstoß von Treibhausgasen werden wir halbieren.**

Allen Kindern. Alle Chancen. Jederzeit! Das ist unser bildungspolitisches Motto. Wir haben Hürden abgebaut und Bildungschancen von der Kita über die Schulen bis zu Ausbildung und Studium verbessert. Seit die SPD regiert, ist das Saarland im Bildungsranking vom vorletzten Platz in die bundesweite

Top 5 geklettert. Unser Ziel ist gebührenfreie und gute Bildung von der Kita bis zum Master- oder Meisterabschluss. Mit der Halbierung der Beiträge haben wir die Familien bereits entlastet. **In der nächsten Legislaturperiode werden wir die Kitabeiträge ganz abschaffen.**

Für uns haben Bildungsinvestitionen oberste Priorität. In keinem anderen Bundesland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg stärker zurückgegangen als im Saarland. Weil wir den Personalabbau im Bildungsbereich gestoppt, den **echten Ganztag** massiv ausgebaut und den Unterricht digitaler gemacht haben. Mit einem **Zukunftsvermögen Bildung** werden wir die zusätzlichen Investitionen in unsere Zukunft finanzieren. Gute Bildung braucht Zeit: Deshalb werden wir Ganztagsangebote weiter stärken und an den **Gymnasien G9** wieder einführen.

Unser Ziel: Kein Schulranzen ohne Tablet. Erstklassige digitale Ausstattung und schnelles Internet müssen zur Grundausstattung für jede Schule und alle Schülerinnen und Schüler gehören. Deshalb sind wir mit der digitalen Schulbuchausleihe schon heute bundesweit Vorreiter.

Rot kann Grün. Schon heute ist das Saarland Spitzenreiter beim Ökolandbau und bei klimastabilen Wäldern. Die erfolgreichste Umweltpolitik in Deutschland wird von der SPD im Saarland gemacht. Aber wir wollen mehr: Wir werden das Nachhaltigkeitsprinzip in die Landesverfassung aufnehmen und ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Ab 2023 fließen durch uns so viele Fördergelder wie noch nie in unser Land. Wir werden den **Ökolandbau-Anteil bis 2030 auf 30 Prozent** steigern, sorgen für gesunde Wälder, und fördern den ländlichen Raum.

Die Zukunft des ÖPNV im Saarland hat mit uns neuen Schub bekommen. Wir haben Bus- und Bahnfahren einfacher und günstiger gemacht. Die finanziellen Mittel für den ÖPNV und den Radverkehr haben wir verdreifacht und für bessere Preise gesorgt. Streckenreaktivierungen und das S-Bahnnetz werden jetzt auf den Weg gebracht. **Als nächsten Schritt werden wir ein 365-Euro-Ticket für junge Leute einführen.** Wir werden den ÖPNV- und Radverkehrsanteil bis 2030 zu verdoppeln. Unser langfristiges Ziel ist ein kostenfreier ÖPNV.

Wir werden mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Das saarländische Bauministerium hat in den letzten Jahren das Bauen vernachlässigt. Das werden wir ändern. Mit einer Bauoffensive bringen wir mehr Personal in Verwaltung und Planung und kurbeln die Investitionen an. Wir werden die Zahl der mietpreisgebundenen Sozialwohnungen bis 2027 wieder auf 5.000 erhöhen und mehr Wohnraum für Normalverdiener:innen mit kleineren und mittleren Einkommen schaffen. Das Land muss als gutes Beispiel vorangehen: Wir sorgen für mehr Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden.

Mehr Geld für den Kampf gegen Armut. Armut raubt Chancen und gefährdet die gleichberechtigte Teilhabe. Gemeinwesenprojekte leisten eine herausragende Arbeit und müssen ausgebaut werden. Quartiere, die seit Jahrzehnten stark von Armut geprägt sind, brauchen neue und zusätzliche Hilfen. Der Beirat zur Armutsbekämpfung und den Armutsfonds werden wir stärken.

Kinder und Jugendliche sollen glücklich aufwachsen und ihre Lebenswelt aktiv mitbestimmen können. Dafür braucht es eine aktive Jugendhilfe und gute Unterstützung für Familien, gerade dort, wo besondere Bedarfe bestehen. Mit einer eigenständigen Jugendpolitik sorgen wir dafür, dass in allen Politikbereichen die Perspektive junger Menschen eingenommen und ihre Interessen stärker berücksichtigt werden.

Wir leben länger und werden älter als alle Generationen vor uns. Das ist gut. Es stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Wir unterstützen ältere Menschen in ihrem Wunsch, möglichst lange und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben zu können. Außerdem ermöglichen wir mehr gemeinsames Wohnen im Alter, unterstützen Mehrgenerationenhäuser und sorgen für neue Ansätze

beim Quartiersmanagement. Gute Pflege und Gesundheit werden ein zentrales Anliegen einer SPD-geführten Landesregierung, **mit 4.000 zusätzlichen Pflegekräften und unabhängigen Pflegeberater:innen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.**

Unser Miteinander lebt vom Ehrenamt. Die Saarländerinnen und Saarländer leisten viel füreinander – ob in der Nachbarschaftshilfe, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder im Sport-, Kultur- und Musikverein: Das Ehrenamt zu stärken, ist für uns daher Ehrensache. Wir wollen die saarländische Ehrenamtskarte weiterentwickeln: Mit mehr konkreten Angeboten und leichter zugänglich. Und wir stärken mit der Helfer:innengleichstellung die, die jeden Tag für unsere Sicherheit und Gesundheit im Einsatz sind. **Ein starker Staat ist ein soziales Anliegen.** Denn nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. **Wir sorgen für eine feste Polizeipräsenz in jeder Kommune.** Und wir stärken den Polizistinnen und Polizisten den Rücken: Es geht um gute Ausbildung, Bezahlung und Ausstattung und um noch bessere grenzüberschreitende Vernetzung. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum wollen wir stärken. Wir wollen das Sicherheitsgefühl, insbesondere von Frauen, im öffentlichen Raum verbessern.

Wir werden unsere Kommunen stärken. Mit dem Saarlandpakt haben wir die Hälfte der kommunalen Kassenkredite auf das Land übertragen. Jetzt braucht es die Übernahme der Altschulden der Kommunen durch den Bund. Wir kämpfen für eine Altlastenregelung für unverschuldet in Schieflage geratene Kommunen. Sie muss endlich kommen.

Das Saarland hat sich durch **finanzielle Vernunft** und harte Einschnitte aus der Haushaltsnotlage gekämpft. Mit unserem Programm schlagen wir das konkret Machbare angesichts der weiter angespannten Finanzlage des Landes vor, ohne Visionen vermissen zu lassen. Der Pfad finanzpolitischer Vernunft ist keine Frage des guten Gefühls, sondern der **Existenz unseres Saarlandes**.

Unsere Zukunft liegt in Europa: Das Leben an der Grenze hat uns geprägt. Gemeinsam mit unseren Partnern in der Großregion sind wir seit jeher Kern und Antriebsfeder Europas. Wir leben Europa. Deshalb liegt es an uns für Europa zu kämpfen, Europa greifbarer und erlebbarer zu machen und durch eine immer neue, engere Kooperation frische Impulse der **Zusammenarbeit und Solidarität** zu setzen. Wir müssen gemeinsam die Lehren aus den Rückschlägen der Integration ziehen und im Kampf gegen die Feinde eines friedlichen und menschlichen Europas enger mit unseren Verbündeten zusammenstehen. Unser Europa hat ein freundliches Gesicht.

Das Saarland ist unsere Heimat. Es gibt eine Million Gründe es zu lieben. Wir sorgen dafür, dass sich hier alle wohlfühlen können. In einem Land, das wirtschaftlich stark und lebenswert ist. Dafür bitten wir um Ihre Stimme.

Anke Rehlinger
SPD-Landesvorsitzende

Kira Braun
Leitung der Programmkommission

Ulrich Commerçon

PS: Haben Sie noch Fragen? Dann stehen wir Ihnen unter Telefon 0681/954480, per E-Mail unter **programm@spd-saar.de** oder auf **www.spd-saar.de** jederzeit gerne zur Verfügung.

1. Es gibt Arbeit. Für alle.

Arbeit ist nicht nur Lohnerwerb, sondern **Würde und Selbstbestimmung. Gute, fair bezahlte Arbeitsplätze** sind daher das zentrale Ziel unserer Politik, um **wieder eine Million** zu **werden.** Das Saarland war, ist und bleibt **Industrieland**. Dieses Erbe werden wir bewahren und darauf eine nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft aufbauen. Wir wollen bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen, zum Beispiel durch Ansiedlungen. Das bedeutet viel Arbeit. Dafür sind ein klarer Plan, innovative Ideen und große Investitionen nötig. Unser Land im Strukturwandel braucht eine ressortübergreifende und in der Staatskanzlei koordinierte Strategie der Landesregierung gemeinsam mit Partner:innen in der Wirtschaft, den Gewerkschaften, Verbänden, Hochschulen und Kammern. Für uns sind die **Arbeitsplätze von morgen Chefinnensache**.

Wir sorgen für Sicherheit im Wandel. Es geht um Kontinuität, wo möglich, und Veränderung, wo nötig. Wir nehmen die Menschen dabei mit.

1.1. Die Transformation gestalten. Wir bleiben Industrieland.

Die Industrie hat für Generationen von Saarländer:innen Gute Arbeit, Wohlstand und Sicherheit geschaffen. Das soll auch in Zukunft so sein. Wir sorgen dafür, dass unsere Industrie auch in Zukunft zur innovativsten der Welt gehört. Deshalb werden wir Vorreiter bei der **klimaneutralen Produktion**. Wir denken die Transformation der Wirtschaft aus Sicht der Beschäftigten. Sie müssen einen **Rechtsanspruch auf Qualifizierung** und Weiterbildung haben, wenn sich Arbeitsplätze und ganze Berufsbilder verändern.

Ein wichtiger Energieträger für die klimaneutrale Produktion ist Wasserstoff. Bis 2030 machen wir das Saarland zum führenden Standort in Sachen Wasserstoff, der auch in Europa an der Spitze mitspielt. Das Saarland wird Wasserstoff selbst herstellen. Dazu entwickeln wir den Kraftwerksstandort Fenne für die Wasserstoffherstellung. Eine Bündelung der Entwicklungs- und Fertigungskompetenz für diesen innovativen Industriezweig ist sinnvoll. Ein **Wasserstoffcampus** als Transfer- und Bildungsraum kann Forschung vor Ort und Qualifizierung von Beschäftigten verbinden.

Für die Umstellung der Wirtschaft brauchen wir auch Wasserstoffimporte. Wir werden das Saarland an das entstehende europäische **Wasserstofffernleitungsnetz** anbinden und auch ein regionales Verteilnetz aufbauen. Die Großregion wird so zum **Knotenpunkt für den Energieträger der Zukunft**. Für Bus, Bahn und schwere LKW wird **Wasserstoff als Antriebstechnologie** immer attraktiver. Wir werden das besondere Potenzial als Logistikstandort und Transitland nutzen, und das Saarland zu einem wichtigen Teil eines **europäischen Tankstellennetzes für Wasserstoff** machen.

Klimaneutrale Produktion geht nur mit dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir werden den **Anteil der Erneuerbaren im Saarland bis zum Jahr 2030 verdoppeln.** Den Ausstoß von Treibhausgasen werden wir halbieren.

Grüne Energie entsteht durch Sonne, Wind und Wasser. Nicht durch Atomkraft: Diese ist weder sicher noch sind die Langzeitkosten und die Risiken der Endlagerung vertretbar. Wir lehnen die geplante Einstufung der EU von Atomkraft als klimafreundliche Energie ab. **Cattenom muss abgeschaltet werden.** Wir unterstützen den Bau von **Gaskraftwerken als Brückentechnologie**. Die **Versorgungssicherheit** für die Unternehmen, die saarländische Industrie und die Bevölkerung wird gewährleistet.

Stahl ist Zukunft. Saarländischer Stahl steht für höchste Qualität. Er ist der Stoff, aus dem Brücken, Windparks und Wolkenkratzer in der ganzen Welt gebaut werden. Unser Ziel ist die klimaneutrale Stahlproduktion. Mit Wasserstoff ist das keine Vision mehr, sondern eine Frage des Machens. Wir

kümmern uns um die richtigen Forschungsprojekte, vernetzen die engagierten Unternehmen und Arbeitnehmer:innen und machen uns für die notwendigen finanziellen Mittel beim Bund und in der EU stark. Aber: **Klimaschutz darf nicht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gehen.** Deshalb braucht es EU-Schutzmaßnahmen wie verschärfte Safeguards und **die Green-Border-Tax** gegen den Import schmutzigen Stahls.

Das Saarland ist **Automobilstandort mit Tradition und Zukunft**. Autos wird es auch künftig geben, anders angetrieben und emissionsärmer. Wir streiten an der Seite der Beschäftigten und Gewerkschaften für die Zukunft der Automobil- und Zulieferindustrie im Saarland – bei Ford, ZF, Bosch und den vielen anderen Betrieben. Und wir werden die Branche mit **intelligenter Ansiedlungspolitik** erweitern und stärken.

Wir setzen **technologieoffen auf moderne Mobilität**: Wir fördern Wasserstoff, Elektromobilität, aber auch hocheffiziente Verbrennungsmotoren im Hinblick auf synthetische Kraftstoffe, um für jede Anwendung die passende und richtige Lösung anbieten zu können.

Wir unterstützen die Ansiedlung des Batterieherstellers SVOLT in Heusweiler und Überherrn unter den gesetzlichen Umwelt- und Naturschutzauflagen. Mit der Ansiedlung wird die Zukunft der Mobilität im Saarland Gegenwart. Wir steigen damit in die erste Liga der **Elektromobilität** auf. Für Automobilzulieferer und -konzerne im Saarland birgt dies die große Chance, über neue Technologiekonzepte und Vernetzung neue Standortvorteile zu nutzen. Wir werden Transformationsstrategien entwickeln und die Vernetzung der Branche mit der Gesellschaft für Transformationsmanagement Saar (GeTS) im Rahmen eines bundesgeförderten **Transformationsnetzwerks** unterstützen und vorantreiben. Ob selbstfahrende Autos, Chiptechnologie, Software oder Produktionselektronik: **Die Autos der Zukunft werden eine saarländische Seele haben.**

Wir werden die Transformation gemeinsam mit der **Gesellschaft für Transformationsmanagement Saar (GeTS)** aktiv mitgestalten, um Beschäftigte und Unternehmen in Zeiten des Wandels zu unterstützen. Die Kernaufgabe der GeTS ist es dabei zu helfen, neue gute Arbeitsplätze mit qualifizierten Arbeitskräften aus von der Transformation betroffenen Unternehmen zu besetzen und so Arbeitslosigkeit zu verhindern. Wir werden gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit unter Einbindung der Tarifpartner:innen frühzeitig die passgenaue Vermittlung von Arbeitskräften auf neue Arbeitsplätze organisieren.

Wir werden **Transformationspat:innen** schaffen, die Unternehmen und Beschäftigten beraten. Sie werden helfen, passende Kooperationspartner:innen in der Region zu finden, erforderliche Qualifizierungsbedarfe in Unternehmen festzustellen und Unternehmen zur Förderkulisse für betriebliche Transformationsprozesse zu beraten. Die Pat:innen werden unterstützen können, um Standorte und Beschäftigung zu erhalten.

Wir werden die erfolgreiche Arbeit der **Strukturwandelinitiative Saar** und des **Zukunftsbündnisses Fachkräfte Saar** zur Gestaltung von Strukturwandel, Transformation und Fachkräftesicherung weiterentwickeln.

Die Transformation wird die industrielle Produktion im Saarland nachhaltig verändern. Neue Geschäftsmodelle, Wertschöpfungsketten, Berufe und Tätigkeiten werden entstehen. Der Bau von Anlagen zur Energiegewinnung, die Bereitstellung der Infrastruktur und vielfältige Anwendungsmodelle werden Entwicklung und Produktion in der Saarwirtschaft verändern. Wir werden die Förderkulissen der EU, des Bundes und des Landes zur **gezielten Förderung von Unternehmen im Wandel** einsetzen

und legen ein Förderprogramm „**TransformationsBooster“** zur Unterstützung betrieblicher Investitionen und der Implementierung von Innovationen in KMU auf. Neben der Industrie wird auch ein moderner, an Guter Arbeit ausgerichteter **Dienstleistungssektor** einen Beitrag zur Transformation leisten.

1.2. Aus- und Weiterbildung. Stark für die Zukunft.

Mit den richtigen Aus- und Weiterbildungsangeboten machen wir die Menschen im Land zu **Gewinner:innen des Strukturwandels**.

Gute **Ausbildung für alle.** Eine gute Ausbildung ebnet den Weg für eine gute berufliche Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben. Wir werden das **Erfolgsmodell der dualen Ausbildung weiter stärken**. Wir verbessern die berufliche Orientierung und ebnen damit den Übergang von Schule in Beruf, stärken Berufsbildungszentren und entwickeln moderne Berufsbilder weiter. Dafür werden wir die Ausbilder:innen verstärkt für den Einsatz digitaler Lehrmethoden fit machen und die Arbeit der erfolgreich etablierten Jugendberufsagenturen landesweit stärken.

Ausbildungsplatzgarantie. Wer eine Ausbildung sucht, soll eine Ausbildung bekommen. Mit einer Ausbildungsplatzgarantie schaffen wir neue Perspektiven. Wer auf seinem Weg Unterstützung beim Berufsabschluss benötigt, kann auf uns zählen. Wer Chancen sucht, wird nicht zurückgelassen. Wir werden auch Unternehmen stärker unterstützen, die durch eine umlagefinanzierte Ausbildung gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Man lernt nie aus**.** Wir werden die Herausforderungen des Strukturwandels zum Anlass für eine **Qualifizierungsoffensive** für alle saarländischen Arbeitnehmer:innen nehmen. Alle werden gebraucht und alle haben ein Anrecht auf eine gute Fort- und Weiterbildung. Wir schließen einen **Transformationspakt** mit der Bundesregierung, damit Fachkräfte erhalten bleiben und Beschäftigte gar nicht erst arbeitslos werden. Wir werden damit ein Recht auf Weiterbildung für alle schaffen.

Wir werden die Förderprogramme angepasst auf die Situation der saarländischen Beschäftigten und Betriebe ausrichten, um sie gezielt für Weiterbildungen zu motivieren, sie für den technologischen Wandel zu qualifizieren und ihre Arbeitsplätze zu sichern. Wir werden die Wirkung von Transformationsprozessen auf Berufe und Tätigkeiten wissenschaftlich begleiten lassen, um **zukunftsfähige Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie Studiengänge** voranzutreiben. So sorgen wir dafür, dass bis zum Jahr 2030 über 100.000 Saarländer:innen von diesen Weiterbildungsprogrammen profitieren.

Mit dem **Weiterbildungsportal Saarland** haben wir alle Fördermaßnahmen, konkrete Weiterbildungsangebote und viele Informationen rund um das Thema zusammengeführt. Wir werden dieses Portal weiter ausbauen und damit die Anliegen von Unternehmen und Beschäftigten unterstützen.

1.3. Starke Wirtschaft: Neue Arbeitsplätze.

10.000 neue Jobs in Zukunftsbranchen. Die Arbeitsplätze von morgen entstehen im Saarland. Denn neue Unternehmen wie SVOLT, Nobilia und Kettler sichern die Existenz des Landes und schaffen Arbeit und Wohlstand für nachfolgende Generationen. Dafür werden wir bis 2025 mindestens fünf Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisieren. So setzen wir die erfolgreiche **Ansiedlungspolitik** der letzten Jahre fort. Wir bieten innovativen Unternehmen und gut ausgebildeten Fachkräften eine Zukunft. Dazu richten wir eine **Task Force Transformation bei der Ministerpräsidentin** ein, um die **kurzen Wege im Saarland zu den Entscheider:innen** noch zu verkürzen. Die Transformation der Industrie, verbunden mit dem Strukturwandel in der gesamten Saarwirtschaft, eröffnet so die Chance auf **zukunftssichere, moderne und gute Arbeitsplätze auch in anderen Branchen**.

Neuansiedlungen müssen gerade in strategisch wichtigen Feldern und für Zukunftstechnologien gefördert werden. So müssen Deutschland und Europa bei Halbleiter- und Chipproduktion schnellstmöglich ihre Abhängigkeit von Asien verringern. Ansiedlungen im Saarland verkürzen Lieferketten und stärken die Wertschöpfung hier im Land.
Wir schaffen **Platz für Neuansiedlungen**. Deshalb setzen wir mit dem **Masterplan Industrieflächen 2** unsere saarländische Erfolgsgeschichte fort, die bereits viele hundert Jobs geschaffen hat. Wir revitalisieren alte industrielle Flächen für neue Ansiedlungen, städtebauliche Projekte oder die Schaffung natürlicher Lebensräume.

Gleichzeitig werden wir mehr tun, um die **Akzeptanz von Industriebetrieben** im Saarland zu erhalten. Wir wollen, dass der Wert der Industrie für den Wirtschaftsstandort Saarland allen Saarländer: innen deutlich wird. Deshalb begleiten wir Ansiedlungen als Land mit hoher Professionalität und sorgen dafür, dass auch Anwohner:innen von Erschließungen profitieren. Gleichzeitig kümmern wir uns um die **Entsiegelung und Renaturierung** von Flächen.

Wenn ein Unternehmen kriselt, darf das nicht direkt das Ende sein. Dafür haben wir die **Eigenkapitalgesellschaft zur Sicherung saarländischer Unternehmen (SEK)** geschaffen. Wir werden Unternehmenssanierungen begleiten und damit Gute Arbeit und die Zukunft der Beschäftigten sichern.

Wir setzen auch auf eine stärkere **Diversifizierung,** um die Abhängigkeit vom Weltmarkt in Krisenzeiten zu begrenzen. In den vergangenen Jahren haben sich wichtige Zukunftsbranchen weiterentwickelt, deren Wachstum wir fördern werden.

Kreislaufwirtschaft kann ein Weg sein, ökologische Ziele mit steigender Produktivität, Innovation und Beschäftigung zu verbinden und Wachstum von Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Wir werden das Potenzial für die Zukunft des Saarlandes nutzen und werden hier einen wirtschaftspolitischen Impuls setzen.

Dem Fachkräftemangel entgegentreten. In vielen Branchen herrscht ein besorgniserregender Fachkräftemangel. Ihn zu beheben ist der Schlüssel für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Der saarländische Mittelstand kann auf unsere Unterstützung zählen. Die intensive gemeinsame Arbeit zur Behebung dieses Fachkräftemangels führen wir im **Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar** fort. Wir werden neue Formate wie die **saarländische Beschäftigungskonferenz** weiter ausbauen, um Strategien zu entwickeln, Unternehmen, arbeitslose Menschen und Beschäftigte zusammenzubringen. Wir wollen Landeskinder im Anschluss an Ausbildung oder Studium im Land halten und abgewanderten Saarländer:innen Brücken zurück in die Heimat bauen, um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Mit der **Rückhol- und Halteagentur** zeigen wir Karriereperspektiven auf und werben für berufliche wie private Perspektiven im Saarland. Damit vermitteln wir Unterstützungsangebote für Fachkräfte, die ins Berufsleben starten, ins Saarland wechseln möchten, sowie für Unternehmen, die Fachkräfte suchen. Und als zusätzlichen Anreiz werden wir für Fachkräfte, die zu uns ins Saarland ziehen, eine **Umzugsprämie** über die saarländische Rückhol- und Halteagentur anbieten, wenn das Unternehmen sich in gleicher Höhe beteiligt und eine Bestätigung für die Verlagerung des Erstwohnsitzes vorlegt.

Das Handwerk als Rückgrat der Saarwirtschaft. Das Saar-Handwerk hat sich während der Corona-Pandemie erneut als krisenfest erwiesen. Wir werden gemeinsam mit der Handwerkskammer dem **Fachkräftemangel begegnen** und **Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge** leisten. Mit dem **Nachfolgebonus** werden wir jährlich eine Million Euro zusätzlich für Zuschüsse zu Betriebsgründungen oder -übernahmen mobilisieren. Weiterer Handlungsbedarf besteht im Rohstoffmangel und damit verbundener Preisexplosionen und Lieferengpässe. Wir wollen mehr Auftragssicherheit durch Verkürzung der Lieferketten. Exportbeschränkungen dürfen als letztes Mittel nicht ausgeschlossen werden.

Die Wachstumsbranche Gesundheitswirtschaft stärken. Die Gesundheitswirtschaft ist krisenfester Jobmotor. Mit über 92.000 Beschäftigten und über 4 Milliarden Euro trägt sie schon heute im Ländervergleich überdurchschnittlich zu Arbeit und Wertschöpfung bei. Wir werden die Gesundheitswirtschaft weiter stärken. Wir setzen auf die **Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes** u.a. durch bessere Arbeitsbedingungen und Personalschlüssel im Kampf gegen den sich mit der demografischen Entwicklung verschärfenden Fachkräftemangel. Ein Schlüssel ist die Qualifizierung: Wir werden unsere Vorreiterrolle im Bereich der Aus- und Weiterbildung ausbauen. Gleichzeitig setzen wir auf stärkere Vernetzung von Medizintechnik, Medizinprodukten, Pharma und Dienstleistungen.

Der saarländische **Einzelhandel** zählt mit rund 40.000 Beschäftigten zu den größten und wichtigsten Arbeitgebern des Landes und erwirtschaftet aktuell einen Jahres-Umsatz in Höhe von fast 6 Milliarden Euro. Der Handel ist jedoch nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber, sondern auch Ausdruck lebendiger Innenstädte und Ortskerne. **Vielfältige Einkaufsmöglichkeiten in den Zentren und eine gesicherte Nahversorgung im ländlichen Raum** sichern Lebensqualität für alle. Deshalb richten wir für den saarländischen Handel eine **Koordinierungsstelle** ein, die den Betrieben hilft, sich zukunftssicher aufzustellen, und die Attraktivität und Vielfalt der Innenstädte und Ortskerne fördert.

Aushängeschild unseres Landes: Die Tourismuswirtschaft. Wer einmal zu uns kommt, kommt immer wieder. Oder bleibt sogar. Kein Wunder, dass sich der Tourismus zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor unseres Landes entwickelt hat. Wir unterstützen **Hotellerie und Gastronomie** bei der Suche nach Fachkräften. Gute Arbeit und faire Bezahlung sind dabei Schlüssel zum Erfolg. Im Preis-Leistungs-Verhältnis für die Gäste sind wir bereits bundesweit spitze. Zur Stärkung des Hotel- und Gaststättengewerbes setzen wir auf die dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuersätze. Natur und Outdoor-Aktivitäten boomen. Unsere Premiumwanderwege und Radstrecken machen Lust, wiederzukommen. Unser Ziel ist klar: **Wir wollen bis 2025 die Zahl der jährlichen Übernachtungen auf 3,3 Millionen steigern**, die Tourismuskonzeption Saarland über 2025 hinaus weiterentwickeln und das Standortmarketing ausbauen.

Die Leitinvestition des neuen **Messe-, Kongress- und Kulturforums in Saarbrücken** wird weit über die Landeshauptstadt hinaus strahlen. Wir investieren insgesamt 99 Millionen Euro und positionieren so das Saarland auf der Landkarte großer Messe- und Kongressveranstaltungen deutlich besser. Wir setzen damit einen weiteren **Zukunftsimpuls für Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze** und bringen das Saarland auch als Tourismusregion weiter nach vorn.

Dies unterstützt auch die vielfältige saarländische **Veranstaltungswirtschaft**, die sich zunehmend als Wirtschaftsfaktor im Saarland etabliert und mit Kultur-, Musik- und Messeformaten und Dienstleistungen von Catering bis Veranstaltungstechnik wichtige Beiträge zur Standortattraktivität und Lebensqualität der Saarländer:innen leistet.

Im Bereich des **Gaming** hat sich in den vergangenen Jahren eine innovative und erfolgreiche Zukunftsbranche entwickelt. Wir wollen, dass die saarländische Branche weiterwächst und werden dies mit einem Landeskonzept **Spieleschmiede Saar** unterstützen und beispielsweise ein Entwickler:innenstipendium auf den Weg bringen.

1.4. Gute Arbeit: Für Dich. Für Alle.

Wir Sozialdemokrat:innen kämpfen gemeinsam mit den Gewerkschaften für sozialen Fortschritt am Arbeitsmarkt. Der Mindestlohn ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte: Der Anstieg auf zwölf Euro pro Stunde bedeutet eine Gehaltserhöhung bei 100.000 Jobs.

Gute Arbeit sorgt für faire Renten. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter gut von seiner Rente leben können. Die Respektrente und die Erhöhung des Mindestlohns werden dazu beitragen. Mit uns wird es **keine weitere Absenkung des Rentenniveaus** geben. Wir stehen für eine stabile Ausfinanzierung und Stärkung der gesetzlichen Rente. **Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab.**
Die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibt für uns das Maß aller Dinge** auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden auf Landesebene alle Möglichkeiten ausschöpfen, **geringfügige und prekäre Beschäftigung zurückzudrängen** und setzen uns für eine bundesgesetzliche Neuregelung für die Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde ein. Ausnahmen bei der gesetzlichen Mindestlohnregelung wollen wir ebenso abschaffen wie die **sachgrundlose Befristung** von Arbeitsverträgen. Wir bekämpfen den **Missbrauch der Leiharbeit** und streben u.a. eine Begrenzung der Höchstüberlassungsdauer und eine Equal Pay-Regelung ab der ersten Stunde an.

Es muss auch mal **Feierabend** sein: Änderungen bei den **Ladenöffnungs- und Arbeitszeiten** wird es mit uns nicht geben, am **freien Sonntag** wird nicht gerüttelt. Zudem setzen wir uns für ein **Recht auf Nichterreichbarkeit** ein. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Ausweitung neuer **Arbeitsformen** durch die Corona-Pandemie: Es bedarf eines Rechtsrahmens für gesundheitsgerechtes mobiles Arbeiten inklusive **Homeoffice**. Die Zukunft der Arbeit verändert unsere ganze Gesellschaft. Viele werden digitaler, mobiler und vernetzter arbeiten – mit Auswirkungen auf viele Arbeitsbereiche. Wir starten einen breit angelegten Dialog zur Zukunft der Arbeit, um eine Landesstrategie zu erarbeiten und die Potenziale für Unternehmen und Beschäftigte bestmöglich zu nutzen. Um **gute Arbeitsbedingungen** zu sichern, setzen wir uns für klare Regeln bei der Einführung und Nutzung neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz ein. Wir werden die Rechte der Arbeitnehmer:innen sowie der Betriebs- und Personalräte stärken und fordern ein eigenständiges **Beschäftigtendatenschutzgesetz** ein.

Gute Arbeit ist eine Daueraufgabe: Die Projekte „Betriebsmonitor Gute Arbeit Saar“ sowie die „Beratungsinitiative Arbeitsschutz Saar (BASaar)“ führen wir fort, um Unternehmen sowie Betriebs- und Personalräte bei der Entwicklung betriebsindividueller Konzepte für gute Arbeitsplätze zu unterstützen.
Tariflohn ist besser als Mindestlohn. Als Land der Mitbestimmung stärken wir mit dem **Fairer-Lohn-Gesetz** die Tarifbindung. Damit ist das Saarland erneut bundesweiter **Vorreiter für Gute Arbeit und ordentliche Tarifverträge**: Öffentliche Aufträge werden nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode den Schwellenwert absenken und wollen auch die **Wirtschaftsförderung** in diesem Sinne weiterentwickeln. Damit schwarze Schafe keine Chance haben, werden wir die **Prüfbehörde** zum Fairer-Lohn-Gesetz personell stärken. Das schützt nicht nur Arbeitnehmer:innen, sondern auch Arbeitgeber:innen vor Dumping-Wettbewerb. Um Tarifflucht weiter zurückzudrängen, setzen wir uns für die Erleichterung der **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen** ein.

Raus aus der Arbeitslosigkeit, rein in Zukunftsbranchen. Wir haben die durch die Pandemie gestiegene Arbeitslosigkeit bereits deutlich absenken können. Der Arbeitsmarkt ist auf Erholungskurs. Wir arbeiten daran, die Arbeitslosigkeit auf Vorkrisenniveau zu bringen und dann weiter abzubauen. Unser Ziel ist es, mit **400.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** einen **Beschäftigungsrekord** im Saarland aufzustellen. Wir gestalten die Gute Arbeit von morgen.

Viele Jahre war Langzeitarbeitslosigkeit eines der Kernprobleme am saarländischen Arbeitsmarkt. Dank der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** mit unserem Landesarbeitsmarktprogramm **Arbeit für das Saarland (ASaar)** hat sich viel verbessert. Jetzt erweitern wir den Fokus noch stärker auf alle Arbeitslosen, auch um die Fachkräfte der Zukunft zu sichern. Wir werden ASaar zur Unterstützung öffentlich geförderter Beschäftigung fortführen und mit Blick auf Qualifizierung im SGB-II-Bereich weiterentwickeln und finanziell stärken.

Wir wollen **arbeitslose Menschen mit und ohne gesundheitliche Einschränkungen oder Behinderungen** in ihrer individuellen Situation **umfassender beraten** und durch Qualifizierungsmöglichkeiten für spannende neue Arbeitsplätze begeistern. Damit begegnen wir auch gezielt dem **Arbeitskräftemangel**. Zur Unterstützung der Arbeit der Jobcenter werden wir Mittel bereitstellen und mit den Partner:innen im „**Saarländischen Beschäftigungspakt**" als Drehscheibe aller relevanten Arbeitsmarktakteur:innen eng zusammenarbeiten. Den **ungehinderten Zugang zur Arbeitsverwaltung und die Teilhabe** an arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen werden wir für arbeitslose Menschen gerade in Zeiten der Digitalisierung sicherstellen.

Die **Gleichstellung im Berufsleben** ist uns ein Kernanliegen. Deshalb haben wir viel für die **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf** getan, etwa durch die Absenkung der Krippen- und Kita-Gebühren. Mit Erfolg: Die Frauenerwerbsquote steigt seit Jahren kontinuierlich an und die partnerschaftliche Aufgabenteilung in Familien wird zunehmend gerechter verteilt.

Wir wollen die **Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben** stärker ermöglichen. Handlungsbedarf besteht vor allem beim Gender Pay Gap und bei ungewollter Teilzeit. Das **Landesarbeitsmarktprogramm „Frauen in Arbeit"** mit seiner Netzwerkstelle „Frauen im Beruf" werden wir nach seiner landesweiten Etablierung als niedrigschwelliges Beratungsangebot ausbauen, um noch mehr Frauen die Aufnahme oder Ausweitung einer Beschäftigung zu ermöglichen. Wir wollen die **Lohnlücke** durch die finanzielle **Aufwertung sozialer Berufe** und die **Unterstützung des Wechsels von Teilzeit in Vollzeit** schließen.

Das erfolgreich gestartete **Landesprogramm „Jugend in Arbeit"** werden wir fortführen und nach Bedarf ausbauen, um den Übergang ins Erwerbsleben erfolgreich zu gestalten, junge Erwachsene in ihrer Lebenswelt mitzunehmen und sie bei einem praxisorientierten Berufseinstieg zu unterstützen.

Grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik. Grenzüberschreitende Beschäftigung spielt branchenübergreifend eine große Rolle für das Saarland. Gleichzeitig hat Corona Probleme aufgezeigt, etwa bei den Modalitäten des Grenzübertritts oder beim steuerrechtlichen Umgang mit Homeoffice. Wir werden das zum Anlass nehmen, gemeinsam mit der **Task Force Grenzgänger** sowie den etablierten Arbeitsmarkt-Akteur:innen in der Grenzregion die juristischen und administrativen Hemmnisse wie etwa beim Kurzarbeitergeld für Grenzgänger:innen abzubauen und den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der Großregion zu stärken. Die erfolgreich eingeführte **Beratungsstelle für Wanderarbeit und mobile Beschäftigte** bei der Arbeitskammer des Saarlandes werden wir fortführen.

1.5. Transformation ist mitbestimmungspflichtig

Mitbestimmung ist kein Hemmschuh, sondern **Standort- und Wettbewerbsvorteil** sowie Innovationstreiber. In keinem Land wurde dies in den vergangenen Jahrzehnten deutlicher als im Saarland. Dies gilt gerade in Zeiten der Transformation. Für uns ist klar: **Strukturwandel und Transformation sind mitbestimmungspflichtig**, damit betriebliche Veränderungen moderiert und im Sinne der Beschäftigten mitgestaltet werden.

Die gesetzlichen Grundlagen der Mitbestimmung machen wir fit für den Wandel in der Arbeitswelt. Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte müssen zum Wohl von Beschäftigten und Unternehmen durch ein echtes **Betriebsrätestärkungsgesetz** angepasst und ausgebaut werden. Umgehungsmöglichkeiten durch Umfirmierungen in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) müssen verhindert, die sogenannte Drittelbeteiligungslücke geschlossen werden. Wir setzen uns ein für einen **umfassenden Kündigungsschutz** für Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollen. Zudem brauchen wir ein Initiativ- und **Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte** bei Arbeitszeiterfassung, der Ein- und **Durchführung betrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen** und auch bei Fragen der Gleichstellung, Entgeltgerechtigkeit sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir schaffen ein echtes **saarländisches Personalvertretungsgesetz 2.0:** Wir führen zum Betriebsverfassungsgesetz analoge Standards ein und werden es insbesondere mit Blick auf die Einigungsstelle und den Wandel in der Arbeitswelt modernisieren.

1.6. Wissenschaft und Forschung im Startup- und Gründer:innen-Land

Aus exzellenter Forschung wird wirtschaftliche Stärke. Wir wollen, dass aus den besten Ideen unseres Landes neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden die saarländischen Unternehmen insbesondere im Mittelstand dabei unterstützen, näher an die Hochschulen und die exzellenten wissenschaftlichen Institute heranzurücken und den **Innovationstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft** verbessern.

Das Saarland genießt schon heute einen hervorragenden Ruf als IT-Standort. Neben dem CISPA-Helmholtz-Zentrum haben viele weitere renommierte Forschungseinrichtungen im Saarland eine Heimat gefunden. Wir investieren 20 Millionen Euro in den CISPA Innovation Campus und schaffen so Raum für **Ausgründungen und Ansiedlungen** im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Informationssicherheit und der Künstlichen Intelligenz. So entstehen aus exzellenter Forschung die Arbeitsplätze von morgen.

Durch die **koordinierte Förderung branchenspezifischer Cluster** zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als Orte von Vernetzung, Beratung und Ideenaustausch, wie bspw. dem geplanten Transformationsnetzwerk für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie bei der GeTS, wollen wir dafür sorgen, dass **saarländische Ideen auch im Saarland in Serie gehen** und zugleich die Hochschulen nah an den Bedürfnissen der saarländischen Unternehmen bleiben können. Unternehmen und Hochschulen werden dabei durch das Transformationsnetzwerk unterstützt, sich zu vernetzen und gemeinsam Förderanträge zu stellen.

So stärken wir auch die weitere Vernetzung der im Saarland etablierten **anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen und -projekte** (ZeMA, DFKI, AWSi, CISPA, RZzKI, P4P, BEST e.V.) um die Gestaltungskompetenz der Unternehmen und ihrer Beschäftigten zu fördern. Als Raum für die Entwicklung neuer, digitaler Wertschöpfung steht das **East Side Fab** bereit. Das East Side Fab werden wir national und international vernetzen und so ein grenzüberschreitendes digitales Ökosystem schaffen. Wir bauen unsere Vorreiterrolle in der Region für Produktion 4.0 und die Etablierung von KI-Systemen aus. Dabei steht für uns der Grundsatz Gute Arbeit an erster Stelle. Wir werden mit Luxemburg kooperieren und Hochrechenleistung für unsere Unternehmen im Saarland verfügbar machen. Mit diesem Baustein wollen wir KI aus der Forschung in Anwendungen für unsere industriestarke Wirtschaft bringen.

Über **Technologieförderung** und **Technologietransfer** bringen wir die Innovationskraft der saarländischen Forschungseinrichtungen und Hochschulen in die Unternehmen und sorgen dafür, dass neue Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle entstehen. Das **Zentrale Technologieprogramm Saar** nutzen wir konsequent zur Förderung des Innovationspotenzials insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen. Unseren Schwerpunkt legen wir auf Mechatronik, Automatisierung, Produktionstechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Life Science und das Querschnittsthema Energie. Die **Kontaktstelle für Technologie- und Wissenstransfer (KWT)** und das **FITT - Institut für Technologietransfer** bleiben dabei zentrale Einrichtungen. Und über das **K8 - Institut für strategische Ästhetik** werden wir auch weiterhin dafür sorgen, dass auch ungewöhnliche Ideen sichtbar und zu innovativen Geschäftsmodellen werden.

Das **Co:hub66** ist unsere Zukunftsagentur für Gründungen. Wir setzen darin auf Kreative, Freelancer und Soloselbständige und schaffen einen Ort, der branchen-, institutionen- und gruppenübergreifend

Innovationen, Zusammenarbeit und Gründergeist fördert. Wir bieten eine Infrastruktur, die auf Kooperation, Kollaboration und Zusammenarbeit beruht und über Gründungsberatung, Venture Capital oder Unterstützungsangebote bei Internationalisierungsvorhaben alles bereithält. In diesem First-Stop-Shop gehören Erstberatung und Intensivberatung genauso zum Tagesgeschäft wie Außendarstellung und Vermarktung des Start-up-Standortes Saarland. Damit man auch bei den gewagtesten und vielversprechendsten Gründungsideen vorne dabei sein kann, setzen wir unser **Stipendium für aussichtsreiche Gründungen** fort. Das wird für ein Jahr funktionieren wie ein Unternehmer:innenlohn.

Globales Denken mit erfolgreichen innovativen Produkten und Ideen „Made in Saarland" braucht einen passenden Rahmen. Das Saarland ist heute schon ein Drehkreuz Europas. Wir vernetzen junge Saarländer:innen mit Player:innen auf der ganzen Welt. An der Schnittstelle zwischen globalem Denken und lokalem Handeln bieten wir viele Angebote wie Accelerator-Programme, Kurzzeit-Stipendien, Zuschüsse für Lizenzierungen und den Erwerb von Schutzrechten im Ausland. Eine eigene Anlaufstelle für internationalisierungswillige Unternehmen lenkt alles in die richtigen Bahnen. Dort sind auch auswärtige Start-ups, die im Saarland landen wollen, an der richtigen Stelle.

Wir sorgen im Saarland für das richtige Investitionsklima. Mit der **„Gründungs- und Wachstumsfinanzierung Saarland"** oder „Investitions- und Regionalförderung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit überregional tätiger Unternehmen" stellen wir die Mittel bereit, damit aus Träumen und Ideen Hallen, Geschäfte und Jobs werden. Mit uns an der Seite gelingen die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze.

1.7. Digitalisierung als Chance und zum Nutzen der Menschen

Digitalisierung soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Deshalb geht es uns bei der Digitalisierung um weit mehr als nur um Technik. Es geht um alle sozialen, ökonomischen, kulturellen und institutionellen Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen. Die Sozialdemokratie sorgt dafür, dass technischem Fortschritt gesellschaftlicher Fortschritt folgt. Unser Ziel ist nicht weniger als ein neuer digitaler Gesellschaftsvertrag zwischen Staat und Bürger:innen. Es geht um **digitale staatliche Souveränität**, um Rechte und Pflichten im digitalen Raum.

Digitaler Staat – alle Dienste aus einer Hand. Ein moderner Staat ist ein digitaler Staat als Ansprechpartner und Servicedienstleister für seine Bürger:innen. Er bietet wesentliche Verwaltungsdienstleistungen ergänzend digital an und stellt die öffentliche Infrastruktur sicher, damit alle Menschen vom digitalen Fortschritt profitieren.

Wir wollen schnelles **Internet bis zu jeder Milchkanne**. Der Zugang zu schnellem Internet ist Teil der Daseinsvorsorge und muss gesetzlich verankert werden. Grundlage dafür ist ein flächendeckendes und leistungsfähiges Breitbandnetz. Die Netzabdeckung muss von den Mobilfunkanbietern überall gesichert sein: in der Stadt, auf dem Land und auch im Grenzraum. Wenn der Markt dabei versagt, ist der Staat gefragt. Wir investieren in ein funktionstüchtiges Netz entlang der Verkehrswege im Saarland. Von Wadern bis Gersheim sollen Funklöcher der Vergangenheit angehören. Die **Glasfaserversorgung von Schulen** werden wir prioritär fördern.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird für **mehr Tempo bei der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen** sorgen und damit den Rückstand bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) aufholen. Wir werden dafür ein **inklusives E-Government** etablieren, das zur gleichberechtigten, umfassenden und selbstbestimmten Teilhabe aller Bürger:innen befähigt. Staatliche Angebote müssen einfach, in leichter Sprache verständlich und intuitiv bedienbar sein. Das schließt den Ausbau digitaler Assistenzsysteme ein.

Wir schaffen eine **Saarland-App**, die staatliche Angebote und Dienstleistungen der Verwaltung als mobilen Service bündelt. Wir unterstützen den Aufbau digitaler Nachbarschaftsnetzwerke und den Ausbau lokaler Hotspots in saarländischen Kommunen und werden in den Kommunalverwaltungen den Einsatz eines digitalen Posteingangssystems fördern.
Die Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst machen wir **fit für die digitale Verwaltung**. Auch in der Verwaltungsausbildung werden wir verstärkt digitale Inhalte etablieren. Wir werden die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHSV) reformieren, um E-Government und Verwaltungsinformatik noch stärker in allen Verwaltungslaufbahnen zu etablieren. Es geht darum, landeseigene Kompetenz in der Verwaltungsinformatik und im IT-Recht aufzubauen.

Wir werden die Forschung stärken, indem die öffentliche Hand – in anonymisierter und datenschutzkonformer Form – digitale Daten als Ressource für die Wissenschaft und Forschung, aber auch für Anwendungsszenarien in der Wirtschaft zur Verfügung stellt. Als SPD setzen wir uns für die **Anwendung von Open Data** ein. Der Schutz von Daten und Cybersicherheit sind essentiell für eine digitale Welt. Daher unterstützen wir verstärkt die Forschungs- und Entwicklungsarbeit in diesem Bereich.

Aufwertung der Arbeit und sozialverträgliche neue Wertschöpfung. KI und Cybersicherheit sind schon jetzt echte Leuchttürme unseres Landes. Wir wollen die Chancen für Forschung und Wirtschaft noch stärker nutzen. Wir werden die Chancen der Digitalisierung zur Stärkung des saarländischen Wirtschaftsstandortes und zur Hebung neuer Wertschöpfungspotenziale nutzen. Die Entwicklung hin zur Industrie 4.0 werden wir intensiv begleiten. Wir werden neue und bestehende Unternehmen gezielt fördern und unterstützen. Besonders kleineren Unternehmen werden wir beim Sprung in die digitale Welt unter die Arme greifen. Mit dem Förderprogramm **„DigitalStarter Saarland“** und der Netzwerkstelle Digitalisierung (DiNet) unterstützen wir kleine und mittlere Unternehmen finanziell und mit Know-how. Mit dem „Regionalen Zukunftszentrum KI” (RZzKI) stellen wir Schulungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung menschzentrierter KI-Systeme zur Verfügung.

Digitalisierung darf nicht zur Aushöhlung von Arbeitnehmer:innenrechten führen. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Errungenschaften im Hinblick auf **Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Absicherung und Mitbestimmung** sind für uns nicht verhandelbar. Stattdessen müssen auch neue, digitale Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse von den sozialen Sicherungssystemen erfasst werden. Wir setzen uns für ein erweitertes soziales Sicherungsmodell ein. Dazu zählt das **Recht auf Nichterreichbarkeit**.

Alle werden gebraucht: Wir schaffen die nötigen Weiterbildungsmöglichkeiten, damit Arbeitnehmer:innen gut auf die Veränderungen am Arbeitsmarkt vorbereitet sind. Das gilt für Angestellte, Solo-Selbstständige und Plattformarbeiter:innen gleichermaßen. Projekte, die sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeitsplätze befassen, werden wir besonders fördern. Konkrete Beratung für Betriebs- und Personalräte bei der Einführung digitaler Prozesse bietet der **„Betriebsmonitor Gute Arbeit Saar“**. Automatisierungspotenziale wollen wir zur Aufwertung von Arbeit nutzen: Durch die Automatisierung von Routinetätigkeiten wird neue Arbeit vielseitiger und verantwortungsvoller werden. Durch Künstliche Intelligenz (KI) gesteuerte Systeme und Robotik führen dabei nicht zu einem Kompetenzverlust, sondern leisten einen Beitrag zur Entlastung von Arbeit und zu einer Steigerung der Qualität. Gleichzeitig schaffen wir neue **Räume für mobiles Arbeiten** und werden **Co-Working-Spaces** weiter ausbauen.

Unser Ziel ist ein **digitales Gesundheitssystem**, das durch innovative Diagnostik, hohe Versorgungsqualität, Patient:innensicherheit, Nutzung von Präventivmedizin und vernetzte Gesundheitsdienstleister geprägt ist. Wir werden im Hinblick auf den demografischen Wandel den Einsatz telemedizinischer Diagnose- und Beratungsinstrumente fördern. Ärzt:innen und Pfleger:innen erhalten dadurch digitale Unterstützung und werden entlastet. Dadurch verbessert sich die **Qualität für alle**. Wir werden den Einsatz von Smart-Home-Anwendungen fördern und so die Pflege im eigenen Zuhause erleichtern. Wir

schaffen die technischen Voraussetzungen, damit Arztpraxen, Krankenhäuser, Rettungsdienste, Labore und Gesundheitsbehörden ohne Schnittstellenprobleme Daten austauschen können. Wir setzen uns für den **Einsatz elektronischer Gesundheitsakten** ein, die alle persönlichen Befunde und Verschreibungen, Laborergebnisse etc. von niedergelassenen Ärzt:innen umfassen, um die beste Diagnose und Nachsorge zu ermöglichen und Doppeluntersuchungen zu vermeiden.

Digitalisierung soll dem Menschen dienen. Dafür braucht es eine neue Sozialethik und eine entsprechende ethische Bildung und Information. Die Menschen in unserer Gesellschaft sind aufgrund ihrer Vorbildung und ihres Alters sehr unterschiedlich auf den digitalen Veränderungsprozess vorbereitet. Das **Recht auf digitale Selbstbestimmung** und das Recht auf transparente, überprüfbare und faire Algorithmen müssen Grundvoraussetzung sein. Es darf nicht sein, dass digitale Abläufe ohne menschliches Handeln umgesetzt werden. Gängige Beispiele dafür sind KI-basierte Empfehlungssysteme und Sprachassistenten wie Alexa und Co. Sie dürfen **keine Verbraucher:innenrechte einschränken** oder umgehen. Wir fordern eine **transparente und diskriminierungsfreie KI**, die jederzeit von Behörden risikobasiert kontrolliert werden kann. Wir bekennen uns klar zur Netzneutralität als Wert an sich und zur Datensouveränität von Bürger:innen und Verbraucher:innen. Wir werden entsprechende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in Schule, in Aus- und Weiterbildung und für alle Bürger:innen schaffen. Die Angebote der Verbraucherzentrale in diesem Bereich werden wir stärken. Analog zu unseren Schulen werden wir einen Digitalpakt Kita schnüren.

Digitale Prozesse sollen **ressourcenschonend** gestaltet und umgesetzt werden. Wir werden für das Land eine **Green-IT-Strategie** entwickeln. Es geht darum, die Bereitstellung von Hardware, digitaler Infrastruktur und das Programmieren von Software und Anwendungen stromsparend und klimafreundlich zu gestalten. Wir unterstützen die Nutzung von Potenzialen zur Einsparung von Ressourcen durch den Einsatz digitaler Technologien, etwa durch eine emissionssparendere Fahrweise aufgrund von Automatisierungsprozessen. Wir werden die Forschung in diesem Bereich gezielt fördern und den Transfer in die Anwendung begleiten.

Zu oft zählten beim Querschnittsthema Digitalisierung schnelle Botschaften und Marketing statt nachhaltiger Lösungen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Digitalpolitik des Landes auf neue Füße stellen, damit aus der Theorie des digital erreichbaren Staates Praxis wird. Wir werden uns für die Schaffung einer **landeseigenen, saarlandweiten zentral verwalteten Digitalisierungsplattform** einsetzen. Dadurch steigern wir die Effizienz des Digitalisierungsprozesses, bündeln das nötige Knowhow, sparen wertvolle Ressourcen und Energie und können einen umfassenden Schutz der Daten und vor möglichen Cyberangriffen garantieren. Unsere Kommunen wurden bei dem Prozess der Digitalisierung bislang größtenteils allein gelassen: fehlende Unterstützung bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und fehlende Schnittstellen haben dazu geführt, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht ausreichend genutzt werden. Wir streben eine gemeinsame Digitalisierung der Kommunen an, werden dazu den eGo-Saar weiterentwickeln und den Kommunen ermöglichen, Dienstleister:innen umlagefinanziert anschließen zu können.

2. Allen Kindern. Alle Chancen. Jederzeit!

Bildung ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Gute Bildung sichert den Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein selbstbestimmtes Leben. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, Menschen unabhängig von ihrem sozialen Umfeld und ihren finanziellen Möglichkeiten auf ihrem individuellen Weg durch das Bildungssystem zu begleiten und zu fördern. Nicht die Herkunft der Kinder oder der Geldbeutel der Eltern sollen über Abschlüsse oder Schulerfolge entscheiden, sondern die Fähigkeiten und der Einsatz der Kinder. Bei diesem Ziel waren wir in den letzten Jahren erfolgreicher als alle anderen Bundesländer.

Wir wollen, dass Investitionen in Bildung absolute Priorität bekommen. Wir haben auch in Zeiten, in denen gespart werden musste, Bildungsinvestitionen verstärkt. Wir werden ein **Zukunftsvermögen Bildung** einrichten, um zusätzliche Ausgaben für unsere Zukunft zu finanzieren. Eben weil jeder in Bildung investierte Euro der beste Zukunftsgarant für unser Land ist und sich doppelt und dreifach rentiert.

Wir wissen: Nachhaltiges Wachstum baut auf Bildung – mit neuem Wissen, neuen Fähigkeiten. Wer was aus sich machen will, der kann das auch. Das ist unser sozialdemokratisches Aufstiegsversprechen durch Bildung.

Gute Schulen arbeiten inklusiv, im Ganztag, in multiprofessionellen Teams und bekennen sich zur Schulmitbestimmung. Mehr Qualität im Bildungssystem, die Gebührenfreiheit in der Bildung und ein Rechtsanspruch auf Ganztagsschulplätze sind ohne eine finanzielle Beteiligung des Bundes und eine spürbare und langfristig sichere Entlastung der Kommunen nicht möglich. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist und bleibt, das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufzuheben.

2.1. Gebührenfrei und einfach gut. Frühkindliche Bildung.

Beitragsfreie Bildung von Anfang an. Bildung muss dauerhaft für jedes Lebensalter beitragsfrei werden, von der Kita bis zum Meister oder Master. Bei den Kitas sind wir in den letzten Jahren einen großen Schritt vorangekommen, die **Elternbeiträge** halbiert und damit die Hälfte des Weges geschafft. Wir werden sie **ganz abschaffen**. Damit verbessern wir die Bildungschancen für alle. Gleichzeitig erleichtern wir damit aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wir haben bereits jetzt die größte Nettolohnentlastung für Familien in der Geschichte des Landes ermöglicht.

In der Kita wird der Grundstein für die Bildung unserer Kinder gelegt. Dazu brauchen wir gut qualifizierte Fachkräfte. Die Ausbildung der Erzieher:innen werden wir weiter stärken. **Die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) hat sich bewährt und muss der Regelfall werden.** Auch Auszubildende im Erziehungsbereich haben eine faire Vergütung verdient. Schulgeld gehört abgeschafft, gerade in Ausbildungsgängen, die für das Gelingen einer inklusiven Betreuung eine wesentliche Rolle spielt. Die Ausbildung zur Heilerziehungspflege werden wir durch die Einführung einer Ausbildungsvergütung und durch die deutschlandweite Angleichung der Ausbildung reformieren.

Krippenplätze ausbauen – Kitaplätze sichern. Trotz erheblicher Fortschritte beim Ausbau der frühkindlichen Bildung benötigen wir weitere Betreuungsplätze. Der Versorgungsgrad mit Krippenplätzen muss landesweit weiter steigen. Dabei werden wir vor allem in den Ballungsgebieten und zu den Randzeiten weitere Anstrengungen unternehmen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir den Ausbau weiter vorantreiben und führen das Landesinvestitionsprogramm Kita-Ausbau weiter.

Quantität und Qualität: Wir schaffen beides. Die Qualität der bestehenden Einrichtungen darf nicht aus dem Blick geraten. Deshalb muss die Sanierung des Bestands auch im Bereich der Kindergärten in Angriff genommen werden. Die Förderung in der deutschen Sprache und ein gut gestalteter Übergang der Kinder zur Grundschule sind für uns Pfeiler eines Qualitätsentwicklungsprogramms. Dazu gehören eine inklusive Arbeit, kulturelle Bildung und Bewegungsförderung. Die Elternarbeit gewinnt weiter an Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit Eltern wollen wir verbessern, indem Kitas sich zu Familienzentren weiterentwickeln können. Besonderen Herausforderungen wollen wir mit zusätzlichen Budgets für Kitas begegnen, die den sozialräumlichen Bedarf abbilden.

Der Einstieg in das multiprofessionelle Arbeiten darf nicht nur in der Schule stattfinden. Mit der Änderung unseres Kita-Gesetzes ist der Grundstein gelegt. Wir streben weitere Verbesserungen des Erzieher:innen-Kind-Schlüssels an. Der Ausbau der multiprofessionellen Arbeit in Kitas wird ein Schwerpunktprojekt für die nächste Legislaturperiode.

2.2. Unsere Schulen. Soziale Lern- und Lebensorte.

In keinem anderen Bundesland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg stärker zurückgegangen als im Saarland. Weil wir den Personalabbau im Bildungsbereich gestoppt haben. Weil wir den echten Ganztag massiv ausgebaut haben. Und weil wir den Unterricht digitaler gemacht haben.

Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht. Durch den konsequenten Ausbau echter Ganztagsschulen ist die Zahl der Schüler:innen im Ganztagsunterricht seit 2012 verfünffacht worden. Der Ganztag boomt. Und unser **Ganztag im Saarland** gilt bundesweit als **Musterbeispiel für Qualität.** Um eine echte Wahlfreiheit zwischen freiwilligem und gebundenem Ganztag zu erreichen, treiben wir den Ausbau der echten Ganztagsschule weiter voran und werden dafür die Vorgaben für die Einrichtung gebundener Ganztagsschulen anpassen. Bis 2026 bauen wir an allen Schulen mit zusätzlichem Bedarf die pädagogische Förderung und Unterstützung mit multiprofessionellen Teams aus und schaffen bis 2030 bedarfsgerecht zusätzliche Ganztagsangebote.

Beste Bildung braucht beste Rahmenbedingungen. Wir wollen im Saarland die modernsten und besten Schulen in Deutschland und unterstützen die Kommunen mit einem **saarländischen Schulbauprogramm**.

Unsere Schüler:innen verdienen nicht nur die **modernste Ausstattung**, sie verdienen auch die Zeit, die sie ganz individuell zum Lernen benötigen. Wir schaffen deshalb mehr Lernzeit über alle Stationen der Schullaufbahn hinweg und sorgen für mehr Personal und kleinere Klassen an unseren Schulen. Für ein Bildungsangebot, so individuell wie jedes Kind.

Wir geben den **Schulen mehr Freiheit**, um individuell auf bestehende Schwierigkeiten einzugehen und gute Lösungen zu finden. Wir wollen den Kindern und Jugendlichen dabei mehr demokratische Mitsprache ermöglichen. Denn Verantwortung zu übernehmen kann man gar nicht früh genug lernen. Wir sehen Schule als einen Ort, der dazu beitragen kann, Spaltungen in der Gesellschaft zu überwinden. Ziel ist eine gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation. Die Saar-SPD tritt ein für eine diskriminierungssensible Schulentwicklung.

Unsere **Schulen und Kitas** sollen **Orte zum Leben** sein – nicht nur zum Lernen und Prüfungen ablegen. Kita und Grundschule, Gemeinschaftsschule und Gymnasium, Berufsbildungszentrum, Hochschule und Uni sollen Orte sein, wohin Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gerne gehen und wo sie sich entfalten können. Kitas und Schulen sollen Familienzentren sein, wo Chancen, Förderer und Talente sich treffen.

Kriterien der Personalbemessung. Jedes Kind ist anders. Und Schule ist nicht gleich Schule. Die Belastung für die pädagogischen Fachkräfte in unseren Schulen ist zunehmend abhängig von sehr konkreten Umständen vor Ort. Vor allem sogenannte „belastete Schulen“ werden wir weiter entlasten. Ressourcen müssen stärker nach den jeweiligen Anforderungen bemessen werden. So haben wir bereits alle Grundschulen entlastet, wenn sie im Ganztag arbeiten, über eine Dépendance verfügen oder eine besondere Belastung aufweisen. Zur **gerechteren Personalisierung mit Lehrkräften und anderen Professionen** sind Kriterien und Indices zu entwickeln, die eine angemessene Versorgung ermöglichen.

Gleichwertigkeit der Bildungswege. Ob allgemeine oder duale Ausbildung, ob Gemeinschaftsschule, Gymnasium oder das berufliche System: **Alle Kinder und Jugendlichen sind uns gleich viel wert,** alle Bildungswege sind gleichwertig auszugestalten. Sowohl bei der personellen Ausstattung als auch bei den Arbeitsbedingungen ist das noch ein weiter Weg. Entscheidend ist, dass er konsequent weitergegangen wird. Das bedeutet: Die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen muss uns mindestens genauso viel wert sein wie anderen Bundesländern. Wir arbeiten weiter daran, dass das Saarland bei den Ausgaben pro Schüler:in im bundesweiten Vergleich aufsteigt.

Starke Kinder brauchen eine starke Grundschule. Kleine Systeme wie unsere Grundschulen brauchen weitere Unterstützung. An Grundschulen legen wir die maximale Klassengröße auf 25 Kinder fest und streben darüber hinaus kleinere Klassen an. Gleichzeitig schaffen wir eine echte Leitungszeit für Grundschulleitungen. Den Herausforderungen der Digitalisierung und individuellen Förderung der Kinder, sowie einer abgestimmten Schulentwicklung mit Eltern und in multiprofessionellen Teams wollen wir dadurch begegnen, dass Grundschulen in diesem Bereich schrittweise eine zeitliche Entlastung erhalten, um ihre Schule für die Zukunft weiterentwickeln zu können.

Abitur im eigenen Takt. Wir haben unsere Gemeinschaftsschulen gut aufgestellt und werden sie in ihrer Entwicklung weiter stärken. Sie stemmen den Hauptteil der Herausforderungen und werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht. In den vergangenen Jahren haben sie sich aktiv und engagiert den Themen individueller Förderung, Inklusion und Integration angenommen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass sie in ihrer Arbeit kontinuierlich und spürbar entlastet werden. Der **Aufbau der Funktionsstellenstruktur** an den Gemeinschaftsschulen muss weiter vorangetrieben werden. Ziel ist die **Gleichstellung der Aufstiegsmöglichkeiten, Unterrichtsverpflichtungen und Besoldungsstrukturen aller Schulen im Sekundarbereich**.

Auch an den Gymnasien haben wir die **Förderung- und Lernentwicklung der einzelnen Schüler:innen** in den Blick genommen und die Unterrichts- und Schulentwicklung durch das **Projekt für individuelle Lernbegleitung (ProfIL)** vorangetrieben. Individuelle Förderung bedeutet auch, den Neigungen und Interessen von Schüler:innen wieder gerecht zu werden, starre Beschränkungen durch eine breitere Auswahlmöglichkeit bei der Fächerwahl aufzuheben und eine verstärkte Profilbildung für die Studien- oder Berufswahl zu ermöglichen.

Die von der CDU verordnete Schulzeitverkürzung durch G8 wird vielen Schüler:innen in dieser Schulform weiterhin nicht gerecht. Die prinzipielle Kritik an G8 verlangt nach einer grundsätzlichen Lösung. **Wir werden auch an den Gymnasien wieder das G9 einführen. Eine reine Schulzeitverlängerung ist nicht unser Ziel. Nach der erfolgreichen Reform der Oberstufe muss** mehr Zeit für Bildung genutzt werden, um qualitätsverbessernde Maßnahmen zur individuellen Förderung umzusetzen. Im Gleichklang mit diesen Maßnahmen werden wir eine Qualitätsoffensive an den Gemeinschaftsschulen starten. Stärkere Individualisierung durch kleinere Lerngruppen und Doppelbesetzung, mehr Unterstützung durch Lehrkräfte und multiprofessionelle Kooperation.

Wir wollen auch die Berufsorientierung in den Schulen weiter stärken. Denn Berufsausbildung und akademisches Studium sind für uns gleichwertig. Deshalb sollen alle Jugendlichen an allen allgemeinbildenden Schulen den für sie passenden Weg entdecken können.

Hervorragend ausgebildete und hochqualifizierte Fachkräfte sind Ergebnis einer leistungsfähigen dualen Ausbildung. Die beruflichen Schulen leisten hier einen Beitrag zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und schaffen mit ihrem Engagement wichtige Perspektiven für die junge Generation. Durch gesellschaftliche Veränderungen und einen wirtschaftlichen Strukturwandel verändern sich Berufsbilder und die notwendigen Kompetenzen, die junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt benötigen. Die

Transformation unseres Wirtschaftssystems führt auch zu Herausforderungen für die berufliche Bildung. Wir wollen unser System beruflicher Schulen und die duale Ausbildung fördern, um diese zukünftigen Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Um die Transformation auch in der beruflichen Bildung erfolgreich zu gestalten, wird ein **Zentrum für Transformation** eingerichtet, das gemeinsam mit den Akteur:innen der beruflichen **Schulen** den **Dreiklang aus Qualitätssteigerung in der Ausbildung, Qualifizierung der Fachkräfte und Öffnung hin zu neuen Berufsfeldern** in den Blick nimmt.

Bildung ist inklusiv. Am qualitativen Ausbau unserer Kindertageseinrichtungen und Schulen zu inklusiven Bildungsstätten halten wir fest. Die Schulen haben sich auf den Weg gemacht. Inklusiv zu arbeiten heißt auch, **multiprofessionell im Team** zu handeln. Eine effektive Ausstattung mit multiprofessionellen Teams, die den besonderen pädagogischen Förderbedarfen der Schule gerecht werden, ist dabei wichtig. Eine moderne Bildungspolitik sozialdemokratischer Prägung prüft dabei die **Passgenauigkeit** der Angebote **schulischer Jugend- und Sozialarbeit** wie auch der **Eingliederungshilfe** für junge Menschen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen.

Das **Kompetenzzentrum Inklusion** zur Beratung und Begleitung von Schüler:innen, Lehrkräften, Erziehungsberechtigten und allen am Schulleben beteiligten Akteur:innen im Rahmen einer inklusiven Schul- und Unterrichtsentwicklung verbessert die Teilhabechancen aller Kinder und Jugendlichen und macht **Schluss mit Ausgrenzung und Exklusion.** Wir werden darüber hinaus regionale Unterstützungsstrukturen zur Umsetzung der Inklusion an den Regelschulen weiterentwickeln.

Das Programm **„Gesunde Schule Saarland“** bauen wir weiter aus. Bei der Beratung zur Wiedereingliederung, beim Mutterschutz oder der Arbeitszufriedenheit legen wir besonderen Wert auf die Gesundheit unserer Lehrkräfte. Gesunde Schulen fördern die gesunde Lebensweise ihrer Schüler:innen. Mit Präventionsangeboten und der Förderung eines gesunden Mittagessens wollen wir die Schulen weiter unterstützen. Zu multiprofessionellen Teams gehören auch Gesundheitsfachkräfte. Ein Modellprojekt soll die Gelingensbedingungen für mehr Gesundheitsvorsorge untersuchen.

Eine gesunde Schule ist auch eine **demokratische Schule.** Eine Stärkung der Mitbestimmungsarbeit an Schulen und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften, Eltern und Schüler:innen zur Schulentwicklung macht Demokratie vor Ort erlebbar und erfahrbar. Das Schulmitbestimmungsgesetz ist kein Feigenblatt, sondern ein Instrument zur Schul- und Unterrichtsentwicklung. Deshalb brauchen wir die **gleichberechtigte Mitbestimmung der Schulsozialarbeit**. Demokratisierung bedeutet aber auch, die Schulen auf dem Weg in die **Schulautonomie** zu begleiten. Nicht zuletzt muss unser Bildungssystem angesichts der aktuellen Gefährdungen unserer Demokratie durch fremdenfeindliche und rassistische Angriffe gestärkt werden, um den Wert unserer Demokratie von Kindesbeinen an durch entsprechende Angebote im Bereich der **Menschenrechts- und Toleranzerziehung** zu vermitteln. In Lehrplänen sollten Kompetenzen im Bereich der Demokratieerziehung, der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und im geistes- und naturwissenschaftlichen Fächerkanon weiter vertieft werden.

Der **„Campus Lehrer:innenbildung“** verzahnt die verschiedenen Phasen der Ausbildung und trägt zur Qualifizierung und Professionalisierung unserer Lehrkräfte bei, damit sie ihre Schüler:innen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben begleiten, fördern und zu einem guten Schulabschluss bringen können. Wir werden die Fortbildungsquote durch eine **passgenaue Beratung** der Schulen erhöhen. Die Ausbilder:innen in den Studienseminaren und Leitungskräfte an Schulen werden wir mit Unterstützung des **Landesinstituts für Pädagogik und Medien** weiter qualifizieren.

2.3. Bundesweit Vorreiter: Digitale Bildung und Medienbildung.

Unser Motto ist: **Kein Schulranzen ohne Tablet.** Erstklassige digitale Ausstattung und eine schnellere und bessere Anbindung ans Internet müssen zur Grundausstattung für jede Schule und alle Schüler:innen gehören. Das Saarland geht dabei mit der **Landesweiten Systematischen Medienausleihe Saarland (LSMS)** und der **Online-Schule Saarland (OSS)** bundesweit voran. Bereits jetzt arbeiten über 300 Schulen mit etwa 100.000 Schüler:innen sowie 9.400 Lehrkräften aktiv mit der Landesbildungscloud. Nachdem alle Schüler:innen der sechsten Klassenstufe sowie alle Lehrer:innen bereits mit mobilen Endgeräten ausgestattet wurden, gehen wir nun den nächsten Schritt. **Zum Schuljahr 2022/23** statten wir jede:n Schüler:in **ab der dritten Klassenstufe einschließlich der Auszubildenden in der dualen Ausbildung** mit **Tablet und digitalen Schulbüchern** aus. Dieser Ansatz ist bundesweit einmalig und setzt Maßstäbe im digitalen Unterricht. An den Schulen führen wir **Informatik als Pflichtfach ab Klassenstufe 7** ein und bilden die nötigen Lehrkräfte im Saarland selbst aus.

Zeitgemäßer Unterricht ist digital gestützt. Medienbildung wird so zur Selbstverständlichkeit. Gemeinsam mit den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken bauen wir die **Kompetenzzentren für Wartung, Support und Administration (KOMSA**) weiter aus und flankieren so die digitalen Veränderungen an allen Schulen, landesweit einheitlich sowie ortsunabhängig. Gemeinsam mit den Schulträger:innen prüfen wir, wie wir technische Infrastruktur und pädagogische Herausforderungen in den Kompetenzzentren zusammenbringen können.

Alle Lehrkräfte und Schüler:innen können mit nur einem Login in der Online-Schule Saarland alle Dienste abrufen. Mit der Einführung der **Digitalen Einheitlichen Schulverwaltung (DESC)** können Lehrkräfte ihre Verwaltungstätigkeiten bequem und mobil über das vom Schulträger gestellte Endgerät ortsunabhängig erledigen. Bereits jetzt können Lehrkräfte über ihr persönliches Endgerät ihre digitalen Bildungsmedien im Unterricht einsetzen, mit den Schüler:innen interagieren, ihre dienstlichen E-Mails abrufen, die digitale Infrastruktur im Klassenraum steuern und digitalen Unterricht sowie Verwaltungsabläufe organisieren. Lehrkräfte werden dadurch spürbar entlastet.

Die geplante **Landesweite Systematische Medienausleihe Saarland (LSMS)** wird ab dem Schuljahr 2022/23 einerseits gedruckte Bücher vorsehen und andererseits die hierzu notwendigen digitalen Bildungsinhalte (digitale Bücher und adaptive Lernsysteme) beinhalten. Mit digitalen individuell angepassten Bildungsinhalten unterstützt sie die Individualisierung von Unterricht.

Medien sind Motoren für Schul- und Unterrichtsentwicklung. Diese Entwicklung soll vor Ort gestaltet werden. Wir werden in Zusammenarbeit mit der Universität des Saarlandes, unseren Studienseminaren, dem Landesseminar und dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien die **medienpädagogische Grundbildung** als verpflichtenden Teil der Aus- und Fortbildung des frühkindlichen, schulischen und außerschulischen pädagogischen Personals ausbauen und damit den kompetenten und verantwortlichen **Einsatz digitaler Medien** durch Pädagog:innen über alle Bildungswege hinweg stärken.

Unterricht mit und durch Medien gestalten. Medien fördern das selbstständige Lernen. Sie können einen wichtigen **Beitrag zum Umgang mit Heterogenität** leisten. Medien schaffen Lernräume, in denen binnendifferenziertes und individuelles Lernen gelingt. Initiativen, die in sozialdemokratischer Regierungsverantwortung entstanden sind, wie das Projekt **„Medienscouts Saar“,** das **„Projekt für Individuelle Lernbegleitung an Gymnasien (ProfIL)“** oder das Grundschulprojekt **„Medienkompass“** sowie **„Calliope**“ an Grund- und weiterführenden Schulen, werden weiter gefördert und ausgebaut. Schulen brauchen dabei die notwendige Unterstützung, um die pädagogischen und didaktischen Herausforderungen zu meistern. Das Landesinstitut für Pädagogik und Medien begleitet die Schulen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung und liefert Beispiele, wie eine gute Zusammenarbeit auf diesem Gebiet

mit dem örtlichen Schulträger gelingen kann. **Digitale Bildung und Medienbildung** sind in ihren verschiedenen Dimensionen (u.a. Medienkompetenz und Medienethik) in allen Fächern und über alle Klassenstufen hinweg **in den Lehrplänen** zu verankern. Medienbildung ist ein wichtiger Baustein demokratischer Bildung in Schule und wesentlich für die Persönlichkeitsentwicklung. Schule hat der Bedeutung des digitalen Wandels Rechnung zu tragen.

Schnelles Internet – auch für unsere Schulen. Moderne Bildungseinrichtungen dürfen beim Breitbandausbau nicht auf der Strecke bleiben. Lehrkräfte und Schüler:innen werden durch den Einsatz von digitalen Endgeräten sowie Bildungsinhalten und APPs im Unterricht unterstützt. Durch die „Kompetenzzentren für Wartung, Support und Administration“ (KOMSA) in jeweils einem Landkreis werden Schulen aktiv in der Arbeit mit den Endgeräten unterstützt. Dadurch werden Schulen spürbar entlastet. Gleichzeitig setzt sozialdemokratische Bildungspolitik auch darauf, dass Orte des Lernens, ob zuhause oder auch außerhalb der Schule, digital gut gerüstet sind. Kinder und Jugendliche brauchen auch im Rahmen der Daseinsvorsorge ein belastbares Netz in den eigenen vier Wänden.

Das Land und die Kommunen stehen im Dialog, vor Ort die **Voraussetzungen für eine gute Infrastruktur** zu schaffen. Dabei werden die Kommunen aktiv in der Umsetzung des Digitalpakts unterstützt und von der Antragsberatung bis hin zur Umsetzung begleitet.

2.4. Mehr Teilhabe durch allgemeine Weiterbildung.

Das sozialdemokratische Versprechen vom **Aufstieg durch Bildung** ist untrennbar mit der Weiterbildung und dem lebenslangen Lernen verbunden, das gilt umso mehr im Strukturwandel. Wir wollen, dass alle Arbeitnehmer:innen ein Recht auf Weiterbildung haben und gemeinsam mit Kammern, Unternehmen und Betrieben besser über Weiterbildungsmöglichkeiten informieren – für eine echte Weiterbildungskultur im Saarland. Das Recht auf Bildungsfreistellung soll wieder fünf Tage ohne Einbringen arbeitsfreier Zeit durch die Beschäftigten betragen.

Allgemeine Weiterbildung bietet die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, sei es bei der Anwendung der digitalen Medien, der Erhaltung der Gesundheit, dem Erlernen von Sprachen oder durch fachlichen und gesellschaftlichen Austausch. Allgemeine Weiterbildung bietet einen bedeutenden Hebel gegen Vereinsamung und für sozialen Zusammenhalt und mehr Miteinander auf der Basis gleicher Bildungsinteressen. Sie muss wohnortnah und in enger Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, kirchlicher Erwachsenenbildung und anderen Weiterbildungsträgern organisiert werden und mit Familie und Beruf vereinbar. Wir werden sie so fördern, dass sie in der Lage sind, Weiterbildung für alle Menschen unabhängig vom sozialen Status zu sozialverträglichen Preisen anzubieten.

Die **Landeszentrale für politische Bildung** und die zahlreichen Träger politischer Bildung leisten eine Querschnittsaufgabe in allen Lebensphasen des Lernens. Eine wichtige Zielgruppe sind neben den Erwachsenen besonders junge Menschen. Wir wollen in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung neue Lernformate fördern, um Menschen Handwerkszeug im **Kampf gegen rechte Parolen** zu geben.

Grundbildung ist mehr als lesen und schreiben lernen. Jede:r Siebte ist nicht in der Lage, einen Text verstehend zu lesen. Deshalb haben wir einen **Grundbildungspakt** geschlossen und elf Grundbildungszentren eingerichtet, um die Grundbildung der Menschen wohnortnah besser zu fördern. Auf Bundesebene wurde eine Dekade der Alphabetisierung ausgerufen. Wir wollen die Grundbildung zu einem Schwerpunktthema der nächsten Jahre machen. Zur Grundbildung zählen auch weitere Grundfertigkeiten wie z. B. kulturelle, musische und gesundheitliche Bildung.

Wir werden eine engere Verzahnung von frühkindlicher Bildung, Schule, Hochschule und Weiterbildung mit dem Ziel des lebenslangen Lernens anstreben. Die **Zusammenarbeit der Bildungsakteur:innen** schafft Synergieeffekte und hilft den Betroffenen. Dazu sollen alle Bildungsbereiche in einem Ministerium zusammengefasst werden. Auch die Kommunen verstehen sich zunehmend als bildungspolitisch Verantwortliche und (Mit-)Steuernde, nicht nur als Verwaltung von Gebäuden und Personal. Sie bauen Strukturen eines kommunalen Bildungsmanagements auf und entwickeln Lernzentren, in denen Volkshochschule (VHS), Musikschule, Bibliothek u. a. an einem Ort zu kommunalen Bildungslandschaften gebündelt werden. Damit kann Bildung auch lokal so gesteuert werden, dass sie den Herausforderungen ihrer Zeit, wie Bildungsbenachteiligung, Digitalisierung und Fachkräftemangel aktiv begegnet. Dazu wollen wir die wichtige Arbeit der Transferagentur Rheinland-Pfalz/Saarland in geeigneter Form und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden weiterführen.

2.5. Zukunft der Hochschulen. Zukunft unseres Landes.

Die **Hochschulen** bringen die **regionale Entwicklung** voran und helfen, den demografischen Wandel zu gestalten. Sie sind Arbeitgeber:innen. Sie sichern den **Nachwuchs an Fach- und Führungskräften**, sind unersetzliche Treiber von Innovation und fördern Existenzgründungen und den Transfer von Forschung in die Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt sind die saarländischen Hochschulen auch ein Ort des sozialen Aufstiegs durch Bildung und Motor für die kulturelle Entwicklung unseres Landes. Sie bringen junge, kreative Menschen aus der ganzen Welt ins Saarland, die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung und unseren Arbeitsmarkt bieten. Der Erhalt eines breiten Fächerangebots, die Öffnung der Hochschulen, Gute Arbeit in der Wissenschaft, eine gute Infrastruktur an den Hochschulstandorten, gute Lebensbedingungen für Studierende und Forschende sowie mehr Demokratie und Mitbestimmung an den saarländischen Hochschulen sind **Leitlinien für einen modernen Hochschulstandort**.

Für die SPD ist die Wissenschaftskommunikation ein zentraler Bestandteil moderner Wissenschaft. Daher fördern wir auf Landesebene Ansätze von Open Science, Bürger:innenwissenschaften und Public Outreach ebenso wie die Zusammenarbeit der Hochschulen mit außeruniversitären Partner:innen.

Wir werden die Weiterentwicklung des Hochschulstandortes vorantreiben. Die **Landeshochschulentwicklungsplanung** darf nicht getrieben sein von Sparzwängen, sondern muss sich auf gemeinsame Qualitätsziele für Wissenschaft und Forschung auf der Grundlage einer planbaren und dauerhaft auskömmlichen Grundfinanzierung verständigen. Das Hochschulressort darf in Zukunft nicht mehr nur als Anhängsel federführend von der Arbeitsebene betreut werden.

Gute Lehre ist der Garant für ein gutes Studium. Gute Lehre ist unabdingbar für den Studienerfolg. Hierzu gehören nicht nur gute Vorlesungen, sondern auch vertiefende Angebote wie Tutorien oder Arbeitsgemeinschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass Hochschulen barrierefreier werden. Mehrsprachige Kurse und Prüfungsgrundlagen befördern die Diversität in der Lehre. Wir steigern Internationalität, Interdisziplinarität und Attraktivität der Hochschulen.

Studentische Mitbestimmung stärken. Die Qualität der Lehre kann in erster Linie von denjenigen beurteilt werden, für die sie gedacht ist. Studierende sind nicht nur die mit Abstand größte Gruppe an jeder Hochschule, sondern auch direkt von Gremienentscheidungen betroffen, an denen wir sie stärker beteiligen wollen. Gute Arbeit gilt auch für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Deshalb werden wir sie im saarländischen Personalvertretungsgesetz berücksichtigen und auf Tarifverträge hinwirken.

Wissenschaftlichen Mittelbau schützen. Der wissenschaftliche Mittelbau trägt unverzichtbar zur Qualität von Forschung und Lehre bei. Er trägt oft die Hauptlast in der Betreuung und Durchführung von

Seminaren und Tutorien für Studierende und soll gleichzeitig Sprungbrett zu einer universitären Berufslaufbahn sein. Voraussetzung dafür sind **gute und sichere Arbeitsplätze** ohne andauernde zeitliche Befristungen. Für Daueraufgaben müssen auch Dauerstellen zur Verfügung stehen. Um motivierte Lehr- und Forschungskräfte dauerhaft an den Hochschulstandort Saar binden zu können, ist eine auskömmliche Entlohnung der in Forschung und Lehre tätigen Menschen entscheidend. Dazu zählen auch die wissenschaftlichen Hilfskräfte. Gleichzeitig werden wir Qualifizierungsmöglichkeiten im Rahmen der Beschäftigungsverhältnisse stärken: Dies umfasst Alternativen zum klassischen Habilitationsmodell, wie Tenure-Track-Professuren und Senior-Lecturer-Positionen und eine Ausweitung der Möglichkeiten zum erstverantwortlichen Betreuen und Begutachten von Promotionen. Wir setzen uns auch für ein eigenständiges Promotionsrecht der htw Saar und die Einführung eines rechtlich selbstständigen hochschulübergreifenden Promotionskollegs ein.

Gute Lebensbedingungen für Studierende. Bildungswege verlaufen nicht immer linear. Manche Studierende haben bereits Familie, andere pflegen Angehörige. Daher setzen wir uns für flexiblere Studienabläufe und Prüfungsfristen ein. Ebenso gilt es, Teilzeitstudiengänge und das berufsbegleitende Studieren zu ermöglichen. Auch den Ausbau der psychologisch-psychotherapeutischen Beratungsangebote für Studierende und Bedienstete der Hochschulen streben wir an.

Wir schaffen **bezahlbaren studentischen Wohnraum**. Die Ausstattung von **Studierendenwohnheimen mit Hochleistungs-WLAN** muss vorangetrieben werden. Nur so sind Lehrformate wie E-Learning, Blended Learning und Online-Kurse ohne Hürden für alle nutzbar. Außerdem gilt es, die Hochschulgastronomie diverser und nachhaltiger zu gestalten. Die anstehenden Hochschulbaumaßnahmen werden wir zeitnah umsetzen.

Studienpioniere stärken. Studierenden aus nichtakademischen Familien werden wir den Zugang zu den Hochschulen erleichtern. Chancengleichheit und Durchlässigkeit müssen die Leitsätze in unserem Bildungssystem sein. Wir ermutigen Schüler:innen aus Familien ohne Hochschulerfahrung dazu, als erste in ihrer Familie zu studieren. Dafür erleichtern wir den Zugang zur Hochschule über eine duale Ausbildung und über alternative Studienformate wie Teilzeitstudiengänge, berufsbegleitende Angebote und Fernstudienformate. Außerdem stärken wir Beratungs- und Unterstützungsangebote in der Studieneingangsphase.

Studiengebühren dürfen nicht mehr eingeführt werden. Die Hochschulpolitik des 21. Jahrhunderts darf nicht mehr durch überkommene Instrumente vergangener Zeiten den Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu hochwertiger Bildung verbauen. Studiengebühren lehnen wir ab. Um allen Menschen ein Studium zu ermöglichen, bauen wir das BAföG aus. Die Zahl der Förderberechtigten soll gesteigert werden, indem die Regelstudienzeit der Studiengänge auf die tatsächliche Durchschnittsstudienzeit angehoben wird. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG elternunabhängig wird.
Breites Angebot an Studiengängen. Die Saar-SPD steht für den Leitgedanken **„Bildung für alle“**. Hochschulen dienen zuallererst der Erfüllung des Rechts auf Bildung. Wir wollen möglichst vielen verschiedenen Menschen ein Studium ermöglichen. Daher werden wir ihnen ein breites Angebot und ausreichend Studienplätze zur Verfügung stellen, an der **Universität des Saarlandes (UdS)** als Volluniversität, der **Hochschule für Technik und Wirtschaft (htw)** als hervorragende Hochschule für angewandte Wissenschaft und der **Hochschule der Bildenden Künste (HBK)** und der **Hochschule für Musik (HfM)** als exzellente künstlerische Hochschulen. Ein breites Fächerangebot ermöglicht die notwendige Interdisziplinarität, um technologischen und gesellschaftlichem Wandel gestalten zu können.

Ein grenzüberschreitendes Lehrangebot stärkt die überregionale Attraktivität des Hochschulstandorts, erweitert das lokal vorhandene Fächerangebot und bietet Studierenden einen internationalen Forschungseinblick. Der **Europaschwerpunkt** der UdS, die **Deutsch-Französische Hochschule** und die **Universität der Großregion** sind dafür ein wichtiges Fundament. Wir unterstützen die Institutionalisierung

digital gestützter gemeinsamer Seminare und Vorlesungen der Universitäten in der Großregion und gemeinsame Lehrveranstaltungen mit internationalen Partneruniversitäten.

2.6. Kultur in der Großregion: reichhaltig, vielfältig, grenzüberschreitend.

Kultur verbindet Menschen, bringt sie zusammen, lässt sie gemeinsam etwas erleben. Die Pandemie hat vieles verändert. Kultur auf Distanz unter digitalen Bedingungen kann dieses gemeinsame kulturelle Erlebnis nicht ersetzen. Dennoch können Angebote durch digitale Unterstützung neue Erlebnisräume schaffen – in unseren Museen, Theatern, den Hochschulen und unseren Vereinen.

Unsere sozialdemokratische Maxime in der Kulturpolitik bleibt bestehen: **Wir fördern Kultur von den Menschen, für die Menschen, vor allem aber mit den Menschen.**

Mit dem **Saarländischen Kulturgipfel** wurde erstmals eine Plattform der Freien Szene mit der Breitenkultur, der Kommunen mit den großen Kulturinstitutionen geschaffen und die **Schnittmenge** gefunden, das Saarland gemeinsam kulturell zu gestalten, Innovationen voranzutreiben und für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene **neue Vermittlungsformen** zu finden. Durch **Kooperation und Vernetzung** wird der solidarische Gedanke saarländischer Kulturpolitik gestärkt und dient dazu, ein reichhaltiges und zukunftsfähiges Kulturangebot zu schaffen.

Kultur sichert den Lebensunterhalt vieler Künstler:innen, Soloselbstständigen oder im Rahmen der Infrastruktur. Wenn Kultur wegbricht oder eingeschränkt wird, spüren wir das alle. **Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen** sind Grundvoraussetzung für künstlerisches Schaffen und künstlerische Freiheit. Insbesondere Solokünstler:innen haben in der Pandemie stark gelitten. Ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist unser Ziel. Durch die Definition von Mindesthonoraren, Mindestgagen und Mindeststandards bei Förderszenarien wollen wir die Einkommenssituation und soziale Absicherung freischaffender Künstler:innen verbessern. Auf Bundesebene setzen wir uns für ihre Absicherung in der Künstlersozialversicherung, der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung ein. Der Zugang zu Räumen ist unter Pandemiebedingungen zu einer Herausforderung geworden. Der freien Szene wollen wir einen festen und gut ausgestatteten Arbeits- und Wirkungsraum ermöglichen und in ihrer Professionalisierung weiter unterstützen. Damit wollen wir künstlerische Talente im Land halten. Wir setzen uns ein für ein **Produktionshaus** im Saarland.

Das Kulturangebot darf sich räumlich nicht nur auf die Zentren und großen Städte konzentrieren. Auch ländliche kommunale Räume können über Kulturangebote kreativ neu erschlossen werden. Gemeinsam mit der kommunalen Seite wollen wir uns dafür einsetzen, dass **Kultur Pflichtaufgabe** wird.

Mit der Erweiterung der **Modernen Galerie** und der geplanten neuen Dauerausstellung des **Historischen Museums Saar** wurden in den letzten Jahren Grundlagen geschaffen, um die **Museen als Zeugen unseres kulturellen Erbes** publikumsorientierter zu entwickeln, **als Orte der Teilhabe**, an denen Menschen sich gern und oft treffen und Kultur erleben möchten. Im Vordergrund steht hierbei die Zusammenarbeit der historisch und landesgeschichtlich ausgerichteten **Museen am Schlossplatz**. Auch eine bessere Vernetzung und damit nationale und internationale Sichtbarmachung sowohl der Funde der römischen wie der keltischen Zeit möchten wir angehen. Der **Europäische Kulturpark Bliesbruck-Reinheim** oder auch der **Keltische Ringwall in Otzenhausen** sind archäologische Orte, deren Bedeutung nicht an der Grenze eines Bundeslandes enden. Sie sind Zeitzeugen grenzenloser Vergangenheit und sollten hierzu gefördert werden. Traditionen und Brauchtümer wie beispielsweise das **Kulturerbe Viez** als Kulturerbe prägen das Leben vor Ort. Sie schaffen Identität und Zusammenhalt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, ihre Bedeutung zu sichern und zu stärken.

Bürger:innen sollen **Museen als identitätsstiftende Orte**, als „ihre“ Museen erfahren können. Wir wollen die Museen bei der Entwicklung innovativer Ausstellungskonzepte und zielgruppengerechter museumspädagogischer Angebote und Ansprache bestärken und unterstützen. Die Museen sollen als **Orte der kulturellen Bildung** wie auch als **Erlebnisorte** gestärkt werden und ihre Aktivität nach außen ausstrahlen durch innovative, auch spartenübergreifende Vorhaben und mit neuen Medien. Aufbauend auf dem Kulturgipfel stärken wir die Synergien zwischen Museen, anderen kulturellen Einrichtungen und weiteren Akteuren, z.B. Theatern, dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte, Musiker:innen, der Freien Szene sowie Kooperationen in der Großregion. Für alle bis 18 Jahren haben wir in unseren Museen bereits freien Eintritt. Zu bestimmten Zeiten oder an bestimmten Tagen soll es für alle möglich sein, Museen zu besuchen, ohne Eintritt bezahlen zu müssen.

Das **Saarländische Staatstheater** wollen wir als **Drei-Sparten-Haus** erhalten. In der Pandemie hatten Zuschauer:innen durch zahlreiche digitale Angebote immer wieder die Möglichkeit, Theater als **Raum der Erfahrung und Begegnung** zu erleben. Obwohl Online-Formate das Live-Erlebnis nicht ersetzen, sind digitale Formate als zusätzliche ästhetische Dimension nicht mehr wegzudenken. Das geht nicht nebenbei, sondern bedingt eine auskömmliche Ausstattung. Dafür setzen wir uns ein.

Das Saarland wurde geprägt von Kohle und Stahl. Unter Tage war immer allen klar: Zusammenhalt sichert Leben. Das ist in unserem kollektiven Bewusstsein verankert. Im Rahmen der **Industriekultur** wollen wir diese Traditionen, das Brauchtum, ihre Denkmäler als Orte der Erinnerung und Solidarität hegen und pflegen, auch als Quelle, mit der Zukunft gestaltet werden kann. Das **Steigerlied** soll **immaterielles Kulturerbe** werden.

Das **Weltkulturerbe Völklinger Hütte** ist Kulturstätte von internationalem Rang, Ort der Erinnerung und schafft Zukunft als Kreativlabor für neue Formate. Es belegt authentisch und nachvollziehbar, wie sich Transformation auswirkt. Der Status als Welterbe der Menschheit bedeutet hohe Verantwortung, enorme finanzielle Kraftanstrengungen für Betrieb und Sanierung. Mit der langfristigen Förderung des Bundes über 30 Millionen Euro ist ein wichtiger Meilenstein gelungen. Das **Erlebnisbergwerk Velsen** wollen wir in einem Netzwerk u.a. mit dem **Rechtsschutzsaal in Bildstock** und dem **Bergbaumuseum in Bexbach** als Erinnerungsorte der bergmännischen Tradition und der Mitbestimmung dauerhaft fördern. Die ehemalige **Französische Botschaft**, das Pingusson-Gebäude mit seiner herausragenden architektonischen Qualität steht wie kaum ein Gebäude auf deutschem Boden für die Aussöhnung und die Dynamik der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Das ist die eigentliche „Botschaft von der Botschaft.“ Sie gilt es zu erhalten und weiterzutragen, verbunden mit klugen Überlegungen für ein tragfähiges Nutzungskonzept.

Nicht nur die großen, sondern auch viele mittlere und kleine **Festivals** prägen unsere Kultur, tragen zur Lebensqualität in unserem Land bei, stärken die Wahrnehmbarkeit unseres Bundeslandes, bringen Gäste zu uns. Daher legen wir besonderen Wert auf die Vielfalt, die hier geboten wird. Umso wichtiger ist es, die etablierten Festivals wie den **Max-Ophüls-Preis, Festival Perspectives, Loostik und die Musikfestspiele Saar** zu sichern. Ihre Verstetigung muss im Fokus stehen. Das in den letzten Jahren initiierte neue experimentelle Format eines **Musikfestivals** werden wir auf Basis der Erfahrungen der ersten beiden Pilotausgaben weiterentwickeln. Wir machen uns dafür stark, diese Festivals dauerhaft finanziell abzusichern und wollen Strukturen schaffen, die **Vernetzung auf regionaler, überregionaler und grenzüberschreitender Ebene** ermöglichen.

Das Saarland ist als Vereinsland stark. Auch in der Kultur. **Kulturelle Bildung** wird von einer Vielzahl an Karnevals- und Musikvereinen, Chören, Tanzensembles und Amateurtheatern geprägt. Ehrenamtliches Engagement eröffnet jungen Menschen eine Perspektive. Mit unserer Förderung der Breitenkultur ermöglichen wir die Professionalisierung der Strukturen. Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung. Die Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen ist uns dabei besonders wichtig. Mit dem

Landesjugendring bringen wir Kulturschaffende in der Jugendkultur zusammen. Den Vereinen wollen wir durch ihren **Einsatz im Ganztag** helfen, sich auf veränderte Bedürfnisse einzustellen und zielgerichtet junge Menschen zu erreichen. So stärken wir kulturelle Bildung in unseren Schulen, die sich in ihrem lokalen Umfeld vernetzt und verankern.
An den etablierten Formaten der kulturellen Bildung halten wir fest: das **Theaterpädagogische Zentrum** der Schulen, des Staatstheaters und des Theaters Überzwerg, das Projekt zur Förderung der französischen Sprache **„Chanson à l'école**" und das Schulentwicklungsprogramm **„Kultur leben."** Mit der Anhebung der Honorare stärken wir das Programm **„Kreative Praxis"** und sichern die Kulturschaffenden im schulischen Umfeld. **Leseförderung** gehört für uns ab der Kita dazu und stärkt damit auch den Zugang junger Menschen zu Büchern – eine notwendige Voraussetzung für unseren saarländischen Buchhandel und das Verlagswesen.

Die Servicestelle **„Kultur macht stark"** lässt auch benachteiligte Kinder und Jugendliche außerschulische kulturelle Bildungsangebote stärker wahrnehmen. Nachdem saarländische Kinder und Jugendliche nun endlich vom Bundesprogramm **„Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung"** profitieren, wollen wir die Kofinanzierung durch Landesmittel sicherstellen.

Die stärkere Kooperation der beiden **künstlerischen Hochschulen** ist eine gute Ausgangsbasis für die Zukunft. Grundlage hierfür war und ist eine auskömmliche finanzielle Absicherung im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung. Im Fokus der Hochschulentwicklung stehen dabei die Studierenden. Große gesellschaftliche Themen wie Inklusion und Nachhaltigkeit sollen insbesondere auf dem Gebiet der Forschung ebenso gemeinsam bearbeitet werden wie die Industriekultur. Eine Ausweitung des Fächerangebots bspw. um den Dokumentarfilm oder das Schauspiel werden wir prüfen. Für die **Hochschule für Musik Saar** wird mit der Herrichtung eines hochschulgerechten Baukomplexes in der Innenstadt die Grundlage für eine Sanierung des Hochschulstandortes auf der Kulturmeile geschaffen. Langfristig wird die Möglichkeit einer Zentralisierung der Standorte auf Hauptgebäude, Alte Kirche und Ausweich-Immobilie angedacht.

3. Rot kann Grün. Machbar und gerecht.

Mit uns blüht das Saarland auf – nicht nur wirtschaftlich und gesellschaftlich. Wir im Saarland sind heimatverbunden, wir schützen und genießen unsere Umwelt. Klima- und Umweltschutz waren und sind Herzensthema der Sozialdemokratie. Die erfolgreichste grüne Umweltpolitik in Deutschland wird von der SPD im Saarland gemacht.

Der **Entsorgungsverband Saar (EVS)** leistet zuverlässig seine unverzichtbare Arbeit in der Abfallentsorgung und der Abwasserreinigung und entwickelt sich stetig entlang der Bedürfnisse der Bürger:innen und den Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz weiter. Es kommt jedoch immer häufiger vor, dass Unrat nicht ordnungsgemäß entsorgt, sondern wild in der Natur abgeladen wird. Das belegen die gestiegenen Kosten, die für die Beseitigung des Abfalls im saarländischen Staatswald aufgewendet werden müssen. Müll gehört nicht in den Wald, sondern auf einen der zahlreichen Wertstoffhöfe, Grünschnittdeponien oder in Verbrennungsanlagen. Diejenigen, die Unrat in der Natur entsorgen, belasten die Umwelt, Tiere und Pflanzen, und schieben die Verantwortung und die Kosten der Entsorgung auf die Allgemeinheit. Daher setzen wir uns dafür ein, **illegale Müllablagerungen härter zu ahnden.**

3.1. Dem Klimawandel begegnen. Erneuerbare Energien ausbauen.

Die Bewältigung des Klimawandels ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Der Klimawandel bedroht unsere Umwelt und damit die Grundlage unseres Lebens. Um die Erderwärmung zu stoppen, braucht es ein entschlossenes Handeln in nahezu allen Politik- und Lebensbereichen. Wir

werden die Transformation unserer Wirtschaft vorantreiben, nachhaltiger bauen, die Verkehrswende beschleunigen, unsere Landwirtschaft nachhaltig gestalten und die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen. Da die Bekämpfung des Klimawandels ein Staatsziel ist, wird eine SPD-geführte Landesregierung das **Nachhaltigkeitsgebot in der Landesverfassung** festschreiben, ein **Klimaschutzgesetz** mit verbindlichen Zielen auf den Weg bringen und einen **Klima-Bürger:innenrat** einrichten.
Es geht beim Klimaschutz nicht um das Ob, sondern um das Wie. Wir stehen für konsequenten, klugen und sozialen Klimaschutz. Wenn wir unsere Umwelt schützen und den Klimawandel bekämpfen wollen, müssen wir die **Energiewende im Saarland** weiter vorantreiben. Dafür ist der **Ausbau von Windkraft und Photovoltaik** zur Stromproduktion erforderlich. Wir werden den **Anteil erneuerbarer Energien** am Stromverbrauch bis 2030 mindestens **verdoppeln**. Den **Treibhausgasausstoß** werden wir bis 2030 **halbieren**. Um beim Ausbau der Erneuerbaren Energien mit gutem Beispiel voranzugehen, werden wir **Photovoltaik-Anlagen** auf den Dächern öffentlich genutzter Gebäude zur Pflicht machen – wann immer neu gebaut oder grundlegend saniert wird. Wir unterstützen zudem das Vorhaben der Bundesregierung, Photovoltaik auf gewerblichen Neubauten verpflichtend zu machen. Dies wird im Sinne der Energieeffizienz einhergehen mit einer **Pflicht zur klimafreundlichen Dämmung**. Bei Gebäuden in Privatbesitz setzen wir auf Anreize, um den Ausbau zu beschleunigen. Wir legen ein **Förderprogramm zur Anschaffung von Stromspeichern** in Verbindung mit privaten Photovoltaikanlagen auf. Ebenso werden wir **PV-Anlagen auf Agrarflächen** weiter fördern. Um den Flächenverbrauch für die Landwirtschaft so gering wie möglich zu halten, setzen wir auf aufrecht geständerte Agri-PV-Anlagen.
Strom muss bezahlbar bleiben. Deshalb setzen wir uns für den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Abschaffung der EEG-Umlage und weitere strompreisdämpfende Maßnahmen ein. Um die Akzeptanz der Bürger:innen für den Bau von Windanlagen zu erhöhen, wollen wir Bürger:innen und Kommunen am Ertrag der Anlagen beteiligen. Durch **Repowering** von Windkraftanlagen steigern wir die Energiegewinnung an bestehenden Standorten.

Um den Klimaschutz auch auf lokaler Ebene voranzutreiben, wollen wir Investitionen in Klimaschutz und Klimafolgenanpassung haushaltsrechtlich erleichtern. Auch die Energiegenossenschaften benötigen zinsfreie Investitionskredite. Um den Ausbau der Erneuerbaren schlagkräftig und landesweit voranzutreiben, werden wir eine zentrale Koordinierungsstelle einrichten.

Gleichzeitig setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass das Atomkraftwerk **Cattenom** schnellstmöglich und dauerhaft **vom Netz genomme**n wird.

3.2. Klimafolgen bekämpfen. Mensch und Natur schützen.

Der Klimawandel existiert. Deshalb dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen. Das Teuerste was man machen kann, ist Nichtstun.

Wir werden unsere Kommunen beim Kampf gegen die Klimafolgen weiterhin mit Rat und Tat unterstützen. Das haben wir in der letzten Legislatur bereits mit einem Klimafolgenkongress für die saarländischen Städte und Kommunen gezeigt. Wir werden weiterhin beraten und vor allem **Geld in die Hand nehmen, um die Dörfer und Städte vor den Folgen von Hochwasser und Starkregen zu schützen**. Wir treiben die Erstellung von passgenauen Vorsorgekonzepten voran und unterstützen bei den daraus folgenden Investitionen.

Die Wetterextreme der vergangenen Jahre haben verdeutlicht, dass wir neben **Maßnahmen zur Hochwasser- und Starkregenvorsorge** auch eine **verbesserte Schadensregulierung** brauchen, um auf die wachsenden Herausforderungen der klimatischen Veränderungen reagieren zu können. Wir brauchen eine **Pflichtversicherung für Elementarschäden** und funktionierende, flächendeckende und inklusive Warnsysteme, um die Bürger:innen bestmöglich zu schützen.

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge. Das Saarland hat im Bundesvergleich eine sehr gute **Grundwasserversorgung**. Klimawandelbedingte Knappheit gibt es bei uns noch nicht. Wir sind uns sehr bewusst, wie wertvoll unser Wasser ist und werden weiterhin alles daransetzen seine Qualität als **höchstes Schutzgut** sicherzustellen. Dazu erarbeiten wir einen Masterplan Wasser, um eine **nachhaltige und zukunftsfähige Wasserwirtschaft** gewährleisten zu können.

Bei den Oberflächengewässern – unsere Flüsse und Seen – hat sich die Wasserqualität in den vergangenen Jahren deutlich verbessert: Mittlerweile sind mehr als 25 Prozent in einem guten oder sogar sehr guten Zustand. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, **alle saarländischen Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen**. Dafür werden wir die notwendigen Mittel bereitstellen.

Bei der Verbesserung unserer Gewässer spielt die Entsiegelung von Flächen ebenfalls eine wichtige Rolle. Wenn Regenwasser besser versickert, fördert das nicht nur die Bildung von Grundwasser, sondern schützt auch unsere Kommunen vor Schäden durch Starkregen und Hochwasser.

Durch Bebauung und **Versiegelung** werden die wichtigen Umweltfunktionen unserer Böden ausgebremst. Zum Schutz des Klimas, der Natur und unserer Bürger:innen werden wir das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel des **„Nettonullverbrauchs“** schon vor 2050 erfüllen wollen und deshalb in den kommenden zehn Jahren den **Flächenverbrauch** im Saarland **halbieren**. Dazu werden wir eine nachhaltige Entsiegelungsstrategie umsetzen, um der Natur mehr Flächen wieder zurückzugeben als neue in Anspruch genommen werden. Wir wollen eine **nachhaltige und soziale Wohnsiedlungsentwicklung** mit den Leitzielen der Minimierung der Flächenversiegelung in Einklang bringen und dies auch im neuen **Landesentwicklungsplan** umsetzen. Im Sinne einer nachhaltigen Nutzung unserer Böden hat Innenverdichtung im ländlichen Raum Vorrang vor weiterer Bebauung im Außenbereich. Wir werden das erfolgreiche Programm zur Sanierung unserer Ortskerne fortsetzen. Die dafür zur Verfügung stehenden Bundes- und EU-Mittel werden wir durch Landesmittel weiter aufstocken.

Nachhaltige Innenverdichtung bedeutet für uns auch an das Wohl und die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu denken und für **Erholungs- und Naturräume - „Grüne Lungen“** - in unseren Städten zu sorgen, die das **Stadtklima verbessern**, insbesondere, da sich nicht jeder ein Haus mit Garten im Grünen leisten kann. Der Zugang zur Natur muss gerechter verteilt sein.

Unser Plan für das Saarland trägt Sorge für die Nachwelt: Sei es durch klimafreundliches Wirtschaftswachstum in Zukunftsbranchen, durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien oder die Integration von Wald und Landwirtschaft in Klima- und Extremwetterschutzkonzepte. **Wir sorgen für gutes Klima.**

3.3. Grüne Schutzschilde aufbauen. Starke Wälder und Naturlandschaften.

Das Saarland hat die Wälder, die sich andere wünschen. Schon jetzt gehören unsere Wälder zu den widerstandsfähigsten in ganz Deutschland. Der höchste Laubbaumanteil im Ländervergleich – ein Verdienst der jahrzehntelangen naturnahen Waldwirtschaft macht den saarländischen Wald zum CO_2-Speicher Nr. 1. Deshalb gilt für uns ganz klar: **Ökologie vor Ökonomie**.

Die Leistung unserer Wälder im Kampf gegen den Klimawandel darf nicht unterschätzt werden. Sie speichern CO_2 und liefern Holz als nachwachsenden regionalen Rohstoff, den wir in Zeiten des Klimawandels brauchen als ressourcenschonenden Baustoff und damit den Wald auch als Wirtschaftswald. Diese **Bewirtschaftung erfolgt behutsam und nachhaltig**: Kahlschläge werden vermieden und es wachsen jährlich mehr Bäume nach als entnommen werden. So bleibt das Gesamtgefüge im Naturraum Wald intakt und klimastabil.

Um den Wald noch besser an die Klimafolgen anzupassen, werden wir den **Masterplan Wald** weiterentwickeln und fortschreiben. Dabei hat die Gesundheit des Waldes und das ökologische Gleichgewicht Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Interessen. Der Wald braucht im Klimastress Erholung, daher wollen wir den Einschlag der alten Buchen reduzieren und möglichst auf den Einschlag ganz verzichten. Dadurch wird Holzvorrat als Beitrag für mehr Stabilität und Klimaschutz, aber auch als Beitrag für mehr Biodiversität aufgebaut. Die Forsteinrichtung wollen wir als **Dialogforum für die neue Waldentwicklung** nutzen. Den **Personalbestand und die Qualifikation im SaarForst-**Landesbetrieb wollen wir erhalten und **verstärken**. Die Finanzierung der ökologischen, sozialen und klimaschutzgerechten Aufgaben wollen wir unabhängig von der Wirtschaftlichkeit der Holznutzung leisten.

Neben Staats- und Kommunalwald bewirtschaften auch private Besitzer:innen unseren Wald. Ihnen steht der SaarForst weiter unterstützend zur Seite. Wir wollen die gute Zusammenarbeit fortsetzen und mit ihnen gemeinsam an einem Strang ziehen, um unseren Wald klimaresistener zu machen. Dazu gehört auch, dass wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass bei **Förderungen nicht nach Waldbesitzarten unterschieden** wird. Wertvolle Ökosystemleistungen müssen für nachhaltig bewirtschaftete Wälder vergütet werden.

Im SaarForst darf Natur auch einfach mal Natur sein. Wir haben deshalb zehn Prozent unseres Forstes aus der Bewirtschaftung genommen, so viel wie kein anderes Bundesland, und ihn zum Urwald erklärt. Das reicht uns aber nicht! Deshalb werden wir den **Urwald vor den Toren der Stadt** Saarbrücken in den kommenden Jahren auf 2.000 Hektar **verdoppeln**. So wachsen im Saarland grüne Schutzschilde gegen den Klimawandel.

Der Wald im Saarland ist nicht nur Klimaschützer, sondern dient den Saarländer:innen auch als Ort der Erholung. Daher wollen wir den **Warndtwald** und den **Wald bei Dudweiler als Natur- und Erholungswald** entwickeln und ausweisen.

Unser Saarland verfügt über eine bundesweit überdurchschnittlich reichhaltige und vielfältige Tier- und Pflanzenwelt. Um diese zu bewahren und für unsere Nachkommen zu erhalten, werden wir die **saarländische Biodiversitätsstrategie weiterentwickeln**. Ein besonderes Augenmerk legen wir darauf, das besonders artenreiche Grünland im Saarland zu erhalten und der Entwicklung von Wildnis noch mehr Bedeutung beizumessen.

Wir werden die drei Nationalen Naturlandschaften im Saarland weiterhin stärken und voranbringen. Den **Nationalpark Hunsrück-Hochwald** werden wir gemeinsam mit Rheinland-Pfalz als ein zentrales Projekt zum Schutz von Wildnisflächen weiterentwickeln. Wir wollen die weitere Stärkung des **Naturparks Saar-Hunsrück** erreichen, indem wir mit Rheinland-Pfalz auch weiterhin das Ziel eines gemeinsamen Großschutzgebietes („Nationalpark im Naturpark“) verfolgen und werden uns für eine Intensivierung der Zusammenarbeit einsetzen. Das **Biosphärenreservat Bliesgau** mit seiner großen Artenvielfalt und historischen Kulturlandschaft werden wir als Erfolgsprojekt auch weiterhin unterstützen und eine Erweiterung prüfen. Vor diesem Hintergrund ist auch ein zentraler Informationsort, ein Anlaufpunkt für die Weiterentwicklung unerlässlich. Deshalb setzen wir uns für die **Errichtung eines Biosphärenhauses** ein.

3.4. Echte Heimatliebe & Geheischnis. Wir machen unsere Dörfer fit für die Zukunft.

Die SPD steht für ein solidarisches Miteinander in den Dörfern und für **Generationengerechtigkeit**. Unsere Dörfer sollen liebens- und lebenswert bleiben. Dafür müssen in den Bereichen **Infrastruktur,**

Grundversorgung und Daseinsvorsorge neue Entwicklungen angestoßen werden. Die Bedürfnisse der Einwohner:innen unserer Dörfer sind genauso vielfältig wie sie selbst.

Fast die Hälfte der Saarländer:innen lebt im ländlichen Raum. Wir sind seit Jahren die starke sozialdemokratische Stimme für unsere Heimat. Das wollen wir auch bleiben. Deshalb sind uns folgende drei Punkte wichtig: Erkennen, wo etwas fehlt; die Menschen mitnehmen; gezielt und angemessen **fördern und unterstützen**.

Der ländliche Raum steht vor zahlreichen Herausforderungen. Dazu gehören der demografische Wandel, Landflucht, Leerstände, Funklöcher oder Rückstände beim Giganetz-Ausbau. Diesen Herausforderungen muss begegnet werden, damit das dörfliche Leben bis ins hohe Alter attraktiv bleibt. Es muss für junge Menschen attraktiv bleiben im Hinblick auf gute **Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten**. Es muss **gute Bildungsmöglichkeiten** für die Kinder bereithalten und älteren Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben und **Grund- bzw. medizinische Versorgung in unmittelbarer Nähe** zu haben.

Um eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu erreichen, werden wir die Menschen in unsere Projekte und Förderungen einbinden und das **Ehrenamt vor Ort stärken**. Es ist der Grundpfeiler des Dorflebens im Saarland. Die Unterstützung von **Begegnungsstätten als Treffpunkt der Generationen und Ort des kommunalen Vereinslebens** bleibt ein Förderschwerpunkt. Daneben werden wir unsere **Dörfer fit für die digitale Zukunft** machen. Hierzu gehört die Förderung nachhaltiger Arbeitsräume, sogenannter Co-Working-Spaces, die beispielsweise die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Alltag** erleichtern, durch ihre gute digitale Infrastruktur die Dörfer zu Gewinnern der Digitalisierung machen und unzählige Chancen für modernes wohnortnahes Arbeiten bieten.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel Geld in zahlreiche innovative Projekte zur Dorfentwicklung gesteckt. Hierbei haben wir **Vereine und Initiativen vor Ort als Ideengeber** zu Wort kommen lassen und aktiv bei der Umsetzung unterstützt. Die erfolgreichen vier LEADER-Förderregionen werden von uns nicht nur finanziell besser ausgestattet werden – Wir werden **eine weitere LEADER-Region auf den Weg bringen**, um noch mehr Projekte fördern zu können, wo sie wirklich gebraucht werden.

Dank unseres **Verhandlungsgeschicks** sind die mageren Jahre für den ländlichen Raum nun vorbei. In der neuen Förderperiode **ab 2023 stehen dem Saarland mehr als doppelt so viel Mittel zur Verfügung** wie bisher. Das bietet uns neue Perspektiven und Möglichkeiten, die Landwirtschaft, die ländliche Entwicklung und auch den Umwelt- und Tierschutz zu fördern. Wir wollen diese vollständig nutzen und den Eigenanteil des Landes zum maximalen Nutzen erhöhen. Für den ländlichen Raum bedeuten die Mittel einen kräftigen Schub. Mit ihnen werden wir weitere **Ortskerne aufwerten, Begegnungsräume schaffen, die regionale Wirtschaft und lokale Kreisläufe fördern und Infrastruktur ausbauen**.

3.5. Landwirtschaft im Saarland. Nachhaltig. Sozial. Fair.

Wir wollen die gute Zusammenarbeit mit den saarländischen Landwirt:innen fortsetzen und unterstützen den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und des Tierwohls verpflichteten Landwirtschaft, die auf hohem Niveau sichere Lebensmittel produziert und auch erheblich zum Naturschutz beiträgt. Die saarländischen Landwirt:innen sind dabei wichtige Partner:innen.

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft stehen bei der Produktion hochwertiger regionaler Lebensmittel und der Kulturlandschaftspflege **gleichwertig** nebeneinander.

Bei der **ökologischen Landwirtschaft** sind wir schon Bundesspitze. Aber wir wollen mehr und werden den Öko-Anteil an landwirtschaftlich genutzten Flächen auf **dreißig Prozent bis 2030** erhöhen. Durch

die Förderung des ökologischen Landbaus erreichen wir **mehr Boden- und Grundwasserschutz**, **höhere Tierwohlstandards**, **größere Artenvielfalt** und nicht zuletzt bedeutet er **bessere und damit faire Preise für die Erzeuger:innen**. Wir setzen uns dafür ein, dass klimaverträgliches Wirtschaften und der Erhalt der Biodiversität den saarländischen Landwirt:innen finanziell anerkannt werden. Ebenso muss der Erhalt des **artenreichen Dauergrünlands** und die Sicherung der Bewirtschaftung durch die Landwirt:innen gewährleistet sein.

Tierwohl steht für uns auch in der Landwirtschaft an oberster Stelle. Die Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung zur **Verbesserung des Tierwohls** auf unseren Höfen werden wir in den kommenden Jahren gewissenhaft umsetzen.

Wir bekennen uns zur **Jagd und Fischerei** im Saarland. Die Jäger:innen sowie die Angler:innen leisten unverzichtbare Arbeit im Bereich des Arten- und Naturschutzes. Wir haben den **Jagdfrieden** seit 2014 wieder hergestellt und seither gut mit den Jägerinnen und Jägern zusammengearbeitet. Auch die Angler:innen sind wichtige Verbündete. Sie merken in der Regel als erste, wenn mit dem Gewässer etwas nicht stimmt. Diesen kooperativen Weg werden wir weiter gehen.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass saarländische Betriebe durch ihren hohen Anteil an von Natur aus benachteiligten Flächen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Regionen haben. Deshalb halten wir an dem Instrument der Ausgleichszulage für Landwirt:innen in benachteiligten Gebiete fest und setzen uns für eine **Aufstockung der Ausgleichszulage** ein. Nur so kann verhindert werden, dass Familienbetriebe, die nicht für den großen Markt produzieren können, in ihrer Existenz bedroht sind. Das wird uns mit den zusätzlichen Mitteln für den ländlichen Raum zukünftig noch besser möglich sein. Landwirtschaft muss sich für die Landwirt:innen lohnen und ihnen ein faires Einkommen sichern. Deshalb werden wir die **Prämiensätze endlich auf Bundesdurchschnitt anheben**. Kurz: Mehr Geld zur Produktion regionaler gesunder Lebensmittel und für die Förderung innovativer, umweltverträglicher Bewirtschaftungsmethoden.

3.6. Nachhaltiges Saarland. Umweltbildung für Alt und Jung.

Nachhaltiges Handeln im Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sollte einen festen Platz im Leben aller haben. Dieser Aufgabe stellt sich das Saarland seit 2016 mit seiner **Nachhaltigkeitsstrategie**, die im vergangenen Jahr fortgeschrieben wurde. Nachhaltigkeit lebt von einem breiten Beteiligungsprojekt. Deshalb wurden von Bürger:innen eingereichte Ideen als **Leuchtturmprojekte** ausgewiesen. Wir fordern eine aktive Begleitung und finanzielle Förderung der Projekte in den kommenden Jahren. Wir wollen, dass der **Nachhaltigkeitsgrundsatz in der Landesverfassung verankert** wird. Die Landesregierung muss mit gutem Beispiel vorangehen und Nachhaltigkeit auch bei Maßnahmen der öffentlichen Hand mitdenken. Mit der Etablierung des Projekts „Global nachhaltige Kommunen im Saarland“ wurde bereits ein wichtiger Schritt getan. Die **Kommunen** müssen auch zukünftig **auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützt und gefördert werden**. Hier gilt es, neue nachhaltige Wege und Pilotprojekte zu testen.

Die Liebe zur und den Respekt für die Natur müssen wir auch unseren Kindern weitergeben. Bildung **für Nachhaltige Entwicklung (BNE)** ist für die Umsetzung der Nachhaltigkeit in allen Alltagsbereichen ein wichtiger und wesentlicher Baustein, den wir ausbauen wollen. Nachhaltigen Umgang mit der Natur lernen Kinder am besten draußen. Deshalb muss die **Förderung zur Entwicklung und Ausstattung von Schul- und Kita-Gärten** weiter ausgebaut werden. Neben Projekten in Kooperation mit Naturschutzverbänden sollte auch die **Ernährungsbildung** ihren festen Platz einnehmen. Mit dem **Schulobstprogramm** haben wir in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur gesunden Ernährung in Schulen geleistet. Dieses Programm wollen wir auch künftig unterstützen.

Außerschulische Angebote prägen nachhaltig, weil sie konkret mit Naturerfahrung und tollen Erlebnissen verbunden sind. Deshalb müssen unsere Schullandheime gestärkt und personell gut aufgestellt werden. Als **Naturerlebnis-Zentren** sind dies vor allem das **ökologische Schullandheim Spohns Haus** im Herzen der Biosphäre, das Schullandheim in **Oberthal** sowie die **BiberBurg Berschweiler**.
Das **Kinderferienprogramm** der Landesregierung 2020 und 2021 war ein voller Erfolg. Daher setzen wir uns dafür ein, auch in Zukunft Umwelt-Ferienprogramme anbieten zu können – **kostenlos und zugänglich für alle Kinder und Jugendlichen**.

3.7. Tierwohl im Blick. Tierschutz stärken.

Die SPD steht für viele Verbesserungen im Bereich des **Tierschutzes** im Saarland. Noch nie war die finanzielle Förderung so hoch. Den „**Runden Tisch Tierschutz**“ werden wir aufrechterhalten. Der **Landestierschutzbeauftragte** als wichtiger Partner hat sich bewährt.

Beim Tierwohl stehen die saarländischen **Tierheime und Auffangstationen** für uns ganz weit oben. Hier engagieren sich viele **ehrenamtliche Helfer:innen** für das Wohlbefinden verletzter Wildtiere oder Haustiere, die aus unterschiedlichsten Gründen keine Besitzer:innen mehr haben. Wir wollen die Tierheime und Auffangstationen **finanziell angemessen ausstatten**, damit die Verantwortlichen vor Ort optimal unterstützt werden.

Bei der Bewirtschaftung von Feldern und in der Nutztierhaltung streben wir flächenbezogene Haltungsobergrenzen und eine am Tierwohl orientierte Agrarförderung an. Eine gezielt geförderte **Dezentralisierung der Schlachtbetriebe** kann Tiertransporte über lange Strecken vermeiden und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Deshalb setzen wir auf eine noch stärkere Förderung mobiler Schlachtanlagen. **Tiertransporte in Drittstaaten** ohne Einhaltung der europäischen Tierschutzstandards wollen wir ebenso **unterbinden** wie den **Schwarzmarkthandel** mit Tieren, die Zucht von Pelztieren und den **Pelzhandel**.

Mit **Aufklärungskampagnen** wollen wir auch den Tierschutz im privaten Bereich in den Blick nehmen und Haustierhalter:innen beraten und unterstützen. Wir wollen Tierversuche durch alternative Verfahren ersetzen und den Forschungspreis **„Alternativen zu Tierversuchen“** fortführen.

3.8. Verbraucher:innenschutz. Wir stärken Deine Rechte.

Unser Konsumverhalten verändert sich immer schneller und verlagert sich in die digitale Welt. Deshalb wird ein guter gesundheitlicher, technischer und wirtschaftlicher Verbraucherschutz immer wichtiger. Erste Ansprechpartnerin ist die **Verbraucherzentrale des Saarlandes**. Um ihre Beratungsleistungen für die Bürger:innen zu gewährleisten und auf dem neuesten Stand zu halten, werden wir die **finanzielle Unterstützung** der Verbraucherzentrale bedarfsgerecht fortführen.

Darüber hinaus möchten wir auch verstärkt Beratung zu den Menschen vor Ort bringen. Das Projekt „**Verbraucher stärken im Quartier**“ des Bundesjustizministeriums und des Verbraucherzentrale-Bundesverbandes hat vielen Menschen in sozialen Schwierigkeiten Hilfe zukommen lassen. Zusammen mit den Projektpartner:innen werden wir analysieren, in welcher Form wir die gewonnenen Erkenntnisse **auf unsere Arbeit im Saarland übertragen** können, um eine **Beratungsstruktur** auch für Bürger:innen aufzubauen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Dies gilt vor allem für hilfsbedürftige Bürger:innen in benachteiligten Quartieren und in abgelegener Wohnlage, insbesondere **im ländlichen Raum**. Deshalb wollen wir in den kommenden Jahren in diesem Bereich mehr Geld für die Entwicklung wichtiger Pilotprojekte zur Verfügung stellen.

Wir prüfen die Einführung eines **Reparatur-Bonus** zur anteiligen Erstattung von Reparaturkosten defekter Haushaltsgeräte.
Durch die **verstärkten Lebensmittelkontrollen** hat das Landesamt für Verbraucherschutz die Lebensmittelsicherheit gesteigert. Wir wollen dies den Bürger:innen im Rahmen einer Kampagne näherbringen und sie darüber informieren, wohin sie sich mit Beschwerden wenden können. Um höchste Standards gewährleisten zu können, wollen wir für eine **angemessene Personalisierung** der Lebensmittelkontrollen sorgen.

Immer mehr Menschen kaufen sich Dinge im Internet, buchen online ihren Urlaub oder schließen Versicherungen ab. Dies birgt immer wieder die Gefahr Opfer von Cyber-Kriminalität zu werden. Hier ist Aufklärung die beste Vorbeugung. Deshalb wollen wir in den kommenden Jahren dem **digitalen Verbraucher:innenschutz** besondere Aufmerksamkeit schenken Beratungsprogramme ausbauen und auf Bundesebene für den **Schutz der Rechte von Verbraucher:innen im digitalen Raum** kämpfen.

Mit dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 wurde der Privatisierung des Glücksspiels die Tür weit geöffnet. Weil wir als kleines Land die **Regulierung des Glücksspiels** im Internet nicht alleine stemmen könnten, setzen wir darauf, dass die neue bundesdeutsche Regulierungsbehörde effektiv und durchsetzungsstark ausgestaltet wird. Die Möglichkeiten des saarländischen Ausführungsgesetzes, **bestmögliche Prävention** und Spielerschutz zu gewährleisten, werden wir voll ausschöpfen. Ein Teil der Glücksspieleinnahmen muss der Prävention, Beratung und Forschung für den **Jugend- und Spieler:innenschutz** dienen. Gewinne der Unternehmen dürfen nicht privatisiert werden, während die Kosten der negativen Folgen für Suchtkranke der Gesellschaft aufgetragen werden. Wir werden **nur staatlichen Gesellschaften die Erlaubnis zum Online-Casino-Spiel** erteilen. Gegen **illegales Glücksspiel** gehen wir entschlossen vor.

4. Versorgt vor Ort. Fühlt sich gut an.

Privatisierung und Wettbewerb haben die Gemeinnützigkeit vielfach an den Rand gedrängt. Wir wollen gemeinwohlorientiertes Wirtschaften wieder stärken. Wir leben länger und werden älter als alle Generationen vor uns. Das stellt uns auch vor neue Herausforderungen. Wir haben den Plan, die Lebensqualität im Alter zu sichern und dafür zu sorgen, dass Menschen auch nach ihrem Berufsleben ein gutes Leben haben, egal, wo sie wohnen. Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung möglichst lange in den eigenen vier Wänden, wo Familie, Freunde und Bekannte sind. Das ist unser Anspruch.

Bezahlbares Wohnen, gemeinsames Wohnen im Alter, Mehrgenerationenhäuser und neue Ansätze beim Quartiersmanagement sind weitere Bausteine. Wir wollen dafür sorgen, dass alle unabhängig in ihrem gewohnten Umfeld sein und bleiben können. Es muss gelingen, die Perspektive zu wechseln: Eine alternde Gesellschaft ist natürlich eine Frage von Betreuung und pflegerischer Hilfe, vor allem aber muss es darum gehen, unser gesamtes gesellschaftliches Leben zugänglich für ältere Menschen zu machen. Das verstehen wir unter gesellschaftlicher Teilhabe.

Das Saarland hat bundesweit die geringste Versorgungsdichte mit ambulanten Diensten. Ein Ausbau ist – ebenso wie bei Angeboten der Tagespflege – notwendig. Unser erster Schritt ist die Entwicklung eines neuen modernen Pflegeplans. Zudem brauchen wir mehr Pflegeplätze in der Tagespflege und die Absicherung unserer Pflegestützpunkte.

Wachsen muss auch die Zahl der Fachkräfte in der Pflege. Denn in der Pflege mangelt es nicht nur an fairer Bezahlung, sondern auch an Wertschätzung und Zeit, den Job mit all der Leidenschaft auszuüben, die Pfleger:innen zeigen.

Viele im Saarland sorgen sich auch um die Krankenhäuser. Krankenhausplanung darf nicht länger reaktiv die Entscheidungen von Trägern nachvollziehen und willkürlich Fehlplanungen mit Steuergeld zuschütten. Das Ziel ist: Eine flächendeckend gute Versorgung, die gute Qualität mit vertretbaren Wegstrecken zur medizinischen Versorgung im Krankenhaus verbindet. Medizinische Versorgungszentren ergänzen das Angebot. Mit einem erstklassig ausgestatteten Rettungsdienst stellen wir die schnelle Versorgung auch in der spezialisierten Hochleistungsmedizin sicher.

Unser Plan respektiert die Leistung derer, die unser Land groß und stark gemacht haben. Es geht um ein gutes, erfülltes und sicheres Leben im Alter. Dafür stehen wir ein.

4.1. Vor Ort. Unsere Kommunen.

Städte, Gemeinden, der Regionalverband und die Landkreise sind für die Saarländer:innen mehr als Orte zum Übernachten. Sie sind für die Menschen identitätsstiftend und bieten in der zunehmend globalisierten Welt das Gefühl von Zugehörigkeit und Sicherheit. In den Kommunen arbeiten die Menschen, leben mit ihren Familien, Freund:innen und Nachbar:innen, engagieren sich in Vereinen und Organisationen und erleben ihre Lebenswirklichkeit – bei der Suche nach einem Kitaplatz, in Schule, Kultur und Sport, im sozialen Rückhalt, in der **Attraktivität ihrer Innenstadt und ihres Ortsteils** und der Gewährleistung von Mobilität sowie Teilhabe im Alter.

Dieses **Heimatgefühl** als Ausdruck von Zugehörigkeit und Verbundenheit ist auch der Antrieb für das bundesweit einmalige ehrenamtliche Engagement, den Zusammenhalt und das enorme Maß gesellschaftlicher Verantwortung, die uns im Saarland so auszeichnen. Deshalb wollen wir die Kommunen auch mit Blick auf finanzielle und strukturelle Herausforderungen weiterentwickeln und sie insgesamt stärken. Wir wollen starke Kommunen für ein starkes Saarland.

Starke Kommunen brauchen eine angemessene Finanzausstattung. Das Konnexitätsprinzip – also wer bestellt, bezahlt – haben wir bereits in unserer saarländischen Verfassung verankern können. Mit dem Saarlandpakt haben wir die Hälfte der kommunalen Kassenkredite auf das Land übertragen. Wir werden die Kommunen auch mit den Folgelasten der Pandemie nicht alleine lassen. Jetzt braucht es die Übernahme der Altschulden der Kommunen durch den Bund. Eine Altlastenregelung für unverschuldet in Schieflage geratene Kommunen muss endlich kommen. Um den im Grundgesetz verankerten Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse verwirklichen zu können, bedarf es einer gerechteren Verteilung der Umsatzsteuer, beispielsweise durch eine Anknüpfung an die Zahl der Einwohner:innen statt an die Wirtschaftskraft. Denn jede:r Bürger:in sollte an dieser Stelle gleich viel wert sein.

Die **Reform des Kommunalen Finanzausgleichs** ist an mangelnder Transparenz und einer unzureichenden Grundlage gescheitert: Wir werden zu Beginn der Legislaturperiode die tatsächlichen Bedarfe der Landkreise und des Regionalverbands und der Städte und Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben gutachterlich ermitteln und auf dieser Basis einen neuen Anlauf starten. Dabei werden wir nicht nur die horizontale Verteilung zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften in den Blick nehmen, sondern auch die vertikalen Finanzströme sowie die Aufgaben- und Verwaltungsstrukturen.

Entlastungen von Bundesseite werden auch in Zukunft ungeschmälert bei den Kommunen ankommen, damit Soziallasten nicht zur weiteren Verschärfung der Situation vor Ort führen. Damit haben die saarländischen Städte, Gemeinden und Landkreise wieder größere Handlungsmöglichkeiten, um wichtige Investitionen in die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu ermöglichen. Ziel muss es sein, schrittweise die Investitionskraft einer bundesdeutschen Durchschnittskommune zu erreichen.

Kommunale Investitionen sind ein wichtiger wirtschaftlicher Hebel. Mit ihren Aufträgen an Unternehmen tragen sie zum Wohlstand der Menschen und Unternehmen bei. Wir werden in Zukunft finanzielle

Unterstützungsmaßnahmen des Landes an die Kommunen fair und transparent erfolgen lassen. Dies gilt insbesondere für die **Bedarfszuweisungen**. Zudem werden wir die in den Brandschutz-Bedarfsplänen gutachterlich festgelegten notwendigen Investitionen in den Katastrophenschutz dadurch ermöglichen, dass sie künftig auf den Kreditrahmen einer Kommune nicht mehr angerechnet werden.

Die Menschen in unserem Land sollen sich in ihrer Stadt und ihrem Ort wohl fühlen, dazu bedarf es eines ansprechenden Umfeldes. Wir werden künftig dafür Sorge tragen, dass das Land seinen Anteil an Maßnahmen der **Städtebauförderung** erbringt und besonders notleidenden Kommunen bei der Erbringung ihres Anteils unter die Arme greift. Bauliche und infrastrukturelle Innovationen und Verbesserungen müssen überall wieder möglich sein.

Sicherheit und Sauberkeit gehören zu den Grundbedürfnissen der Bürger:innen, nach denen sie ihre Lebensqualität beurteilen. Wir werden das Sicherheitsgefühl der Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Einrichtungen stärken. Dies kann in erster Linie durch **Polizeipräsenz vor Ort** sichergestellt werden. Ungeachtet von Sicherheitsgefühlen legen die Menschen aber auch zu Recht großen Wert auf **Ordnung und Sauberkeit** und wollen sich in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung wohl fühlen und frei von Belästigungen bewegen können, ohne Vandalismus, aggressives Betteln, Ruhestörungen, rücksichtsloses Parken und Schmierereien. Dem kann nur durch einen gut funktionierenden kommunalen Ordnungsdienst Rechnung getragen werden.

Starke kommunale Zentren leisten als Wirtschaftsstandorte einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Saarlandes. Die hohe Zahl von Unternehmen und Gewerbebetrieben sowie die hohe Arbeitsplatzzentralität sind wesentliche Stellschrauben, um der landesweit negativen demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei steht unsere **Landeshauptstadt Saarbrücken** nicht in Konkurrenz zu anderen saarländischen Kommunen, sondern behauptet sich erfolgreich gegenüber anderen Ballungsräumen außerhalb des Saarlandes. Es gilt, diese besondere Attraktivität der Region und die herausgehobene wirtschaftliche und kulturelle Positionierung zu stärken und auszubauen. Wir wollen den Großraum Saarbrücken optimal aufstellen und organisieren.

Eine Funktionalreform hebt Synergien und schafft Freiräume. Um Kosten zu sparen und Doppelstrukturen zu vermeiden, aber auch den immer komplexeren rechtlichen wie tatsächlichen Herausforderungen an Kommunalverwaltungen und den gestiegenen (Dienst-)Leistungsansprüchen der Bürger:innen besser Rechnung zu tragen, werden wir auf deutlich **effizientere Strukturen** hinwirken. Nicht jede Kommune muss das gesamte Aufgabenspektrum abbilden. In einer modernen Welt spezialisieren sich einzelne Verwaltungen auf bestimmte Aufgabenbereiche. So kann j**ede Kommune eigene Stärken zum Nutzen aller** einsetzen. Insbesondere in den Bereichen Back-Office, Controlling und Vollstreckung, IT, Digitalisierung, Immobilienmanagement, Bauverwaltung und Einkauf können Verwaltungen so leistungsfähiger und effizienter werden.

Damit die knappen Mittel zielgerichtet und an einer klaren Konzeption ausgerichtet in die Kommunen und Regionen fließen, werden wir das **Entwicklungspotenzial der einzelnen Regionen im Saarland analysieren**, um die vorhandenen Stärken gezielt zu fördern. Die verschiedenen Regionen können sich so ein Profil erarbeiten und untereinander ergänzen. So kann jede Region ihre Stärken entwickeln und einbringen. Es geht uns um Gerechtigkeit bei den Entwicklungschancen und eine klare Prioritätensetzung für jede Region. Die Folgen und Notwendigkeiten, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, können durch eine **zukunftsfeste Infrastrukturplanung** frühzeitig angegangen werden.

4.2. Bauoffensive, bezahlbarer Wohnraum

Wohnraum ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Wohnen muss für alle Menschen bezahlbar sein. Deshalb blicken wir mit Sorge auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den Städten und in

der Grenzregion zu Luxemburg. Gab es im Saarland im Jahr 2005 noch über 5.000 mietpreisgebundene Wohnungen, so sind es heute nur noch einige Hundert.

Eine SPD-geführte Landesregierung sorgt für den **Neustart beim Wohnungsbau**. Wir werden die Zahl der Sozialwohnungen bis zum Jahr 2027 wieder auf 5.000 erhöhen und für mehr Wohnraum für Normalverdiener:innen mit kleineren und mittleren Einkommen sorgen. Dazu schaffen wir ein **Saarländisches Wohnraumfördergesetz**, in dem Bedarfe und Ziele transparent gemacht werden. Wir werden die Wohnraumförderung neu ausrichten, damit sich der Neubau und Investitionen in den Wohnbestand lohnen. Wir etablieren ein **Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen,** in dem das Land, die Kommunen, die Akteure der Wohnungs- und Bauwirtschaft, Mieter:innenverbände, Wohlfahrtsorganisationen und Kammern vertreten sind. In diesem Zusammenhang werden wir Maßnahmen erarbeiten, um **nachhaltiges Bauen** zum Standard zu machen und Holz als Baustoff fördern.

Verödung und Leerstand werden wir bekämpfen. Das betrifft Teile des ländlichen Raumes und auch vom Strukturwandel betroffene Städte. Die Maßnahmen zur **Wohneigentumsförderung** müssen ausgewertet und nachgebessert werden. Auch muss die öffentliche Hand für preisreduziertes Bauland sorgen. Zentrales Steuerungsinstrument für die Ausweisung von Siedlungsflächen ist der **Landesentwicklungsplan (LEP)**. Er muss genutzt werden, um bestehende Wohngebiete attraktiver zu machen. Mit der Etablierung eines **Leerstands-Monitoring** werden wir Kommunen bei der Erhebung der Daten unterstützen.

Weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt ist der Anteil der Wohnungen, die im Saarland im Bestand von **Wohnungsbaugenossenschaften** sind. Durch gezielte Beratung und stärkere Förderung wollen wir dieses attraktive Wohnmodell stärken.

Kommunale Investitionen in den Wohnungsbau sind **Zukunftsinvestitionen**. Es muss also auch möglich sein, Kredite dafür aufzunehmen. Die **Genehmigungsverfahren** für kommunale Haushalte müssen dies berücksichtigen.

4.3. Garantiert mobil. Wir bewegen das Saarland.

Mobilität garantieren, Lebensqualität schaffen. Mobilität ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und persönliche Freiheit. Unsere Mobilität der Zukunft ist bezahlbar, klimafreundlich, barrierefrei, digital und vernetzt. In den letzten Jahren haben wir die Weichen dafür gestellt. Wir wollen mehr Mobilität und weniger Verkehr. Das ist unsere Mobilitäts-Garantie.

Mit dem **Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV**, dem **Radverkehrsplan** und dem **Verkehrssicherheitsprogramm** haben wir die Grundlagen geschaffen, um den ÖPNV- und Radverkehrsanteil bis 2030 zu verdoppeln. Die finanziellen Mittel für den ÖPNV und den Radverkehr haben wir verdreifacht und mit der **Tarifoffensive** Bus- und Bahnfahren einfacher und günstiger gemacht. Unser langfristiges Ziel ist ein kostenfreier ÖPNV. Als weiteren Schritt werden wir in der kommenden Legislaturperiode ein 365-Euro-Ticket für junge Leute einführen und damit Schüler:innen, Azubis und Freiwilligendienstler:innen noch mehr entlasten.

Wir werden in den nächsten zehn Jahren über zwei Milliarden Euro in den Nahverkehr investieren: in das Verkehrsangebot, neue Strecken und Fahrzeuge, alternative Antriebe, attraktive Ticket-Preise und Digitalisierung. Die im Koalitionsvertrag des Bundes zugesagte Erhöhung der Regionalisierungsmittel und Bundeszuschüsse werden wir mit Landesmitteln weiter erhöhen.

Die Zukunft des **ÖPNV** hat mit uns schon begonnen. Wir bauen den Nahverkehr gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern zu einer echten Alternative zum PKW aus, mit konkurrenzfähigen Reisezeiten, verlässlichen Verbindungen, bezahlbaren Preisen und mehr Komfort. Das Bus- und Bahnangebot haben wir während der COVID-19-Pandemie nicht nur aufrechterhalten, sondern ausgeweitet. Mit der Erweiterung des Landesbusnetzes durch **Plusbusse** auch am Wochenende und in Schwachverkehrszeiten und schnellen **ExpressBus-Linien** schaffen wir echte Alternativen für Berufspendler:innen. Wir schließen Fahrplanlücken, investieren in gut vertaktete Schienenverkehre und reaktivieren stillgelegte Strecken. Das Regionalbahnnetz bauen wir zu einem integrierten S-Bahn-Netz aus. Mit einer höheren Taktung, verlässlichen Abfahrtszeiten, neuen Haltepunkten und einem Viertelstundentakt im Kernnetz. Für Randzeiten und -bereiche lautet unser Anspruch: keine Stunde ohne Zug.

Wir wollen, dass nicht nur im Landesnetz, sondern auch im Busverkehr der Landkreise ein qualitativ hochwertiges ÖPNV-Angebot aus einem Guss angeboten wird und saarlandweit alle Verkehre optimal aufeinander abgestimmt sind. Deshalb eröffnen wir in der kommenden Legislaturperiode eine breite Debatte über die Struktur des ÖPNV im Saarland.

Beim **Fernverkehr** entlassen wir den Bund nicht aus seiner Verantwortung. Die Anbindung des Saarlandes muss durch zusätzliche Verbindungen gestärkt werden. Auch der grenzüberschreitende Verkehr muss im Geiste des Aachener Vertrages ausgebaut werden. So streben wir eine **umsteigefreie Schienenverbindung nach Luxemburg** an.

Wir machen den **Schienenverkehr** noch klimafreundlicher und unterstützen Verkehrsunternehmen und kommunale Aufgabenträger, den Busverkehr emissionsfrei zu organisieren. Neben dem hohen Elektrifizierungsgrad im Schienennetz setzen wir auch auf batterieelektrische Züge. Wir investieren bis 2030 gemeinsam mit der DB AG über 170 Millionen Euro in die **Modernisierung**, den barrierefreien Ausbau und die Sicherheit und Sauberkeit **unserer Bahnhöfe**.

Mit einer Potenzialstudie und Zuschüssen werden wir Unternehmen dabei unterstützen, mehr **Gütertransporte** von der Straße **auf die Schiene** zu verlagern.

Wir bauen ein **Kompetenzcenter Digitalisierung** auf, mit neuen digitalen Tarifen, Tickets und Services im ÖPNV. Die **Saarfahrplan-App** entwickeln wir zu einem virtuellen Marktplatz für Mobilitätsdienstleistungen – multimodal und alles auf einen Klick.

Ob für die Mobilität von Menschen, für Warentransport oder für autonome Fahrzeuge und alternative Antriebe: wir brauchen auch eine **leistungsfähige Straßeninfrastruktur**. Mit der Investitionsoffensive „Gute Straßen für das Saarland“ sanieren wir Straßen und Brücken. Neue Straßen forcieren wir nur dort, wo sie einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten, mit Umweltbelangen vereinbar sind und helfen, Städte und Dörfer aufzuwerten.

Der Radverkehr im Saarland boomt. Wir haben die personellen und finanziellen Ressourcen für den Radverkehr aufgestockt und mit den erfolgreichen Kampagnen **Stadtradeln** und **Schulradeln** ein neues Interesse für die Potenziale des Radverkehrs geweckt. Wir wollen bis 2030 den **Radverkehrsanteil** von zwei **auf zehn Prozent erhöhen**. Dazu schieben wir in den nächsten zehn Jahren Investitionen von mindestens 100 Millionen Euro in den Bau und die Ertüchtigung der Radwegeinfrastruktur an. Wo Landstraßen ohnehin ertüchtigt werden, sollen Radwege gleich mitgebaut werden. Den **Radverkehrsplan** schreiben wir mit dem Fokus auf die Stärkung des Alltagsradverkehrs fort und setzen ihn konsequent um.

Durch den **Aufbau eines Mobilitätsnetzwerkes** und Fördermittel stärken wir die Kommunen bei der Neuordnung von Verkehrsraum, damit nachhaltige Mobilität in jeder Ecke des Saarlands ankommt.

Wir unterstützen die Städte und Gemeinden bei der Erstellung kommunaler Mobilitätskonzepte, beim Bau kommunaler Radwege und Fahrradabstellanlagen und bei innovativen Projekten mit Modellcharakter. Als Leuchtturmprojekt wollen wir gemeinsam mit der Landeshauptstadt Saarbrücken einen **Radschnellweg** realisieren, der Völklingen und St. Ingbert mit den Hochschulen in Saarbrücken verbindet. Mit dem Aufbau einer **Arbeitsgemeinschaft "Fahrradfreundliche Kommunen"** stärken wir den Alltagsradverkehr vor Ort.

Haltestellen sind die Visitenkarten der Mobilitätswende und müssen **zu Mobilitätsstationen** aus- und umgebaut werden. Dabei unterstützen wir unsere Kommunen. Vernetzung muss nicht nur durch die Verknüpfung von Daten stattfinden, sondern auch durch Verknüpfungen im Verkehrsraum; multimodal und intermodal. **Park & Ride, Bike & Ride, Ladepunkte für Pedelecs und E-Autos, Car-Sharing** – die Möglichkeiten sind so vielfältig wie die Förderungen. Wir unterstützen unsere Kommunen bei der Nutzung dieser Potenziale und richten eine:n zentrale:n Ansprechpartner:in ein, um Vorteile verknüpfter Mobilität aufzuzeigen, über Fördermöglichkeiten zu informieren und bei der Antragstellung zu unterstützen.

Durch die enge **Verknüpfung des ÖPNV mit bedarfsgesteuertem Verkehr** entstehen echte Alternativen zum Pkw, besonders für den ländlichen Raum. Mit den passenden Förderprogrammen sorgen wir dafür, dass die Menschen von Perl bis Peppenkum von den Potenzialen von Mobilität auf Abruf, Ridepooling und Ridesharing profitieren.

Das Straßenverkehrsgesetz und die Straßenverkehrsordnung müssen angepasst werden. Die Ziele der Bundesregierung unterstützen wir: Neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs müssen auch Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden. Kommunen sollen mehr Entscheidungsspielräume bekommen, um innerorts Tempo 30 anzuordnen.

Der internationale Verkehrs-**Flughafen Saarbrücken** ist unser Tor zur Welt und bleibt ein unverzichtbarer Standortfaktor. Er leistet einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusstandort Saarland. Wir sorgen dafür, dass er seine Position im Markt behaupten und von Saarbrücken auch in Zukunft verlässliche Flugverbindungen angeboten werden können.

4.4. Armutsbekämpfung

Wir machen das Saarland zu einem Ort, an dem alle Menschen ein gutes und würdevolles Zuhause finden können. Einkommen und Vermögen sind in unserem Land ungerecht verteilt und die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich. Im Saarland ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal, den wir nicht länger hinnehmen. Für Betroffene bedeutet sie viel mehr als nur ein Mangel an finanziellen Mitteln. Armut wird oft von Vorurteilen, Ausgrenzung und Zukunftsängsten begleitet, macht krank und beeinträchtigt Zukunftschancen. Es braucht spürbare Veränderung und echte Hoffnung für mehr als 150.000 Saarländer:innen.

Unser Ziel ist es, **Armut zu bekämpfen** und sie **innerhalb der nächsten fünf Jahre** zunächst zu **halbieren** und ihre Folgen zu bekämpfen. Wir stärken die soziale Teilhabe der Betroffenen und federn die sozialen Härten nach der Corona-Pandemie ab.

Gemeinsam mit Bund und Kommunen wollen wir Armut effektiv bekämpfen. Mit einem **quartiersbezogenen Ansatz** werden wir **Armut reduzieren**, mehr bezahlbaren und ordentlichen **Wohnraum schaffen** und **das soziale und kulturelle Leben fördern**; besonders da, wo sich Armut verfestigt hat. Wir

sorgen dafür, dass die Mobilität der Zukunft allen gleichermaßen zur Verfügung steht, alle gut angebunden sind und nicht abgehängt werden. Durch die Stärkung von Bildungs- und gesundheitlichen Präventionsangeboten nehmen wir die psychische und physische Gesundheit in den Blick.

Wir wollen **Armut** nicht nur bekämpfen, sondern im Rahmen eines Armutspräventionskonzeptes auch **vorbeugen**. Dafür ist Bildung der Schlüssel. Beste Bildung für jedes Kind von Anfang an muss besonders in benachteiligten Stadtteilen gelten. Dort schaffen wir Kitaplätze, statten Kitas und Schulen besser aus, stärken die Schulsozialarbeit und bauen innovative, stadtteilbezogene Bildungsangebote auf.
Wir **stärken die Gemeinwesenarbeit** und fördern die **Beteiligung der Menschen im Quartier** an der Stadtentwicklung. Dabei werden wir die Angebote so organisieren, dass in einem guten Miteinander die Hilfen für die Menschen besser umgesetzt werden. Die Umsetzung der Kindergrundsicherung werden wir im Saarland vorantreiben.

Gemeinsam mit dem Beirat zur Armutsbekämpfung werden wir den **Aktionsplan gegen Armut** zeitnah neu auflegen und die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes so weiterentwickeln, dass eine Evaluation des Aktionsplans möglich wird. Wir wollen den Notfallfonds Stromsperren zu einem **Notfallfonds Energiesperren** erweitern und die Energiesicherungsstelle und den Beirat so weiterentwickeln, dass die Hilfen tatsächlich bei den Betroffenen ankommen. Den Runden Tisch zur Verhinderung von Stromsperren wollen wir auch zukünftig fortführen.

4.5. Gesundheit und Pflege

Pflege ist Menschlichkeit. Rund 68.000 Menschen im Saarland können sich aufgrund von Krankheit, Alter und Gebrechlichkeit oder Behinderung nicht vollumfänglich selbst versorgen und müssen deshalb gepflegt werden. Die Organisation und Qualität dieser Pflege ist für Pflegebedürftige die Voraussetzung für die Wahrung ihrer Gesundheit und Würde. Der Umgang mit Pflegebedürftigkeit erfährt zu wenig Aufmerksamkeit. Pflege ist vielfältig. Sie findet sowohl privat in den Familien, als auch in öffentlicher Verantwortung in Krankenhäusern, Pflegeheimen in der Tagespflege und durch ambulante Dienste statt.

Bereits seit Jahren befinden sich die Pflege und ihre Beschäftigten unter Druck. Pflegende Angehörige werden weniger, zunehmend überfordert und durch Personalmangel fallen notwendige medizinische Behandlungen und pflegerische Versorgung aus. Im Saarland fehlen derzeit rund 2.000 Pflegekräfte, bis zum Ende des Jahrzehnts werden 4.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt.

Pflege stärken – Pflegenotstand beseitigen. Wir wollen den Pflegenotstand durch die kontinuierliche Steigerung der Zahl der Pflegebeschäftigten um 4.000 bis zum Ende des Jahrzehnts beheben. Eine **Konzertierte Aktion Pflege** mit allen wesentlichen Akteur:innen wird diesen Prozess intensiv, transparent und mit wissenschaftlicher Expertise begleiten. Unter der Federführung des Landes sollen verbindliche Ziele und Maßnahmen definiert, Verantwortlichkeiten festgelegt und ein engmaschiger Monitoringprozess zur Umsetzung aufgesetzt werden.

Die Beschäftigten in der (ambulanten) Altenhilfe und in besonders belastenden Bereichen müssen besser bezahlt werden. Die Einführung von **Personaluntergrenzenregelungen** durch den Bund werden wir vorantreiben.

Für Berufsrückkehrer:innen und Rückkehrer:innen von Teilzeit in Vollzeit wollen wir Anreize setzen und Ausbildungs- und Umschulungsplätze aufstocken. Wir verbessern die **Ausbildungsqualität,** um Ausbildungsabbrüche oder Abgänge zu reduzieren und den Ausbildungsberuf attraktiver zu machen.
Aus- und Weiterbildung der Pflegekräfte und die Angebote für pflegende Angehörige müssen den dynamischen Entwicklungen des technischen, medizinischen und pflegewissenschaftlichen Fortschritts

gerecht werden. Aus- und Umschulungen müssen in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit verstärkt in Teilzeit angeboten werden.

Um die Position der Pflege als Berufsgruppe im Gesundheitswesen stark zu machen, ist es notwendig, dem Pflegepersonal durch eine **Veränderung der Delegationsrechte mehr Handlungsmöglichkeiten zu geben,** Eigenverantwortlichkeit zu stärken und das Personal von Bürokratie- und Dokumentationsaufgaben zu entlasten. Die Resilienz der Pflegekräfte werden wir stärken und die Angebote im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements, der Supervision und Fortbildung im Rahmen des saarländischen Weiterbildungsgesetzes ausbauen. Darüber hinaus setzen wir uns gezielt für die **Aufnahme und vereinfachte Anerkennung ausländischer Pflegekräfte** ein.

Gesundheit ist keine Ware, sondern Menschenrecht. Pflegebedürftigkeit muss gesellschaftlich besser abgesichert werden. Wir setzen uns im Bundesrat für eine solidarische Pflegeversicherung ein, mit einer Deckelung der Eigenbeteiligung in der Pflegeversicherung vom ersten Monat der Pflegebedürftigkeit an. Im Bereich der Alten- und Behindertenhilfe braucht das Saarland mehr Kurzzeitpflegeplätze. In der Altenhilfe lösen wir die Versorgungsengpässe in der ambulanten und teilstationären Versorgung auf und bauen das qualifizierte Angebot hauswirtschaftlicher Hilfen und von Betreuungsleistungen aus. In der Kranken- und Altenhilfe setzen wir uns für eine Leistungsvergütung ein, die finanziellen Anreizen zu Einsparungen in der Pflege entgegenwirkt. Wir stellen nicht den Markt, sondern den Menschen in den Mittelpunkt.

Die **Gesundheitswirtschaft** ist mit über 90.000 Beschäftigten ein Eckpfeiler der Saar-Wirtschaft. Wir wollen das Saarland zum Zukunftsstandort eines modernen Gesundheitssystems weiterentwickeln.
Das Land muss endlich wieder seiner Verantwortung in der Krankenhausplanung gerecht werden. Auch zukünftig soll es keine privaten Krankenhausbetreiber geben. Gleichzeitig kann sich das Land zur Sicherung der stationären Versorgung und zur Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft an Krankenhausträgern beteiligen und wird die Bedeutung des **Universitätsklinikums des Saarlandes (UKS)** für die Krankenhausversorgung stärken.

Wir werden eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land auch in den kommenden Jahren sicherstellen und dem sich verschärfenden **Mangel an Haus- und Fachärzt:innen sowie Therapeut:innen in den ländlichen Regionen** entgegenwirken. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch über die Corona-Pandemie hinaus werden wir fortsetzen.

Wir werden den **öffentlichen Gesundheitsdienst in den Gesundheitsämtern und beim Land reformieren**. Es braucht mehr Personal, die Schaffung neuer Kompetenzen und mehr Prävention. An der Universitätsklinik in Homburg werden wir und ein **saarländisches „Robert-Koch-Institut“** einrichten.

Beschäftigte im Saarland weisen bundesweit den höchsten Krankenstand aufgrund **psychischer Erkrankungen** auf. Betroffene müssen viele Monate auf einen Therapieplatz warten. Wir werden das psychotherapeutische Angebot im Saarland ausweiten und zusätzliche Therapieplätze schaffen.

Das Land und die Kommunen engagieren sich in der **Prävention von Sucht**, der Begleitung von Suchtkranken mit unterschiedlichen Hilfsangeboten und fördern den Ausstieg aus der Sucht. Dazu werden wir die aufsuchende Sozialarbeit stärken, Möglichkeiten für eine Sofort-Therapie verbessern, suchtkranken Frauen besondere Schutzangebote machen und niedrigschwellige Hilfen für Obdachlose stärken.

4.6. Zuhause alt werden.

Das Saarland soll ein **Zuhause für jung und alt** sein. Würdevolles Altern liegt auch in öffentlicher Verantwortung: Wir wollen den Respekt vor und die Selbstbestimmung von älteren Menschen stärken und ihre Teilhabe am sozialen Leben unterstützen. Dazu gehören die gute Erreichbarkeit medizinischer und pflegerischer Angebote und die Sicherstellung wohnortnaher Daseinsvorsorge.

Wer in den eigenen vier Wänden alt werden möchte, will darauf vorbereitet sein. Wir setzen deswegen die **Wohnberatung für ältere Menschen** endlich um. Wir wollen dabei unterstützen, das eigene Zuhause **altersgerecht und barrierefrei umzubauen** – unabhängig von Altersgrenzen oder Pflegegraden. Mit einem **Unabhängigkeitsbonus** stocken wir das bestehende KfW-Programm auf und werben systematisch dafür.

Um unsere Ziele zu erreichen, werden wir Planung und Steuerung durch das Land neu aufstellen, wir werden einen neuen Landesseniorenplan und einen neuen Landespflegeplan vorantreiben, ambulante und teilstationäre Angebote ausbauen und Bildung und Ehrenamt auch im Alter fördern.
Wir wollen die Bürger:innen mit **unabhängigen Pflegeberater:innen** dabei unterstützen, dass sie schnell die Hilfen und Leistungen erhalten, die ihnen oder ihren Angehörigen im Fall der Pflegebedürftigkeit zustehen.

Einen neuen Ansatz einer **aktiven Senior:innenpolitik** setzen wir mit einem flächendeckenden, sozialraumorientierten und präventiven Ansatz um. Mit einem Programm **Gemeindeschwester plus** schaffen wir ein aufsuchendes und beratendes Angebot für ältere Menschen auch mit Blick auf zukünftige oder aktuelle Pflegebedürftigkeit, auf Einsamkeit oder alltagspraktische Hilfen. Dies wollen wir mit den Pflegestützpunkten vernetzen.

Um auch im Alter Einsamkeit zu begegnen, richten wir **Senior:innenbüros und lokale Netzwerke** ein, verankern gesetzlich eine echte Mitwirkung von Senior:innenbeiräten und unterstützen die Stadtteile beim Ausbau von Strukturen und Gemeinschaftsangeboten.

Demenz ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Im Saarland leiden 23.600 Menschen an dieser Krankheit, fast ein Zehntel aller Menschen über 60 sind betroffen. Sowohl für die häusliche und Tagespflege, Altenheime und Krankenhäuser entstehen daraus wachsende Belastungen und Herausforderungen, die entsprechende Hilfen, Qualifizierung und Maßnahmen notwendig machen. Die saarländische Demenzstrategie werden wir weiterentwickeln und die Fachstelle Demenz stärken. In den Pflegestützpunkten soll die Demenzberatung einen größeren Raum einnehmen. Die Netzwerke in der Demenz-Prävention und Demenzbegleitung, in Kommunen, Pflege und Gesundheitswesen wollen wir stärker ausbauen. Die Landesregierung wird regelmäßig einen Demenzbericht und eine Landesplanung vorlegen.

4.7. Wo das Wir entsteht. Vereine und Ehrenamt.

Das Saarland ist Vereinsland. Das ist eine unserer unschlagbaren Stärken. Die Saarländer:innen leisten viel füreinander, ob in der Nachbarschaftshilfe, bei der Freiwilligen Feuerwehr und anderen Hilfsdiensten oder im Kultur- oder Sportverein: Das Ehrenamt zu stärken ist für uns Ehrensache. Deshalb werden wir die saarländische **Ehrenamtskarte** neu denken: Mit mehr konkreten Angeboten, steuerlichen Vergünstigungen und außerdem leichter zugänglich.

Schullandheime und Jugendherbergen sind wichtige Begegnungsstätten für Saarländer:innen jeden Alters und für das Vereinsleben unerlässlich. Deswegen investieren wir in ihren Erhalt und beheben den über Jahre entstandenen Investitionsstau.

Vereine sind der Kitt unserer Gesellschaft. Die Corona-Pandemie hat das Vereinsleben auf den Kopf und viele Vereine vor große Herausforderungen gestellt. Mit weiteren Aufholprogrammen und niedrigschwelligen Förderangeboten stärken wir Ehrenamt und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lebendige Dörfer sind wichtig für die Attraktivität ländlicher Räume. Aber auch funktionierende nachbarschaftliche Netzwerke, das bürgerschaftliche Engagement und ein vitales Vereinsleben sowie eine aktive Bürger:innenbeteiligung tragen zur Lebensqualität auf dem Land bei. Unsere Gemeinden leben von den Bürger:innen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Mehr als die Hälfte der Saarländer:innen ist ehrenamtlich engagiert – im Sport, bei der Freiwilligen Feuerwehr, den Hilfsorganisationen, in der Kommunalpolitik, der Bildung, Kirche, Kultur und im sozialen Bereich. Im ländlichen Raum liegt der Anteil der Ehrenamtlichen sogar über dem Landesdurchschnitt. Diese lokalen Helden übernehmen Verantwortung und halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie kennen die Probleme vor Ort und wissen, wo der Schuh drückt. Die ehrenamtlich Engagierten brauchen neben der gesellschaftlichen Wertschätzung langfristig gesicherte Rahmenbedingungen. Das möchten wir weiter stärken.

Auch das **Ehrenamt im Naturschutz** ist ein großes Anliegen. Wir wollen das **Pilotprojekt zur Saarländischen Artenkennerakademie FörTax** nutzen, um die Artenkenntnis zu stärken und Artenkenner:innen auszubilden.

Wir wollen die Zahl der ehrenamtlichen **Naturschutzbeauftragten** und Mitglieder der ehrenamtlichen Naturwacht deutlich erhöhen, die Zahl der hauptamtlichen Naturschutzbeauftragten möglichst verdoppeln. Wir wollen auch die Fortbildung für die ehrenamtlichen Naturschützer:innen dem erhöhten Bedarf anpassen. Dazu ist auch notwendig, dass ehrenamtliche Naturschützer:innen ihre Ausrüstung nicht selbst finanzieren müssen, diese wollen wir ihnen stellen.

4.8. Sport. Bewegung schafft Zusammenhalt.

Sport ist gesund und bringt Menschen zusammen. Wir werden den Sport künftig besser fördern.
Der **Landessportverband Saar (LSVS**) hat in den letzten Jahren die schwerste Krise seiner Geschichte erlebt. Nur durch das gemeinsame Handeln der Vereine und Verbände, die parlamentarische Aufklärungsarbeit und mit Unterstützung durch die Lenkungsgruppe ist es gelungen, den Saarsport in einem neuen rechtlichen Rahmen finanziell zu sichern. Nach der Ära der parteipolitischen Instrumentalisierung werden wir weiter daran arbeiten, transparente Strukturen und Instrumente zu schaffen, um die Unabhängigkeit des Saarsports dauerhaft zu gewährleisten.

Der Saarsport wird im Wesentlichen durch das sogenannte **Sportachtel** finanziert. Dieses werden wir weiterhin sichern. Breiten- und Spitzensport, Reha- und Behindertensport, Kinder-, Jugend-, Schul- und Senior:innensport müssen finanziell gut aufgestellt sein, denn alle erfüllen eine wichtige Funktion, die zum großen Teil durch Ehrenamtliche getragen ist.

Ohne Breitensport kann es keinen Spitzensport geben, ohne Förderung der Vereinsarbeit vor Ort kann es keine sportlichen Großveranstaltungen geben. Eine gute Sportförderpolitik kann nur gelingen, wenn der Nachwuchsarbeit besondere Bedeutung zuerkannt wird.

Unsere Vereine leben von einer erfolgreichen **Kinder- und Jugendarbeit**. Die **Nachwuchsarbeit** werden wir in den Fokus rücken und Schul- und Vereinssport stärker verzahnen. Die saarländischen **Spitzensportler:innen** werden wir stärker in die Nachwuchsförderung einbinden.

Wir sind uns bewusst, dass dies viele Vereine mit wenigen oder vornehmlich berufstätigen Ehrenamtlichen vor große Herausforderungen stellt und werden die Rahmenbedingungen für mögliche Vereinsentwicklungsprozesse an einem Runden Tisch erörtern.

In unserem Land erfährt der Spitzensport eine gute Förderung. Diese Förderung muss für die Athlet:innen sowie für die Öffentlichkeit transparenter werden. Zu viele Gremien arbeiten hier unter häufig unklaren Kriterien. Ein Schwerpunkt guter Sportförderpolitik bildet die Förderung guter Sportinfrastruktur. Wir werden die Kommunen bei der **Errichtung und Sanierung von Sportanlagen** unterstützen und den Vereinen bei der Errichtung ihrer Sportanlagen finanzielle Hilfen gewähren.

Die Förderung durch die **Sportplanungskommission** gilt es zu erneuern. Wir werden klare Förderkriterien aufstellen, wo die Sportstättenförderung künftig angesiedelt und organisiert werden kann. Eine Trennung von der Rechtsaufsicht und Sportministerium erscheint uns sinnvoll.

4.9. Teilhabe. Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft.

Menschen sind nicht behindert, sie werden behindert: Durch Treppen, bauliche Hindernisse, fehlende Untertitel im Internet. Deshalb setzen wir uns für mehr Teilhabe auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft ein.

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens und fordert unsere Gesellschaft insgesamt. An allen Entscheidungen müssen Menschen mit Behinderung aktiv beteiligt werden und die Chance bekommen, ihre Rechte auch tatsächlich zu nutzen. In den Bereichen Wohnen, Arbeiten und soziale Teilhabe müssen notwendige personale Assistenzsysteme entwickelt, finanziert und um technische Assistenzsysteme erweitert werden.

Die Organisation der **Eingliederungshilfe** werden wir mit Blick auf Funktionsfähigkeit und Zuständigkeit überprüfen. Dabei müssen **sozialräumliche Perspektiven** zukünftig stärker berücksichtigt und Entscheidungen über die Gewährung von Hilfen schneller getroffen werden.

Die Fehlbelegung von Menschen mit Behinderung in Altenheimen lehnen wir ab. Wir werden daher das Angebot an Plätzen in alternativen Wohnformen ausbauen. Im ambulanten Bereich und der Kurzzeitpflege ist der Bedarf abzudecken, um Angehörige zu entlasten. **Genossenschaftliches Wohnen** wollen wir besonders fördern und den Bedarf an qualifiziertem Personal sicherstellen.

Viele Unternehmen erkennen Menschen mit Behinderungen als wertvolle Arbeitnehmer:innen mit besonderem Potenzial. Wir werden deshalb die **Inklusion am Arbeitsmarkt** fördern und Arbeitgeber:innen und Mitarbeiter:innen dabei aktiv unterstützen.

Wir erkennen die wichtige Arbeit von **Werkstätten** für Menschen mit Behinderung an und werden diese weiter unterstützen. Wir setzen uns ein für eine bundesweite Regelung zur Entlohnung nach den **Maßgaben des Mindestlohns,** die die Wettbewerbsfähigkeit der Werkstätten sichert und eine gute Kombination von Beschäftigung und weiteren Leistungen der Eingliederungshilfe ermöglicht.

Die **gesundheitliche Versorgung** von Menschen mit Behinderung in ambulanten und stationären Einrichtungen werden wir im Sinne der Inklusion verbessern. Dies betrifft sowohl den barrierefreien Zugang als auch personelle und organisatorische Voraussetzungen der Behandlung. Wir werden entsprechende Schulungen für das Personal ausbauen. Wir werden in der **Krankenhausplanung** auf die Behandlung von Menschen mit Behinderung spezialisierte Stationen ermöglichen.

Wir werden **Kultur- und Freizeitangebote inklusiv gestalten.** Der Zugang von Menschen mit Behinderung zu öffentlichen Informationen muss barrierefrei und in leichter Sprache gewährleistet sein. Die Bestimmungen aus dem Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetz sind einzuhalten.

5. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Das macht uns aus.

Wir verteidigen die Werte und Rechte unserer Demokratie. Unsere Demokratie braucht Menschen, die sich für sie einsetzen. Ein respektvolles und friedliches Miteinander ist die Voraussetzung für die moderne Gesellschaft, in der wir leben wollen. Wir wollen eine lebendige Demokratie. Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen ist für unser Zusammenleben nicht nur wertvoll, sondern unverzichtbar. Das macht das Saarland aus: Hier treten viele Menschen für ein gutes und demokratisches Miteinander ein.

5.1. Demokratie und Beteiligung. Das stärken wir.

Wir wollen neue Wege gehen, um die Saarländer:innen mitzunehmen und zu beteiligen. Jeder und jede, die sich einbringen will, um unser Saarland voran zu bringen, ist herzlich eingeladen.

Wir wollen eine Regierung anführen, die Entscheidungsvorgänge transparent und nachvollziehbar macht. Durch mehr **Transparenz stärken** wir unsere Demokratie. Wir werden ein **Lobbyregister** einführen und den Einfluss von Lobbyist:innen bei Gesetzentwürfen sichtbar machen. Wir werden ein **Transparenzregister** auf den Weg bringen und öffentliche Daten und Informationen kostenlos und diskriminierungsfrei bereitstellen. Die großen Zukunftsfragen wollen wir gemeinsam mit unseren Bürger:innen diskutieren. So werden wir z.B. einen **Bürger:innenrat** im Bereich **Klima** einrichten.

Wir wollen junge Menschen für Demokratie begeistern. Deshalb werden wir die **Demokratiebildung von der Kita bis zum Schulabschluss** weiter ausbauen. Kinder und Jugendliche sollen demokratische Prozesse erlernen und ihre Selbstwirksamkeit entdecken. Wir werden ihre Mitbestimmungsrechte in der Schule, der Freizeit, in den Kommunen und der Landespolitik weiter ausbauen. Um die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte zu befördern, wollen wir dafür Sorge tragen, dass alle Schüler:innen mindestens einmal in ihrer Schullaufbahn eine **Gedenkstätte** oder einen **Ort der Demokratie** besucht haben.

Zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft gehören freie Medien. Wir bekennen uns zur Bestands- und Entwicklungsgarantie der öffentlich-rechtlichen Anstalten mit einem starken Saarländischen Rundfunk. Die Vielfalt der privaten Rundfunk- und Printmedien und die Landesmedienanstalt Saar sind wesentlicher Pfeiler einer pluralen und unabhängigen Medienordnung.

Eine starke Demokratie muss wehrhaft sein. Wer unser Wertefundament und unsere Verfassung angreift, muss die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. Gemeinsam stellen wir uns gegen Hass und Hetze und gegen jede Form des Extremismus. **Die größte Bedrohung für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung geht derzeit vom Rechtsextremismus aus.** Es ist unsere historische Aufgabe als Sozialdemokrat:innen, diesen zu bekämpfen.

Rassismus, Gewalt, Hass, Intoleranz und Ausgrenzung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Besonderes Augenmerk muss der Verbreitung fremdenfeindlicher, rassistischer und neonazistischer Inhalte über das Internet und soziale Netzwerke gelten. Wir begrüßen die Vorstöße der neuen Bundesregierung die Ahndung von Drohungen, Beleidigungen oder verfassungs- bzw. menschenfeindliche Äußerungen in der vermeintlichen Anonymität voranzutreiben. Um Hetzer:innen und potenzielle Täter:innen im Netz und in diversen Messengerdiensten zu identifizieren sowie Radikalisierungswege und Netzwerke zu erkennen, werden wir eine Task Force beim Verfassungsschutz einrichten. Wir beobachten, dass Extremist:innen und Reichsbürger:innen, wie auch Nachrichtendienste fremder Staaten, versuchen die Corona-Pandemie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und unsere Demokratie

zu destabilisieren. Das werden wir nicht zulassen. Unsere Antwort ist: Information, Aufklärung, Prävention und die konsequente Ahndung strafrechtlich relevanter Vorfälle. In der nächsten Legislatur werden wir einen **Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus** erstellen.
Unsere Schulen, das Landesinstitut für Pädagogik und Medien und die freie Jugendarbeit leisten wichtige Aufklärungs- und Qualifizierungsarbeit im **Kampf gegen extremistische Aktivitäten und extremistischen Gedankengutes**. Diese Arbeit werden wir weiter unterstützen. Am wirksamsten bekämpft man den Terrorismus, wenn man Radikalisierung verhindert. Wir werden Deradikalisierungskonzepte im Strafvollzug und in der aufsuchenden Sozialarbeit stärken, um Gewalt vorzubeugen.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften gehören zu den wertegebundenen und gesellschaftlich wertvollen Akteur:innen in unserem Land. Sie tragen mit ihren eigenen Angeboten und im Religionsunterricht dazu bei, Menschen Orientierung zu geben, halten die Gesellschaft durch Seelsorge und Diakonie zusammen und sind wichtige Ansprechpartner:innen im Dialog mit der Politik.

Gedenkstätten machen die Verbrechen der NS-Diktatur und ihre Auswirkungen bis in unsere Zeit sichtbar. **Wir wollen die Gedenkarbeit, wie auch lebendige Orte jüdischen Lebens und Lebensorte anderer verfolgter Gruppen, auch in Zukunft fördern und erlebbar machen.** Die Arbeit des Beauftragten gegen Antisemitismus werden wir weiterhin unterstützen.

5.2. Mittendrin statt nur dabei. Jugendbeteiligung ausbauen.

Eine starke Zukunft für unser Saarland gibt es nur mit einer starken Jugend. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen ein unbeschwertes, sorgenfreies und glückliches Aufwachsen ermöglichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Mit einer **eigenständigen Kinder- und Jugendpolitik** werden wir die Weichen für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in unserem Land stellen und sie aktiv daran beteiligen und mitgestalten lassen. Politische Entscheidungen müssen transparent machen, was mit Vorschlägen der jungen Menschen passiert. Wir setzen uns für das aktive **Wahlrecht ab 16 Jahren** auf Landes- und Kommunalebene und für das passive Wahlrecht ab 16 Jahren auf Kommunalebene ein. Was bereits in elf von sechzehn Bundesländern möglich ist, werden wir auch im Saarland möglich machen.

Wir stärken die Jugendbeteiligung in der Stadt, der Gemeinde und dem Land, führen eine „Muss-Regelung“ für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein und beteiligen sie ihrem Alter und dem Anlass entsprechend auf Landesebene, wobei für die Beteiligung eigene finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir prüfen die **Einführung eines Jugendparlamentes** auf Landesebene. Im Zusammenhang mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen soll auch ein **„Fonds für junge Ideen“** eingerichtet werden. Dabei soll es sich um ein Gremium handeln, welches sich aus Mitgliedern des Landesjugendrings und weiteren Aktiven zusammensetzt und über die Vergabe projektbezogener Fördermittel entscheidet.

Fraktionsübergreifend wollen wir eine **Kinder-Kommission** des Saarländischen Landtages etablieren und bei allen Gesetzgebungsvorgängen einen Jugendcheck durchführen. Wir wollen **Kinderrechte in der Landesverfassung** festschreiben.

Wir richten einen **Kinderschutzbeauftragten** ein, der bei der Koordination und Entwicklung einer saarlandweiten Präventionsstrategie im Kinderschutz unterstützen soll.

Teilhabe und Mitwirkung entsteht auch in selbstorganisierten Jugendräumen. Freie Jugendarbeit benötigt ausreichend Räume und Mittel. In Quartieren mit hoher Armutsquote, im ländlichen und strukturschwachen Raum bauen wir die außerschulische Jugendarbeit aus.

Um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, setzen wir uns für eine Sonder-Jugendhilfeplanung und die zeitnahe Umsetzung der großen Reform der Jugendhilfe im Saarland ein. Wir erhöhen die **Fördersätze für Maßnahmen der Jugendbildungsarbeit**, angelehnt an die neuen Fördersätze des Corona-Aufhol-Programms. Zusätzlich schaffen wir weitere **Jugendbildungsreferent:innenstellen** und sichern die finanzielle Ausstattung der Jugendverbände.

5.3. Frauen: Die Hälfte des Saarlandes. Die Hälfte der Macht.

Frauen werden noch immer strukturell benachteiligt. Sie leisten im Schnitt dreimal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie Männer, erhalten für gleiche und gleichwertige Arbeit weniger Lohn und sind überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen. In der Krise waren es mehrheitlich Frauen, die den Laden am Laufen gehalten haben: Weltweit sind siebzig Prozent des Personals in sozialen und Pflegeberufen Frauen.

Als Saar-SPD treffen wir unsere politischen Entscheidungen mit dem Ziel, dass Zeit und Geld zukünftig unabhängig vom Geschlecht gerecht verteilt werden. Künftig werden wir bei der Haushaltsplanung systematisch analysieren, wie die Ressourcen auf die Geschlechter verteilt werden. Denn Haushaltsfragen sind auch immer Verteilungsfragen.

Wir werden eine **aktive Frauenförderung** betreiben und **Frauennetzwerke stärken**. Das Saarland braucht endlich eine Gleichstellungsstrategie. Wir sehen in der Politik, den Hochschulen, der öffentlicher Verwaltung und weiteren Gremien einen großen Nachholbedarf. Dieser Herausforderung werden wir uns stellen und Gremien, Ämter und Stellen möglichst paritätisch besetzen. Wir werden die Gleichstellungsbeauftragten, die Frauenverbände, die Familienberatungsstellen und die vielen ehrenamtlich Tätigen in ihrer wichtigen Arbeit auch in Zukunft unterstützen.

Wir wollen die **Repräsentanz von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen** stärken. Deswegen setzen wir uns weiterhin für ein **Paritätsgesetz auf Landesebene** ein, sodass künftig die Hälfte der Abgeordneten im saarländischen Landtag weiblich ist.

Auch auf dem Arbeitsmarkt wollen wir bestehende Benachteiligungen für Frauen abbauen. Deswegen führen wir eine **Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände** der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes ein. Für diese Unternehmen wird außerdem eine Mindestbeteiligung von einer Frau in Vorständen mit mehr als zwei Mitgliedern eingeführt.

5.4. Unser Saarland. Offen und vielfältig.

Der gesellschaftliche Wandel ist gewaltig. Unser Land ist vielfältiger geworden, genau wie seine Einwohner:innen: neue Formen des Zusammenlebens, unterschiedliche Familienbilder die Überwindung gesellschaftlicher Tabus, Zuwanderung und Individualisierung haben unsere Gesellschaft bunter und reicher gemacht, aber auch neue Fragen aufgeworfen. Diese wollen wir gemeinschaftlich und solidarisch beantworten.

Wir setzen uns für **Familienarbeitszeit-Modelle** ein, die eine partnerschaftliche Verteilung von Beruf und Care-Arbeit ermöglichen. Junge Menschen werden wir im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung dazu ermuntern, alte Rollenmuster bei der Berufswahl zu überwinden. Die Belastung **Alleinerziehender** nehmen wir dabei gezielt in den Blick.

Viele **Schwangerschaften** sind nicht geplant, manche auch ungewollt. Wir stellen sicher, dass die Fortentwicklung und Verbesserung der medizinischen Verfahren beim Abbruch von Schwangerschaften

sowie eine entsprechende und bedarfsgerechte Ausbildung von Ärzt:innen gewährleistet ist. Wir schaffen ein über die verpflichtende Beratung hinaus flächendeckendes und plurales Beratungsangebot für alle betroffenen Frauen. Die **sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen** sind für uns unantastbar. Dazu zählt auch das Recht auf Zugang zu frei gewählten, individuell passenden und zuverlässigen Verhütungsmethoden. Für Frauen mit wenig Geld schaffen wir angelehnt an das Modellprojekt **biko** von **pro familia** ein Förderprogramm, das die **Kosten für Verhütungsmittel** übernimmt und somit die selbstbestimmte Verhütung vorantreibt. Ungewollt kinderlose Paare unterstützen wir auch finanziell bei der **Kinderwunschbehandlung**, unabhängig von der sexuellen Identität der möglichen Eltern.

Studium, Arbeit oder Suche nach Schutz. Es gibt viele Gründe, warum Menschen **im Saarland eine neue Heimat** suchen und genauso viele, sie hier willkommen zu heißen. Knapp jede:r vierte Mitbürger:in hat einen Migrationshintergrund, Tendenz steigend. Fest steht: das Saarland im Herzen Europas, war immer von Wanderungen geprägt, ist weltoffen und braucht neue Saarländer:innen.
Die **Migrations- und Integrationspolitik** im Saarland ähnelt einem Flickenteppich. Ein:e Landesintegrationsbeauftragte:r in Personalunion mit dem Minister:innenamt ist Etikettenschwindel. Chancen, die aus den Migrationsbewegungen erwachsen, bleiben ungenutzt. Das muss sich ändern. Wir wollen die Zuständigkeiten bündeln und aufwerten und mit Migrationsorganisationen einen ganzheitlichen Landesintegrationsplan erarbeiten. Statt neuer Projekte werden wir dauerhafte Finanzierungsstrukturen ermöglichen und Integrationsbeiräte stärken.

Die steigende Zahl unbearbeiteter Fälle in der **Ausländerbehörde** hat existenzielle Folge für die Betroffenen. Ein Sofortprogramm und eine Neustrukturierung mit mehr personellen und räumlichen Ressourcen werden Erreichbarkeit, Digitalisierung und Dezentralisierung sicherstellen. Wir werden ein Willkommenszentrum etablieren und Sprachförderung, den Zugang zu Bildungseinrichtungen und zum regulären Arbeitsmarkt besser zugänglich machen, unabhängig vom jeweiligen Status. Die Anerkennung von Qualifikationen werden wir vereinfachen.

Geflüchtete brauchen eine bedarfsgerechte und dezentral erreichbare Struktur. Wir werden behördenunabhängige Beratungsstrukturen unterstützen und psychosoziale Betreuung und Weiterbehandlung ermöglichen.

Diskriminierungserfahrungen sind für Menschen mit zugeschriebenem oder tatsächlichem Migrationshintergrund nicht hinnehmbar. Schulungs- und Beratungsangebote werden wir ausbauen und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorantreiben.

Es gilt, wachsenden Aggressionen gegenüber Minderheiten eine klare Haltung und Praxis der Solidarität mit den Betroffenen entgegenzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass **Rassismus als Querschnittsthema** begriffen wird. Dazu bedarf es einer ganzheitlichen, alle Lebensbereiche umfassenden **Präventionsstrategie gegen Diskriminierung** und besserer Unterstützungsangebote für von Rassismus betroffenen Menschen. Sie benötigen niedrigschwellige Anlaufstellen, die sie in ihren Belangen unterstützen, wie sie andere Bundesländer schon in verschiedenen Formen umgesetzt haben. Um von diesen Erfahrungen zu profitieren und berechtigte Interessen und Sorgen zusammenzubringen, werden wir einen **Dialog mit allen Akteur:innen** darüber beginnen, um diesem Anliegen gerecht zu werden.

Alle Menschen müssen unabhängig von ihrer **sexuellen und geschlechtlichen Identität** ihr Leben gleichberechtigt und selbstbestimmt gestalten können. Wir setzen uns für deren Schutz in **Artikel 3 Grundgesetz** ein. Bis zu einem diskriminierungsfreien Leben muss noch viel passieren. Wir berücksichtigen verstärkt die **Bedürfnisse von queeren Menschen** im Gesundheitsbereich, insbesondere von Trans-Personen, auch bei Selbsthilfegruppen. Wir werden mit Aufklärung, der Schaffung und Stärkung von Safe Spaces und der Stärkung der Strukturen der Community im ländlichen Raum dazu beitragen.

Wir verurteilen Hasskriminalität auf die LSBTIQ-Community aufs Schärfste und werden eine Strategie gegen homophobe und transfeindliche Hasskriminalität entwickeln. Hierzu gehört auch eine gesonderte Ausweisung homo- und transphober Gewalttaten in der Kriminalstatistik und ein:e Ansprechpartner:in bei der Polizei.

Gewalt gegen Frauen, insbesondere häusliche Gewalt, findet alltäglich und mitten unter uns statt. Ihre Bekämpfung machen wir zu einem Schwerpunkt der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Wir errichten eine unabhängige und angemessen ausgestattete **Monitoring-Stelle** zur Überwachung der Umsetzung der **Istanbul-Konvention**. Wir bauen Schutz- und Hilfsangebote für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder wie den Verein **ALDONA e.V.**, **Nele e.V.** oder den **Frauennotruf** weiter aus und finanzieren sie verlässlich. Wir setzen uns für innovative Schutzkonzepte ein und unterstützen den Aufbau eines Beratungszentrums mit trägerübergreifendem Angebot und einem ganzheitlichen Ansatz. Die Finanzierung und den Zugang zu einem **Schutzplatz für alle Frauen** stellen wir sicher. Um Frauenhausbewohnerinnen und ihre Kinder beim Übergang zu einem neuen, selbstbestimmten und gewaltfreien Leben in der eigenen Wohnung zu begleiten, unterstützen wir ein **Nachsorgeprogramm „second stage"**. Die psychologische Unterstützung **„Kraft in der Krise"** fördern wir institutionell, bauen Strukturen zu Paarberatungen sowie zur Täter-Arbeit aus, etablieren Präventionsangebote im Kontext Beziehungsgewalt und schaffen auch für betroffene Männer Schutzangebote. Wir begleiten Opfer von Gewalt und Sexualstraftaten von der Tat bis zum Strafverfahren, stärken die psychosoziale Prozessbegleitung und sensibilisieren Polizei und in der Justiz tätige Personen. LSBTIQ erleben in Gemeinschaftseinrichtungen oftmals Stigmatisierung oder sogar Gewalt, hier bedarf es eigener Schutzkonzepte bis hin, wenn notwendig, besondere Schutzräume.

5.5. Bürger:innennahe und leistungsstarke Justiz

Wir brauchen eine starke und moderne Justiz, der die Bürger:innen vertrauen. Die Zahl gerichtlicher Verfahren ist im letzten Jahrzehnt teilweise gravierend zurückgegangen. Wir werden die Ursachen in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass das Vertrauen in unseren Rechtsstaat weiter gestärkt wird. Wir werden den Weg der personellen Verstärkung der Justiz fortsetzen, damit gerichtliche Verfahren zügig bearbeitet werden können, und sorgen dafür, dass die Eingangsbesoldung nicht länger hinter der anderer Länder zurückbleibt. Niemandem darf aus finanziellen Gründen der **Zugang zum Gericht** verwehrt bleiben. Wir werden den Anwendungsbereich der Beratungshilfe erweitern, die Angebote stärken und bürger:innennah vermitteln.

Wir werden die **Digitalisierung der Justiz** weiter voranbringen und dabei auch das Knowhow der Universität des Saarlandes und der angeschlossenen Institutionen nutzen. Durch online-Angebote (z.B. Rechtsantragstelle) erleichtern wir die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes.

Verbrechen darf sich nicht lohnen: Vermögensabschöpfung und Bekämpfung der Geldwäsche sind wesentliche Bausteine der Prävention. Polizei und Staatsanwaltschaft müssen personell dafür ausreichend ausgestattet werden. Der Gesetzgeber hat aktuell den Nachweis, dass Geld aus einer Straftat stammt, deutlich vereinfacht. Gerade wenn es um „schmutziges Geld" der Bandenkriminalität bei Wohnungseinbrüchen oder dem Drogenhandel, der Cyberkriminalität oder der Korruption geht, ist eine effektive Strafverfolgung notwendig.

Die Hemmschwelle für Hass- und Hetzparolen, herabwürdigende Beleidigungen, einschüchternde Bedrohungen bis hin zu Gewaltaufrufen und Volksverhetzungen ist im Internet besonders niedrig. Viele Täter:innen glauben, im Schutz der vermeintlichen Anonymität des Netzes für ihr Tun nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Das **Internet** ist aber **kein rechtsfreier Raum**. Das muss mit strikter Strafverfolgung verdeutlicht werden. Vom Online-Betrug etwa durch sogenannte Fakeshops oder be-

trügerische Trading-Plattformen bis hin zur Missbrauchsdarstellung von Kindern – viele Kriminalitätsbereiche verlagern sich mehr und mehr ins Internet. Staatsanwaltschaft und Polizei müssen dafür technisch, organisatorisch und personell besser ausgestattet sein.

Leitbild eines **modernen Justizvollzugs** ist die Resozialisierung: Wir wollen Straffällige dazu befähigen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. Eine gelungene gesellschaftliche Reintegration schafft den besten Schutz vor neuen Straftaten. Die Justizvollzugsanstalten in Saarbrücken und Ottweiler leisten für die Wiedereingliederung ebenso gute Arbeit wie das Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe (KARO). Mit wissenschaftlich fundierten Methoden der Risikoeinschätzung wollen wir das Sicherheitsmanagement fortentwickeln, um die Rückfallquoten weiter zu senken und auch damit den Schutz vor Straftaten zu stärken.

Der Staat darf **Opfer von Straftaten** nicht alleine lassen. Wir werden eine schnelle Information über Hilfsangebote und Beteiligungsrechte von Opfern im Strafverfahren sicherstellen. Insbesondere Opfer von Gewalt und Sexualstraftaten, die im Strafverfahren als Zeug:innen aussagen müssen, sind einer besonderen Belastung ausgesetzt. Wir werden ihre Unterstützung im Wege der psychosozialen Prozessbegleitung weiter stärken.

5.6. Innere und soziale Sicherheit. Geht bei uns Hand in Hand.

Für uns gehören innere und soziale Sicherheit zusammen. Denn nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Deshalb sorgen wir für mehr Polizist:innen in der Fläche und bleiben dabei, dass **in jeder Kommune eine Dienststelle** vorgehalten wird.

Die Saarländer:innen und die Polizei. Eine gute Partnerschaft. Polizist:innen stehen Tag und Nacht für die Sicherheit der Bürger:innen bereit. Sie sichern die öffentliche Ordnung, greifen in Gefahrenlagen ein und riskieren dabei häufig ihre Gesundheit. Das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Sicherheitsbehörden ist groß und soll auch so bleiben.

In den letzten Jahren wurden unsere Forderung nach einer Erhöhung der Neueinstellungen von Polizeianwärter:innen zwar erfüllt, allerdings konnte damit noch nicht der Stellenabbau der vergangenen Jahre kompensiert werden. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine **bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei** ein. Wir wollen die Einstellungszahlen so erhöhen, dass binnen eines Jahrzehnts unter Berücksichtigung der Ruhestandsversetzungen und nach Erhebung einer Potenzialanalyse zwecks entlastender und wirksamer polizeilicher Aufgabenerfüllung wieder mindestens 2.900 Polizeivollzugsbeamt:innen auf den Dienststellen eingesetzt werden.

Wir werden für eine bessere Datengrundlage in der Polizeiarbeit sorgen. Mithilfe eines periodischen Sicherheitsberichtes werden wir die Sicherheitslagen vor Ort aus verschiedenen Perspektiven und umfassend analysieren. Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Fachrichtungen sollen in diesem Bericht vielfältige Daten zur Sicherheitslage erheben und zusammentragen, u.a.: Befragungen von Bürger:innen und des örtlichen Handels, Analyse der Opferperspektive, Zusammenfassung der polizeilichen Statistiken und der Strafrechtspflegestatistiken, Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Kriminalprävention und Sanktionen. Das Dunkelfeld nicht angezeigter Straftaten kann dadurch erhellt und bessere Maßnahmen abgeleitet werden.

Neben einer datenbasierten und bedarfsorientierten Personalplanung werden auch die **kommunalen Sicherheitspartnerschaften** an Bedeutung für die Sicherheit vor Ort gewinnen. Uns ist dabei wichtig, das Sicherheitsgefühl in der Fläche, insbesondere für Frauen zu erhöhen.

Videoüberwachung öffentlicher Wege und Plätze sind an Kriminalitätsschwerpunkten oder aufgrund genauer Gefahrenanalysen und terroristischer Bedrohungen möglich und angezeigt. Eine flächendeckende Videoüberwachung ist jedoch kein geeignetes Mittel, um das Sicherheitsempfinden der Bürger:innen nachhaltig zu erhöhen. Wir setzen hier weiterhin auf Präsenz der Sicherheitsbehörden und eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Cyber- und Hackerangriffe richten sich vermehrt gegen Wirtschaftsunternehmen, staatliche Institutionen und Privatpersonen. Deshalb werden wir die Sicherheitsbehörden mit den notwendigen technischen Möglichkeiten zur Verfolgung von Straftaten ausstatten. Wir werden den Ausbau spezieller Einheiten fortführen und Polizeikräfte qualifiziert ausbilden. Wir schaffen eine niedrigschwellige **Anlaufstelle für Betroffene von Hass und Hetze im Netz** in Form einer digitalen Meldestelle.

Polizist:innen verdienen mehr. Sowohl die Besoldung und Versorgung, als auch das Zulagenwesen müssen angehoben werden. Die Karriere- und Beförderungschancen vornehmlich im Bereich der unteren Besoldungsgruppen wollen wir verbessern. So steigern wir die Attraktivität des Polizeiberufs. Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes lehnen wir ab. Die Anforderungen an den Polizeiberuf verpflichten zur Einstellung der Beamt:innen im gehobenen und höheren Dienst. Wir wollen auch Interessent:innen mit mittlerem Bildungsabschluss die Erlangung der Fachhochschulreife in einem speziellen Bildungsgang ermöglichen und so den Zugang zur Polizei öffnen. Aus- und Fortbildungen werden wir so reformieren, dass bereits bei Anwärter:innen besondere Interessen und Kompetenzen zielgenau gefördert werden. Dazu gehört auch, andere Professionen in die Polizeiarbeit zu integrieren, z.B. in der Prävention, Konfliktbewältigung oder der IT-Sicherheit. Auch **Demokratiebildung** ist für uns fester Bestandteil der Aus- und Fortbildung. Die Fachhochschule für Verwaltung werden wir so ausstatten, dass sie die Ausbildung der entsprechend erhöhten Einstellungen in die Polizei gewährleisten kann.

Die übergroße Mehrheit der Polizeibeamt:innen und Mitarbeiter:innen des Öffentlichen Dienstes bekennt sich klar zu unserer Demokratie und unserer Verfassung, die sie tagtäglich verteidigen. Dennoch wurden in der Vergangenheit auch im Bereich der Sicherheitsbehörden rassistische und rechtsextreme Vorfälle gemeldet. Diese müssen umfassend aufgeklärt werden. Wir werden es aber nicht akzeptieren, wenn dadurch unsere Einsatzkräfte unter Generalverdacht gestellt werden.

Wir werden das Saarländische Polizeigesetz (SPolG) und das saarländische Gesetz zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei (SPolDVG) neu ordnen. Die aktuelle Regelung ist weder für Polizeibeamt:innen noch für betroffene Bürger:innen transparent und handhabbar. Das Ziel ist, klare Zuordnungen polizeilicher Eingriffsbefugnisse in das Polizeigesetz einerseits und datenschutzrechtlicher Fragen im Datenschutzgesetz andererseits sicherzustellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die bundesweit stark aufwachsende **Bundespolizei** auch im Saarland weiter personell deutlich gestärkt wird, damit im Herzen Europas grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und bilinguale Fortbildung ausgebaut werden kann. Eine neue Bundespolizeibehörde im Saarland soll die Länder Europas im Prozess der europäischen Einigung näher zusammenrücken und ausbauen, um die Vernetzung und Kooperationen mit unseren direkten Nachbarn im Sinne eines gelebten Europas voranzubringen. Grenzüberschreitende, gelebte partnerschaftliche Sicherheit ist ein Garant für ein friedliches Miteinander in Europa.

Grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen wir mit mehr Kooperation der saarländischen Polizei mit ihren französischen und luxemburgischen Kolleg:innen statt mit mehr Grenzkontrollen. Wir werden die Zusammenarbeit mit unseren Partner:innen in der Großregion intensivieren und Initiativen für grenzüberschreitende Polizeiarbeit entwickeln. Das Deliktfeld Vermögens- und Eigentumskriminalität wird uns weiter stark beschäftigen. Wir werden Einbruchsbanden gemeinsam den Kampf ansagen.

Gewalt gegen Bedienstete von Polizei und Justiz verurteilen wir aufs Schärfste. Die Schaffung des Straftatbestandes, der die Gewaltausübung gegenüber Beamt:innen von Polizei und Justiz mit einer erhöhten Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten und einem Strafrahmen von bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe unter Strafe stellt, begrüßen wir. Wir sorgen auch durch eine gute Ausstattung der Bediensteten der Polizei für ihre Sicherheit.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik bekämpft auch die **Ursachen und Entstehungsbedingungen von Kriminalität**. Wir sehen darin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die den Zuständigkeits- und Einwirkungsbereich von Polizei übersteigt. Wir werden die gute Arbeit der Präventionseinrichtungen stärker miteinander vernetzen und die Gründung lokaler Sicherheitspartnerschaften und Beiräten zur Kriminalprävention forcieren. Ziel ist die flächendeckende Schaffung operativ arbeitender **Präventionsnetzwerke** auf kommunaler Ebene. Der Entwicklung kriminogener Parallelgesellschaften werden wir entgegenwirken.

Unsere Verfassung braucht Schutz. Der Verfassungsschutz. Wir werden unsere freiheitlich demokratische Grundordnung verteidigen. Die Demonstrations- und die Versammlungsfreiheit werden von Demokratiefeind:innen missbraucht, um populistische Parolen sowie Falsch- und Desinformationen zu verbreiten. Dabei findet Mobilisierung und Radikalisierung zunehmend über soziale Netzwerke und Apps wie Telegram statt. Wir werden den Verfassungsschutz personell und strukturell in die Lage versetzen, der gesteigerten Bedrohungslage gerecht zu werden. Dabei muss die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden im Bund in den Ländern im Rahmen des verfassungsrechtlichen Trennungsgebotes intensiviert werden. Instrumente der Polizei und des Verfassungsschutzes zur Gefahrenabwehr müssen sich immer am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientieren. Dabei haben wir die Wahrung und den Schutz von Freiheits- und Bürgerrechten immer im Fokus.

Für Dich da. Rettungs-, Hilfsdienste und Feuerwehren. Mit der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes ist es uns gelungen, die Qualität der Rettungs- und Hilfsdienste zu stärken und die ehrenamtlichen Strukturen in den Diensten zu festigen. Mit der Einführung der sogenannten **Bereichsausnahme** wird das Ehrenamt bei der Vergabe besonders berücksichtigt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Rettungs- und Hilfsdiensten leisten einen enormen Dienst an unserer Gesellschaft. Doch Ehrenamtliche von Hilfsdiensten wie DRK, ASB, DLRG und anderen sind gegenüber Feuerwehr und THW benachteiligt bei der Freistellung zu Ausbildungs- und Einsatzzeiten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher eine Initiative zur Helfer:innengleichstellung auf den Weg bringen.

Die notwendige **Reform des saarländischen Gesetzes zum Brandschutz**, der technischen Hilfe und dem Katastrophenschutz werden wir kurzfristig in einem breiten Dialog u.a. mit den Hilfsorganisationen, den Freiwilligen Feuerwehren und den unteren Katastrophenschutzbehörden im Hinblick auf veränderte Anforderungen und die erforderliche Unterstützung durch Hauptamtliche voranbringen.

Wir verurteilen körperliche Angriffe und verbale Gewalt gegenüber Einsatzkräften aufs Schärfste. Wer Straftaten begeht, muss mit der vollen Härte des Rechtsstaates rechnen. Wir werden Aus- und Fortbildungskonzepte zur Stärkung der Eigensicherung ausbauen. Wir wollen den Anteil von Frauen in den Organisationen erhöhen. Deshalb werden wir die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie verbessern.

6. Leben in der Großregion. Europa ist hier.

Lange Zeit gab es in der Großregion, aber auch in ganz Europa nur eine Richtung: Vorwärts. Vorwärts für mehr Europa, mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit und mehr Freiheit, was vor allem dem

Abbau von Grenzen zu verdanken ist. Im März 2020 wurde uns jedoch schmerzlich bewusst, dass dieses „Vorwärts“ keine Selbstverständlichkeit ist. Plötzlich wurden die unsichtbar gewordenen Grenzen wieder sichtbar und sogar physisch spürbar. Dieses Ereignis ist letztendlich auch Ausdruck einer Entwicklung, die sich in den vergangenen Jahren in Europa abgezeichnet hat: eine Renationalisierung politischen Handelns, die in anderen Ländern Europas mit dem Erstarken von populistischen und nationalistischen Kräften einhergeht. Wir stehen für ein **Europa des Friedens und der Freiheit**. Für ein Europa des Miteinanders statt Gegeneinanders. Wir wollen vorangehen und die Idee eines vereinten Europas, eines föderalen europäischen Bundesstaates mit Leben füllen.

Wenn wir den Anforderungen einer echten **Modellregion Europas** gerecht werden wollen, brauchen wir eine Stärkung der grenzüberschreitenden Institutionen, ein echtes Parlament der Großregion und Möglichkeiten zur echten grenzüberschreitenden Mitbestimmung, gerade auch für junge Menschen. Administrative Hürden müssen abgebaut und grenzüberschreitende Regelungen vereinfacht werden. **Europäische Solidarität und europäische Zusammenarbeit** ist in der Großregion unverzichtbar. Die Herausforderungen unserer Zeit und das Leben der Menschen können wir nur gemeinsam verbessern. Wir wollen die Großregion zu einer echten **Fortschritts- und Zukunftsregion** entwickeln. Nirgendwo ist die kulturelle und historische Verflechtung stärker als hier. Deshalb brauchen wir eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens.

Unser **Zukunftsplan für die Großregion** stellt die Menschen in den Mittelpunkt; unabhängig von Nationalität und Zugehörigkeit. Entlang der Grenzen setzen wir uns für einen Gesundheitskorridor ein, in dem das medizinische Angebot auf beiden Seiten ohne Mehrkosten und Mehraufwand in Anspruch genommen werden kann. Wir setzen uns verstärkt für die Anwendung der **Europäischen Säule sozialer Rechte innerhalb der Großregion** ein. Gute Arbeit, Faire Löhne, Tariftreue, Eindämmung von Leiharbeit und ein hoher Sozialschutz müssen die Grundlage unseres gemeinsamen Arbeits- und Wirtschaftsraums bilden und dürfen nicht an den Grenzen halt machen. Wir wollen, dass nationale Regeln keine Nachteile mehr für Grenzgänger:innen bedeuten. Dem Fachkräftemangel treten wir mit gemeinsamen grenzüberschreitenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und einer gemeinsamen Initiative der Großregion für gesteuerte Zuwanderung entgegen.

Neben der bestehenden **Frankreichstrategie** des Saarlandes werden wir auch im Austausch mit unseren Nachbar:innen einen **Luxemburg-Plan** erarbeiten.

Die **Mehrsprachigkeit** muss weiter gefördert werden, um den Menschen im Saarland Französisch, aber auch Englisch näher zu bringen. Im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, mit Blick auf Tagesmütter, Kitas und Schulen, aber auch und für Senior:innen. Die Anzahl der Bildungsurlaubstage für Erwachsene und Berufstätige wollen wir erhöhen.

„Europa entsteht durch Begegnung“. Grenzüberschreitende Bildungsfahrten, Schüler:innenaustausche und Bildungsseminare, Schulpartnerschaften und Lehrkräfte-Austausch innerhalb der Großregion werden wir stärker fördern. Auch in der Landesverwaltung soll der Austausch stärker im Fokus stehen. Partner:innen wie die **Europäische Akademie Otzenhausen** oder das **Maison de Robert Schuman** wollen wir stärker einbinden. Gemeinsame Inhalte in den Lehrplänen, die Einführung eines grenzüberschreitenden Gesell:innenbriefes und die gegenseitige Anerkennung erworbener Berufsqualifikationen und Berufs- und Weiterbildungsabschlüssen wollen wir voranbringen. Die **Universität der Großregion** muss auch im Hinblick auf bi- und trinationale Studiengänge ausgebaut und weiterentwickelt werden. Bachelor- und Masterabschlüsse, die an den jeweiligen Partneruniversitäten im Verbund der Großregion erworben werden, müssen auch als solche gekennzeichnet werden.

Um die Menschen besser zu vernetzen und Begegnungen zu fördern, setzen wir den Ausbau des **grenzüberschreitenden ÖPNV** fort, führen ein gemeinsames Ticketsystem ein und prüfen die Schaffung der „Verkehrsbetriebe der Großregion“ und die Verbesserung der Städteverbindungen zwischen Metz, Saarbrücken, Kaiserslautern, Trier, Luxemburg und Straßburg.

Der grenzüberschreitende **Ausbau erneuerbarer Energien**, der dezentralen Energieversorgung und der Energieverteilung werden wir ebenso weiter voranbringen wie die aktive Förderung der grenzüberschreitenden Forschung zur Künstlichen Intelligenz, Cybersicherheit und der Wasserstoff- und Digitalwirtschaft.

Als Sozialdemokrat:innen endet unsere Solidarität nicht an den Grenzen Europas. Wir sind ebenso solidarisch mit den Ländern des Globalen Südens. Bereits in der Vergangenheit haben wir auf vielfältige Weise unsere **internationale Solidarität** bewiesen und viele Initiativen vorangebracht. Wir haben die entwicklungspolitischen Leitlinien in einem gemeinsamen Dialog erarbeitet und die Förderung von Nichtregierungsorganisationen auf eine verbesserte Grundlage gestellt. Wir unterstützen und fördern den fairen Handel, um für die Menschen des Globalen Südens ein gerechteres und sozialeres Leben, mit fairen Löhnen für Mütter und Frauen, ohne ausbeuterische Kinderarbeit, mit einem Zugang für Jungen und Mädchen zu Bildungseinrichtungen und dem Ausbau von Gesundheitseinrichtungen zu erreichen. Wir haben mit fairer und nachhaltiger Beschaffung begonnen, globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung bundesweit vorbildlich vorangebracht. Nirgendwo gibt es so viele faire Schulklassen, unsere Hochschulen bauen Nachhaltigkeit in den Alltag ein, die Universität ist faire Hochschule. Immer mehr Gemeinden, Städte und Gemeindeverbände werden zu Unterstützer:innen des fairen Handels. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Weil wir wissen, was es bedeutet, auf Solidarität angewiesen zu sein, wollen wir die öffentliche Beschaffung nach und nach auf faire und regionale Produkte umstellen und eine global verantwortliche Bildungsarbeit voranbringen. Unser Ziel es ist, dass das Saarland das erste **Fair-Trade-Bundesland** Deutschlands wird.

Die **Schaffung eines vereinten Europas** war die Grundlage für den Frieden bei uns. Eine **gerechte Weltordnung** ist Voraussetzung für den Frieden in der Welt.

SAAR
SPD

Am 27. März
SPD wählen!

Echte #Saarland Liebe

Anke
Rehlinger

REGIERUNGSPROGRAMM
DER SAAR-SPD 2022-2027

Herausgeber: Saar-SPD, Talstraße 58, 66119 Saarbrücken; Bild: iStock